



13. Heft | 1. Juli 1909

LUDWIG QUESEL · ZUR PSYCHOLOGIE DES MODERNEN PROLETARIATS

IN seiner glänzenden Schrift *Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert*, die wohl zu dem Bedeutendsten gehört, was von bürgerlicher Seite über diesen Gegenstand geschrieben worden ist, sucht Sombart auch zu erklären, warum die moderne soziale Bewegung mit Notwendigkeit eine sozialistische werden musste. Zur Erklärung weist er darauf hin, dass die Herstellung der materiellen Güter in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise durch das Zusammenwirken zweier getrennter Klassen erfolgt: der Eigner der Produktionsmittel und der Arbeiter. Charakteristisch für die moderne Produktionsweise ist nun aber, dass das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln zugleich die Kommandogewalt über die Arbeiter verleiht. Während aber die Arbeiter bei dieser Produktionsweise kaum mehr als den nackten Lebensunterhalt gewinnen, häufen sich in den Händen der Eigner der Produktionsmittel grosse Reichtümer an. Sombart meint nun, dass der Kontrast zwischen dem üppigen Wohlleben der grossen Kapitalisten und der Dürftigkeit der lohnarbeitenden Klassen bei den Proletariern Neid und Hass entstehen lässt, die um so tiefere Wurzeln schlagen als heutzutage die bevorrechtigte Stellung der Kapitalbesitzer durch keinen historischen Rechtstitel legitimiert wird. Ein weiteres Moment, das den Hass des Proletariers zur Empörung anschwellen lässt, sieht Sombart in der durch die moderne Produktionsweise herbeigeführten grösseren Unsicherheit der Existenz aller Lohnarbeiter, die nicht durch Naturtatsachen sondern nur durch die mangelhafte Organisation der Gesellschaft erklärt werden kann.

Man wird in der Tat nicht fehl gehen, wenn man die von Sombart angeführten Momente: 1. drückende Abhängigkeit des Arbeiters vom Unternehmer, 2. Dürftigkeit seines Einkommens, 3. Unsicherheit seiner Existenz, als diejenigen Faktoren ansieht, die bei Proletariern eine psychologische Empfänglichkeit für solche Lehren erzeugen, die der Arbeiterschaft eine Besserung oder Beseitigung der angeführten sozialen Missstände in Aussicht stellen. Damit ist freilich das siegreiche Vordringen der sozialistischen Lehre noch nicht erklärt. Denn auch andere soziale Lehren, wie zum Beispiel die antisemitisch gefärbte Mittel-

standstheorie (der *Sozialismus des dummen Kerls*), treten mit dem Anspruch auf soziale Heilmittel für jene Missstände zur Verfügung zu haben. Sombart erklärt sich nun die Tatsache, dass von den verschiedenen sozialen Lehren, die im Proletariat propagiert werden, schliesslich doch immer die sozialistischen die Oberhand gewinnen, wie folgt:

»Ich meine: »Die sozialistischen Ideale gemeinsamen Lebens und Wirtschaftens müssten mit Notwendigkeit aus den Industriezentren und Arbeitervierteln der Grossstädte hervordringen. In den Mietskasernen, in den gewaltigen Fabriken, in grossen Versammlungen und Vergnügungslokalen findet sich der einzelne von Gott und der Welt verlassene Proletarier mit seinen Leidensgefährten wieder zusammen als Glied in einem riesigen neuen Organismus. Hier sind neue Gemeinschaften in der Bildung begriffen, und diese neuen Gemeinschaften tragen dank der modernen Technik kommunistisches Gepräge. Und sie entwickeln sich, wachsen, festigen sich in dem Masse wie die Reize des individuellen Daseins für den einzelnen schwinden: je öder die Dachkammer in der Vorstadt, desto anziehender die neuen Gemeinschaftszentren, in denen sich der Vereinsamte gleichsam als Mensch erst wieder findet. Das Individuum verschwindet, der Genosse entsteht. Einheitliches Klassenbewusstsein bildet sich aus und die Gewöhnung an kommunistische Arbeit und kommunistischen Genuss.«¹⁾

Für denjenigen, der das Leben des modernen Proletariats nicht nur aus sozialen Enqueten und Monographien kennt, können obige Ausführungen Sombarts gewissermassen als Schulbeispiel dafür dienen, wie sehr spekulatives Denken selbst über die nächstliegenden sozialen Dinge in die Irre führen kann. Ich selbst habe bis zu meinem 26. Lebensjahr als Arbeiter ununterbrochen inmitten des Proletariats einer norddeutschen Handels- und Industriestadt gelebt, aber trotz lebhafter Anteilnahme an der Arbeiterbewegung niemals etwas von *neuen Gemeinschaften mit kommunistischem Gepräge* entdecken können. Was zunächst die Geselligkeit anlangt, so zeigt diese vielleicht in keiner anderen sozialen Schicht so ausgesprochen individualistische Züge wie gerade im Proletariat. Von einer »Gewöhnung an . . . kommunistischen Genuss« ist hier gar keine Rede. Im Gegenteil. Bei allen geselligen Zusammenkünften wird streng darauf geachtet, dass jeder auf eigene Rechnung konsumiert. Selbst die grossen Familienfestlichkeiten erhalten im Proletariat ein individualistisches Gepräge, da es immer mehr Sitte wird, dass auch die verwandten Gäste bei Hochzeiten usw. eine bestimmte Summe als *Geschenk* dem Gastgeber darbieten, die ziemlich genau den Kosten der Bewirtung entspricht. Solche Familienfeiern mit gemeinsamer Konsumtion sind aber überaus selten und kommen mehr und mehr ausser Mode. Aber auch am proletarischen Familientisch sitzt der Individualismus zu Gast. Die erwerbenden Familienmitglieder, Väter, Söhne und Töchter, werden in der Regel entsprechend ihrem Beitrag zu den Haushaltungskosten von der Hausfrau verschiedenartig verpflegt. Dabei fühlt sich beispielsweise der Bruder durchaus nicht geniert, wenn die Schwester entsprechend ihrem geringeren Kostgeld mit kleineren Fleischportionen usw. abgefunden wird, sondern er nimmt die grösseren Rationen sogar als sein gutes Recht in Anspruch. Ebenso hält es die Arbeiterfrau fast für selbstverständlich, dass dem Mann der Löwenanteil an der Mahlzeit gebührt. Ausserhalb der Familie kommen aber gemeinsame Mahlzeiten fast gar nicht vor, jedenfalls jedoch unverhältnismässig seltener als in anderen Schichten der Gesellschaft. Noch weniger als das proletarische Familienleben kann aber der Aufenthalt in den Versammlungen und Vergnügungslokalen der Arbeiterklasse eine »Gewöhnung an

¹⁾ Siehe Sombart *Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert* (Jena 1897), pag. 6.

... kommunistischen Genuss herbeiführen. Bei den beschränkten Wohnungsverhältnissen des Proletariats vertritt die Wirtschaft allerdings die Stelle des Salons, das heisst, sie ist der Ort, wo sich das gesellige Leben des Arbeiters abspielt. Kommunistische Züge wird man dort aber vergebens suchen. Jeder zahlt, was er verbraucht, und wer nichts hat, wird angehalten *die Tür von draussen zuzumachen*. Selbst wenn die Lokalitäten das Eigentum von Arbeiterorganisationen sind, ändert sich daran wenig, weil auch hier die Verwaltung streng nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgeübt werden muss, wenn das Unternehmen nicht zu grunde gehen soll. Zudem spielen Versammlungen und Festlichkeiten eine viel zu bescheidene Rolle im Leben des modernen Proletariats, als dass sich daraus eine Gewöhnung an kommunistischen Genuss herleiten liesse. Ganz hinfällig scheint mir Sombarts Ansicht, dass die moderne Mietskaserne eine Schule für kommunistisches Denken und Fühlen sei. Wenn in Arbeiterhäusern die Familien gezwungen sind gewisse Räumlichkeiten wie Küche, Klosett usw. gemeinsam zu benutzen, so wird dies stets als schwerer Übelstand empfunden. Alle Eindrücke meiner Jugendzeit sprechen dafür, dass jene Art von *Kommunismus*, die das moderne Wohnungselend erzeugt, mindestens 90 von 100 Arbeitern mit Widerwillen und Ekel erfüllt. Ich erinnere mich noch genau, welches Wohlbehagen in unserer Familie Platz griff, als wir zum erstenmal eine vollständig abgeschlossene Wohnung in einem vierstöckigen Hinterhaus beziehen konnten. Jedenfalls sind alle besseren Elemente der Arbeiterschaft eifrig bestrebt sich einem solchen *Kommunismus* so schnell wie möglich zu entziehen. Wie der psychologische Einfluss der Mietskaserne wird auch die gegenseitige Hilfe, die Arbeiterfamilien gelegentlich einander leisten, ihrem Wesen nach verkannt. Gewiss ist es richtig, dass, wenn eine Arbeiterfrau für das Kind, das sie erwartet, nichts in Bereitschaft hat, ihr die besser gestellten Nachbarinnen etwas für das Neugeborene bringen. Auch Hilfeleistungen in der Wirtschaft von seiten der Nachbarinnen während des Wochenbetts der Hausfrau sind im Proletariat üblich. Alles das trägt aber doch zu sehr den Ausdruck individualistischer Hilfstätigkeit, um als Ausfluss kommunistischen Fühlens gedeutet zu werden. In der Regel ist der proletarische Familienvater auch bemüht durch Verrichtung der häuslichen Arbeiten nach Feierabend die fremde Hilfe auf ein Minimum zu beschränken. Der gegenseitigen Hilfe in Proletarierkreisen fehlt aber nicht nur jeder kommunistische Zug, sie ist auch ausserordentlich beschränkt, und zwar aus dem Grunde, weil derjenige, der selbst nichts hat, dem andern auch nichts geben kann. Als zum Beispiel meine Mutter nach dem plötzlichen Tode des Vaters mit 5 schulpflichtigen Kindern mittellos stehen blieb, hätten wir trotz aller Hilfsbereitschaft der Nachbarn buchstäblich verhungern können, wenn die Gemeinde nicht mit einigen Mark Armengeld eingesprungen wäre. Aus dem Milieu meiner Jugendzeit ist mir kein Kind bekannt, das nicht unterernährt worden wäre. Wie begreiflich, dass sich niemand fand, der unsere Unterernährung gemildert hätte.

Im Gegensatz zu Sombart scheint es mir vollständig ausgeschlossen, dass aus dem proletarischen Leben in den Grossstädten die »sozialistischen Ideale gemeinsamen Lebens und Wirtschaftens« hervorwachsen könnten. Ganz im Gegenteil. Das proletarische Milieu kann geradezu als die hohe Schule eines vielfach engen und beschränkten *Individualismus* bezeichnet werden. Am

stärksten macht sich naturgemäss der Geist einer streng individualistischen Wirtschaftsführung bei den Frauen bemerkbar. Selbst die Formen kollektiven Sparens, wie sie die Gewerkschaften für die Zeit des Kampfes und der Arbeitslosigkeit als Streik-, Reise- und Arbeitslosenunterstützung ausgebildet haben, stossen bei der proletarischen Durchschnittsfrau auf lebhaften Widerstand. Jeder Gewerkschaftskassierer kann hierfür zahlreiche Beispiele anführen.

Besondere Beachtung verdient der psychologische Einfluss des Grossbetriebs, der Fabrik, auf das politische und soziale Denken der Arbeiterklasse. In der grossen Arbeitsgemeinschaft des kapitalistischen Betriebs fühlt sich der Proletarier mit seinen Arbeitsgefährten solidarisch verbunden durch die grosse Abhängigkeit von dem Unternehmer, durch die Übereinstimmung der sozialen Lage und durch den Produktionsprozess, der in der Regel ein Zusammenwirken aller Arbeiter erfordert. Die Erziehung des kapitalistischen Betriebs zur Solidarität wirkt aber um so nachhaltiger, da der kapitalistische Produktionsprozess jedes egoistische Interesse des Arbeiters an dem Ertrag der kollektiven Arbeit ausschaltet. Ob das Unternehmen 5 oder 100 % Reingewinn abwirft, ist für den Arbeiter zunächst gleichgültig, da er in einem wie im andern Fall nur seinen vereinbarten Zeit- oder Stücklohn erhält. Es ist somit dem Fabrikarbeiter verhältnismässig leicht gemacht im Rahmen der Fabrik solidarisch zu handeln, da ein Konflikt zwischen altruistischen und egoistischen Motiven nur selten entstehen kann. Auch hart gesottene Egoisten werden unter solchen Umständen noch altruistisch handeln können, weil das Wohl ihrer Mitarbeiter sich mit ihrem eigenen deckt. Ihren wahren Charakter zeigen solche Personen in der Regel erst dann, wenn sie Aufseher oder Werkmeister werden und sich zum Erstaunen ihrer früheren Kollegen plötzlich in rücksichtslose Antreiber und kleinliche Tyrannen verwandeln. Solange der Proletarier Arbeiter bleibt, kann sich sein Egoismus eigentlich nur darin bekunden, dass er andere für sich arbeiten lässt. An dahingehenden Versuchen fehlt es auch nicht. So berichtet Genosse Paul Göhre, dass in der Chemnitzer Maschinenfabrik, wo er 3 Monate als Hilfsarbeiter tätig war, zwei seiner Mitarbeiter »sich gern einmal von der Arbeit drückten«, das heisst die anderen für sich arbeiten liessen. Natürlich konnte ein solches Vorgehen weder bei den Arbeitern noch bei den Aufsichtspersonen Beifall finden, so dass dem egoistischen Bestreben sich auf Kosten der andern faule Tage zu machen von zwei Seiten energisch entgegen getreten wurde. Andererseits weiss Genosse Göhre aber auch von schönen Zügen menschenfreundlicher Rücksichtnahme zu berichten, die dem Gerechtigkeitssinn der Arbeiter ein glänzendes Zeugnis ausstellen. In seiner noch immer unübertroffenen Schilderung des Seelenlebens moderner Fabrikarbeiter schreibt er:

»Als ich in die Fabrik eintrat, zeigte es sich gleich am ersten Tage, dass ich unfähig war ebenso stramm und stark zuzugreifen wie die in solcher Arbeit erprobten Kollonengenossen. Sofort nahm man Rücksicht auf mich; und anstatt den neuen, noch schüchternen Kameraden auszubeuten und ihn an ihrer Statt arbeiten zu lassen stellte man ihn immer an den leichtesten Platz, ja schob ihn gar ganz bei Seite, um selbst schneller und besser die Arbeit zu tun. Und den selben kameradschaftlichen Sinn, die selbe freundliche Nachsicht übten die meisten Schlosser und Maschinenarbeiter gegen mich. Später, als ich kräftiger, geschickter, ausdauernder geworden war, hörte das freilich und mit Recht auf, und ich wurde ebenso viel, doch nicht mehr wie die anderen strapaziert.«²⁾

²⁾ Siehe Göhre 3 Monate Fabrikarbeiter und Handwerksbursche /Leipzig 1891/, pag. 80.

Darin also, dass die gewaltigen Fabriken der Gegenwart den Arbeiter zur Solidarität erziehen, ihm einheitliches Klassenbewusstsein einflössen, wird man Sombart beipflichten können. Viel zu weit gegangen ist es aber, wenn Sombart schreibt, dass sich dort auch eine »Gewöhnung an kommunistische Arbeit« herausbilde. Dass seine Arbeit einen kollektiven Charakter trägt und erst durch das Zusammenwirken verschiedener Arbeiterkategorien ein gebrauchsfertiges Gut entsteht, ist freilich jedem Arbeiter klar. Kollektive Arbeit ist aber noch keine kommunistische. Der moderne Fabrikarbeiter arbeitet zwar kollektiv, aber nicht im Dienst der Gesellschaft, die für seine Bedürfnisse sorgt, sondern unter dem Kommando eines Unternehmers, der seine Arbeitskraft im Austausch gegen eine bestimmte Geldsumme erworben hat. Wie sollte da also wohl eine »Gewöhnung an kommunistische Arbeit« stattfinden können? In der Regel fehlt dem modernen Proletarier sogar die Erkenntnis, dass er nicht nur für den Unternehmer sondern auch für die Gesellschaft arbeitet. Der Arbeiter sieht es dem Geld, das er als Lohn erhält, nicht an, dass sich dahinter ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis verbirgt. Ich erinnere mich noch sehr gut, dass es auf mich wie eine Offenbarung wirkte, als ich als 18jähriger Handwerkslehrling mit Hilfe eines Studenten den berühmten 4. Abschnitt des 1. Kapitels im *Kapital* von dem *Fetischcharakter der Ware und seinem Geheimnis* las. Und nichts ist mir so schwer geworden als meinen damaligen Bekannten klar zu machen, dass auch heute schon jeder Arbeiter für die Gesellschaft arbeitet, ein bestimmtes gesellschaftliches Bedürfnis befriedigt, wenn er auch scheinbar nur dem Unternehmer dienstbar ist, der seine Arbeitskraft gekauft hat.

II

LLES das führt zu dem Resultat, dass die sozialistischen Ideale gemeinsamen Lebens und Wirtschaftens keineswegs »aus den Industriezentren und Arbeitervierteln der Grossstädte hervorgewachsen« müssen. Der Proletarier wird ebenso wenig von selbst Sozialist wie etwa ein Student oder ein Angehöriger einer anderen Berufsschicht. Die sozialistische Idee wächst nicht von selbst aus dem proletarischen Denken heraus, sondern sie wird ihm eingeflösset. Nur in Hinsicht auf die Empfänglichkeit für die historische Idee der Gütergemeinschaft unterscheidet sich der Proletarier von den Angehörigen der anderen Klassen. Die Gründe der grösseren Empfänglichkeit für sozialistische Ideen sind naheliegend. Zunächst kann man wohl allgemein sagen, dass die Idee der Gütergemeinschaft an Produktionsmitteln auf Besitzlose, denen eine begründete Aussicht fehlt zu einem nennenswerten Besitz zu gelangen, immer eine grosse Anziehungskraft ausüben wird. Die Aussicht zu einem nennenswerten Besitz zu kommen ist aber für die moderne Lohnarbeiterschaft überwältigend gering. Erhöht wird die Empfänglichkeit für sozialistische Ideen noch durch die vorherrschend religiöse Erziehung in der Volksschule, die vielen Proletariern den Sozialismus fast als ein sittlich-religiöses Postulat erscheinen lässt. Andererseits leihen realistisch gerichtete Personen im Proletariat der sozialistischen Lehre deshalb ein williges Ohr, weil das Vorhandensein staatlicher und kommunaler Betriebe ihnen als ein Beweis für die Realisierbarkeit des Sozialismus erscheint. Angeregt durch die Lektüre eines Leitartikels in einem national-liberalen Blatt, der die in dem Bellamyschen Roman *Ein Rückblick aus dem*

Jahre 2000 zum Ausdruck gebrachte Idee, dass alle Produktionszweige verstaatlicht werden müssten, kurz streifte, baute sich mir als 16jährigem, dem bis dahin keine sozialistische Schrift in die Hände gekommen war, die Gesellschaft der Zukunft als eine riesengrosse Organisation staatlicher Betriebe auf, die alle Zweige der Produktion umfassen und alle Arbeiter zur sozialen Stellung von Staatsbeamten erheben sollte. Auch um den Nachweis der psychologischen Möglichkeit eines solchen Gemeinwesens, war ich nicht verlegen. Von der aus meiner Umgebung geschöpften Erfahrung ausgehend, dass vom Arbeiter nichts so schmerzhaft empfunden wird wie die Unsicherheit der Existenz, rechtfertigte ich meine staatssozialistische Gesellschaftsordnung damit, dass es von allen Arbeitern als ein grosses Glück angesehen werde eine feste, pensionsberechtigte Anstellung beim Staat zu finden. Wenn aber eine feste staatliche Anstellung von der grossen Masse des Volks als erstrebenswertes Ziel angesehen wird und diejenigen, die das Ziel schon erreicht, gar nicht daran denken freiwillig ihre Stellung aufzugeben, so schien mir dadurch der Beweis erbracht, dass eine solche staatssozialistische Ordnung der menschlichen Natur nicht nur nicht widerstreiten sondern ihrer im vollkommensten Masse entsprechen würde. Im allgemeinen wird man sagen können, dass die Art und Weise, wie der Proletarier für den Sozialismus gewonnen wird, sich sehr verschieden gestalten kann. Einen sicheren Aufschluss darüber kann uns aber nicht die Spekulation sondern nur eine gewissenhafte Forschung geben, die sich um Auskunft an die intelligenten Arbeiter selbst wendet. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass jüngst zwei Publikationen erschienen sind, die, abgesehen von höchst wertvollen sozialen Schilderungen, uns auch Auskunft über den Werdegang von Proletariern in Hinsicht auf ihre Gewinnung für die Sozialdemokratie geben. An erster Stelle soll uns hier die Jugendgeschichte einer Arbeiterin beschäftigen, die von ihr selbst in schlichter Weise erzählt wird. Ich greife aus den Schilderungen der Verfasserin — die, aus den tiefsten Schichten des Proletariats aufsteigend, sich unter besonders ungünstigen Verhältnissen durch eifriges Lesen einen ungewöhnlichen Grad geistiger Bildung verschaffte, um die sie viele bürgerliche Damen beneiden könnten — nur diejenigen Stellen heraus, die sich auf ihren Übertritt zum Sozialismus beziehen. Zunächst bestätigen die Erlebnisse der Verfasserin die vorhin erwähnte Ansicht, dass nicht nur sozialistische sondern auch andere soziale Lehren, die mit dem Anspruch auftreten das soziale Elend erklären und beseitigen zu können, einen tiefgehenden Einfluss auf das moderne Proletariat auszuüben vermögen. Die anonyme Verfasserin der *Jugendgeschichte* berichtet darüber:

»Als eine besonders starke antisemitische Strömung im politischen Leben bemerkbar wurde, sympathisierte ich vorübergehend mit dieser Richtung. Eines hatte mich dazu bewogen. Ein Flugblatt *Wie gelangt Israel zur Macht und Herrschaft über alle Völker der Erde?* hatte mir's angetan. Da gelangte ich nebst vielen anderen Greuelthaten, die dem Volke Israels angedichtet wurden, auch zur Kenntnis des Märchens vom Ritualmord. Ich las weiter, dass die Juden die *Töchter der Gojims* (Christen) schänden wollen, um die eigenen Frauen und Töchter zu schonen. Diese Behauptung beeinflusste mich am meisten. Ich wollte auch beitragen zur Abwehr der jüdischen Anschläge und beschloss dem jüdischen Geschäft, wo ich bisher meine Kleider gekauft hatte, meine Kundschaft zu entziehen. Meine Kolleginnen beredete ich zu dem selben Handeln.«⁹⁾

Selbständig hat übrigens die Verfasserin der *Jugendgeschichte* auch später

⁹⁾ Siehe die *Jugendgeschichte einer Arbeiterin* (München 1909), pag. 59.

den Weg zum Sozialismus nicht gefunden. Obwohl sie die Verteidigungsreden angeklagter Sozialdemokraten gelesen und sich an ihren Ausführungen begeistert hatte, bedurfte es doch noch des persönlichen Einflusses eines intelligenten Arbeiters, um sie ganz für die Sozialdemokratie zu gewinnen: »Um diese Zeit lernte ich einen Arbeiter kennen, der ausserordentlich intelligent war Er war der erste Sozialdemokrat, mit dem ich bekannt wurde Von ihm erhielt ich viele Bücher, mit ihm konnte ich über alles reden, was ich dachte und empfand. Von ihm liess ich mich über den Unterschied zwischen Anarchismus und Sozialismus aufklären. Von ihm hörte ich auch zum erstenmal, was eine Republik sei: und trotz meiner früheren dynastischen Schwärmereien entschied ich mich für die republikanische Staatsform. Ich sah alles so nahe und greifbar, dass ich förmlich die Wochen zählte, die bis zur Umwälzung des Staats- und Gesellschaftswesens noch vergehen mussten.«⁴⁾

So wenig wie die Verfasserin der *Jugendgeschichte einer Arbeiterin* sind auch die Arbeiter, die ihre Lebensgeschichte in der Sammlung von *Arbeiterbriefen* niedergelegt haben, die Adolf Levenstein herausgegeben hat, durch selbständiges Denken zum Sozialismus gekommen. Von einem selbständigen Wachstum sozialistischer Ideen aus dem proletarischen Milieu heraus geben sie keine Kunde. Den breitesten Raum in dem Buch nimmt die Lebensgeschichte des Kohlenhauers Max Lotz aus Gladbeck ein, einer ebenso begabten wie undisziplinierten Natur.⁵⁾ Als uneheliches Kind einer Tingeltängelsängerin geboren, die später als Ehefrau eines Trunkenbolds aus bitterster Not der Prostitution verfällt, gelangt er nach abenteuerlich teils als Vagabund auf der Landstrasse teils als Sträfling im Gefängnis und Arbeitshaus verlebten Pubertätsjahren schliesslich ins rheinisch-westfälische Kohlenrevier, wo er als Kohlenhauer Arbeit findet. Während seiner stürmischen Jünglingsjahre hat er nie etwas vom Sozialismus, nie etwas von einer modernen Arbeiterbewegung gehört. Aber auch hier angesichts einer gewaltigen Kapitalkonzentration und einer durch das gemeinsame Auftreten von Kohle und Eisen herbeigeführten immensen Bevölkerungsanhäufung dauert es noch recht lange, bis er Fühlung mit der Arbeiterbewegung erlangt. Schliesslich erreicht ihn aber doch eine Welle der sozialistischen Agitation. Durch einen aufklärenden Dialog über Kirche und Sozialdemokratie, der in seine Hände gelangt, wird er für die Sozialdemokratie gewonnen. Seine innere Umwandlung beschreibt er wie folgt:

»Wie ein frisch Sehendgewordener tappte ich von da an erstaunt umher und besah mir den selbstgefälligen Bourgeois, der so autokratisch, so selbstverständlich den Mitmenschen die Arbeit, die schlechtentlohnte, aufgab, durch eine ganz andere Brille an. Ach so, deshalb wurde die Notwendigkeit der Arbeit, besonders der physischen, immer so feierlich dargetan in der Schule als ein Naturgebot, damit der eine, dem die Maschinen, das Fabrikgebäude, die Prunkvilla gehört, sich seiner Siestas pflegen kann, deshalb müssen Tausende, die im Wesen seiner gleichen, durch den Hunger zerrüttet, durch die Arbeit verunstaltet werden, damit der Sinnenmensch, der bewusste Egoist, sich nicht ermüde. O fluchwürdiger Zustand! Die Empörung, die sich meiner bemächtigte, wuchs zum Hass, und der schmachvolle Helotenstand, dem ich unterworfen, wurde mir zur schimpflichen Qual.«⁶⁾

Der loderröde Hass gegen die Kapitalmagnaten des Bergbaus, der in diesen Sätzen seinen leidenschaftlichen Ausdruck findet, wird erst voll verständlich, wenn wir uns die tägliche Arbeitsfron eines Bergmanns vergegenwärtigen. Man kann leicht einsehen, dass eine solch nahezu geistlose und körperlich

⁴⁾ Siehe *ibid.*, pag. 60-61.

⁵⁾ Siehe die Rubrik *Dichtkunst* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 1. Band, pag. 539 ff.

⁶⁾ Siehe Levenstein *Aus der Tiefe* /Berlin 1909/, pag. 72.

schwere Arbeit für geistig hochstehende, intellektuell regsame Menschen sich zu einer wahren Tortur gestalten muss. Der Hass gegen die tägliche Arbeitsqual gelt uns daher auch fast auf jeder Seite der Lotzschen Autobiographie entgegen. Wie der verzweifelte Aufschrei einer gehetzten Kreatur, die an das Ende ihrer Kräfte gelangt, klingt das, was Lotz uns über die Empfindungen, die seine Berufsarbeit bei ihm auslöst, zu sagen hat:

»Wenn ich nun, als Lohnarbeiter, in dem Getöse der Grubenarbeit verhüllt und verschüttet, darüber nachgrübele, wie es kommt, dass der Fluch der Arbeit so bleiern auf mir lastet, der Kampf des Lebens so brutal mich erdrückt, dann möchte ich aufschreien, wild gellend vor Wut und innerem Groll. Aber ich muss schweigen, muss mich hineinschweigen in mein Herz, und dort, tief in der Brust, seufzt die todmüde Seele.«⁷⁾

Der Kontrast zwischen der Niedrigkeit der sozialen Stellung, die er ausfüllen muss, und der Grösse des Geistes, den er in sich fühlt, kommt in diesen Worten Lotzens ergreifend zum Ausdruck. Es gehört in der Tat zu den dunkelsten Seiten unserer heutigen sozialen Ordnung, dass die Proletarier, deren hervorragende geistige Begabung sich erst auf der Schwelle zum Mannesalter offenbart, alle Zugänge zum sozialen Aufstieg hermetisch verschlossen finden. Proletarische Intelligenzen reifen langsam und offenbaren sich spät, wegen der für ihre Entwicklung ungünstigen Verhältnisse, der Armut und Kulturlosigkeit ihres Milieus. So kommt es, dass selbst das wenige, was Staat, Gemeinden und humanitäre Gesellschaften leisten, um befähigte Elemente der Arbeiterschaft emporzubringen, meist an untaugliche Objekte verschwendet wird. Denn nur die Begabung, die sich in den ersten Schuljahren zeigt, wird berücksichtigt, sofern sie sich mit Eigenschaften paart, die der Schule genehm, aber nur selten der Ausfluss genialer Begabung sind. Geistige Begabung bei Proletariern, die sich erst im späteren Lebensalter zeigt, findet bei uns alle Türen verschlossen und muss, wenn sie nicht eine politisch-organisatorische ist, die in der Arbeiterbewegung sich Geltung verschaffen kann, elend zu grunde gehen, weil unübersteigbare Wälle von Vorschriften über regelrecht abgelegte Schulexamina, hinter denen die geistige Beschränktheit emporwuchert, ihr den Zugang zu allen höheren Wirkungskreisen versperrt. Man muss daher Lotz sachlich recht geben, wenn er seine heftigen Anklagen gegen die heutigen sozialen Zustände gerade mit der Vernichtung der proletarischen Intelligenz begründet, wenn auch der lodernde Ehrgeiz, der ohne jedes kritische Bedenken in seinen Worten zum Ausdruck kommt, naiv und zum Teil komisch anmutet:

»Deshalb empört es mich auch auf das empfindlichste, dass so viele Intelligenzen innerhalb der Masse verkümmern durch den Druck der kapitalistischen Arbeitsverhältnisse, und die kulturellen und künstlerischen Schätze der latenten Intellekts verlieren dadurch an Bedeutung, überhaupt an Lebensbewegung. Und ich selber? Nur zu sehr fühle ich die Ohnmacht meiner Person. Was bin ich? Was bedeute ich auf dem grossen Weltplan, wo das physische und psychologische Faustrecht seine Orgien feiert? Nichts! Gar nichts! Eine Null. Aber warum soll ich eine Null sein, wenn ich keine sein will? Und sein will ich keine, absolut nicht, ich will empor, hoch, ganz hoch empor, ja der Höchste will ich sein im Pantheon des Menschengestes Aber ich will nicht allein hinauf, ich will sie alle dort sehen im lichten Zirkel menschlichen Bewusstseinsglücks, alle, die jetzt noch so schmachvoll mit mir darben. Darum ergreift mich auch ihr Schicksal so bitter, weil ich mit ihnen und sie mit mir verderben sollen.«⁸⁾

⁷⁾ Siehe Levenstein, loc. cit., pag. 65.

⁸⁾ Siehe Levenstein, loc. cit., pag. 69.

In diesen leidenschaftlichen Worten des Kohlenhauers Lotz grollt die bittere Empörung, die die Brust vieler geistig hochstehender Proletarier durchwühlt, spiegelt sich der tiefe Hass gegen das heutige System der Auslese, das dem Proletarier, auch wenn er zu den Befähigtsten zählt, von den Quellen höherer Bildung zurückstösst, um der besitzenden Mittelmässigkeit die Stellen, auf die nur die ersteren nach dem natürlichen Recht der Begabung einen Anspruch haben, einzuräumen. Aber nicht nur dieser für die proletarische Intelligenz charakteristische Groll gegen die Reichen und Glücklichen der Welt, die die Quellen der Bildung für sich und ihre Sippe mit Beschlag belegen, zeigt sich in den Reflexionen des Kohlenhauers sondern auch noch eine andere Seite proletarischen Denkens und Fühlens, die sich unter dem Eindruck der sozialdemokratischen Lehre herausbildet, tritt uns daraus entgegen. Lotz, der von sich behauptet »vollständig in der marxistischen Idee aufgegangen« zu sein, fordert nicht nur für sich die Befreiung von einer Arbeitsleistung, die ihm eine Entwürdigung des Menschen scheint, sondern er will alle frei wissen von den »äusseren Qualen, welche eine einzige Schicht schon auf das objektive Empfinden des Individuums ausübt«. In ihm lebt der fanatische Glaube an die Erreichbarkeit eines sozialen Zustands, der es möglich macht die ganze Menschheit von aller den Geist niederdrückenden körperlichen Arbeit zu befreien. Nie kommt ihm bei seinen Reflexionen der Gedanke, dass unsere Bedürfnisbefriedigung auch bei der höchsten Ausbildung der Technik, die wir uns heute vorzustellen vermögen, eine grosse Menge mehr oder minder geistloser Handarbeit erheischt. Kein Wort lässt darauf schliessen, dass Lotz je etwas davon gehört oder gelesen, dass die Arbeit der Bergleute doch nicht bloss den kapitalistischen Mehrwert erzeugt sondern auch einen der wichtigsten Gebrauchswerte der Kulturmenschheit, die Kohle, hervorbringt, die niemand, weder Reich noch Arm, entbehren kann, mit deren Hilfe wir unsere Speisen bereiten, unsere Werkzeuge anfertigen, uns reinigen, wärmen, die Produkte ferner Zonen herbeischaffen usw. Wenn Lotz uns die Abscheulichkeit der Arbeitsqual im Kohlenbergwerk mit brennenden Farben schildert, so beschäftigt ihn nie ernstlich der Gedanke, welche Reformen notwendig wären, um sie auf ein erträgliches Mass zurückzuführen. Nicht um eine Erleichterung des schweren Loses der Bergarbeiterschaft ist es ihm zu tun sondern um ihre völlige Befreiung von dieser Arbeit. Ganz in der utopischen Gedankenwelt des sozialistischen Revolutionarismus befangen, begreift er es nicht, dass eine sozialistische Organisation der Gesellschaft die Gesamtsumme der in Gruben und Bergwerken zu verrichtenden Arbeit wahrscheinlich noch vergrössern müsste, und dass kein Gott und kein Sozialismus diese Gebrauchswerte schaffende Arbeit überflüssig machen kann, sofern uns nicht die Wissenschaft, die grosse Befreierin der Menschheit, neue Kraft- und Wärmequellen erschliesst. Indem Lotz nicht sieht, dass der Sozialismus die Arbeitsqual nicht beseitigen sondern sie nur für den einzelnen beschränken, das heisst auf eine grössere Zahl von Schultern verteilen kann, bekommen alle seine Darlegungen einen Zug ins Phantastische.

Übrigens zeigt sich die brennende Sehnsucht von der Arbeit in der Grube befreit zu werden nicht nur bei Lotz. Auch der Bergmann Hugo Teuchert betritt »den Förderkorb gewöhnlich mit dem Gedanken, den Dante über die Hölle schrieb«. Und von seinen Arbeitskameraden berichtet er, dass ihre Aufrüttelung durch die Partei- und Gewerkschaftsbewegung »das Murren und

HERMANN MÜCKE · DIE VERSICHERUNGSPFLICHT NACH DEM ENTWURF DER REICHSVERSICHERUNGSORDNUNG



BEIM Studium des Entwurfs der Reichsversicherungsordnung wird man an eine Stelle der Denkschrift über die deutsche Arbeiterversicherung erinnert, die im Auftrag des Reichsversicherungsamts für den 7. internationalen Arbeiterversicherungskongress zu Wien /1905/ bearbeitet wurde. Es heisst in jener Denkschrift:

„In Deutschland kam ein äusserer Umstand hinzu, welcher die Entwicklung der sozialen Versicherung beschleunigte. Die Ereignisse des Jahres 1878 hatten zu dem sogenannten *Sozialistengesetz* . . . vom 21. Oktober 1878 geführt. Man empfand nun das Bedürfnis dem durch dieses Gesetz in die Wege geleiteten Repressivsystem ein positiv förderndes System an die Seite zu setzen, durch welches die Lage der arbeitenden Bevölkerung gebessert und ihren berechtigten Ansprüchen zur Befriedigung verholfen und überhaupt im Anschluss an die Grundsätze der christlichen Sittenlehre den Schwachen und Bedrängten eine grössere Fürsorge gewidmet werden sollte.“¹⁾

Hier wird zugegeben, dass die Arbeiterversicherung das Mittel sein sollte die Arbeiter über die durch das Sozialistengesetz geschaffene politische Entrechtung hinwegzutauschen. Man fühlte eben, dass zur Beruhigung der arbeitenden Bevölkerungsschichten etwas geschehen musste. Nachdem aber die herrschenden Klassen und die mit diesen eng verbundenen Regierungen eingesehen haben, dass diese Volksschichten nicht mit sozialen Halbheiten, wie sie die Versicherungsgesetzgebung darstellte, zu befriedigen waren, wenn diese Gesetzgebung auch eine, zwar nur geringe, Besserung des bisherigen Zustands schuf, haben sie auch das Interesse an der Vervollkommnung der Arbeiterversicherungsgesetzgebung verloren. Beständig wurde zwar an den Arbeiterversicherungsgesetzen reformiert, jedoch ist etwas Vollkommenes bis jetzt noch nicht geschaffen, und auch die jetzt im Entwurf vorliegende Reichsversicherungsordnung ändert an den bestehenden Verhältnissen nicht viel. Man kann sich des Gefühls nicht erwehren, dass der Entwurf nur dem ständigen Treiben der Versicherten seine Existenz verdankt; dass er weniger aus der Einsicht der Regierung über die Unzulänglichkeit der Arbeiterversicherung heraus geboren wurde als vielmehr aus der Erkenntnis, dass etwas geschehen müsse, um die immer mehr und in immer grösseren Kreisen schwindende Zufriedenheit wieder herzustellen. Also die selben Motive, die jene Stelle der amtlichen Denkschrift zum Ausdruck brachte. Daran ändert auch die Begründung des Entwurfs nichts, nach der die Arbeiterversicherung lediglich die Folge der *kaiserlichen Botschaft* vom 17. November 1881 sein soll; im Gegenteil, in der Begründung selbst wird zugegeben, dass der Entwurf nur einzelne Unvollkommenheiten beseitigen will. Eine gründliche Reform war somit nicht beabsichtigt. Allerdings enthält der Entwurf Bestimmungen, die gegen den früheren Zustand einen Fortschritt bedeuten, doch erfüllen sie die sehr berechtigten Wünsche der versicherungsbedürftigen und der versicherten Volkskreise noch in keiner Weise. Das tritt am deutlichsten zu tage, wenn man die gesamte Materie des Entwurfs wie folgt zerlegt: 1. Versicherungs-

¹⁾ Siehe die Denkschrift des Reichsversicherungsamts *Die deutsche Arbeiterversicherung als soziale Einrichtung*, 2. Auflage /Berlin 1905/, pag. 17.

pflcht; 2. Leistungen der Versicherung; 3. Versicherungsbehörden und Verfahren vor den Versicherungsinstanzen; 4. Organisation und Verwaltung.

Vergleicht man die Versicherungspflicht der einzelnen Versicherungszweige mit einander, so vermisst man sofort die Einheitlichkeit für die Maximalgehaltsgrenze bei denjenigen Versicherten, die nicht als Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge oder als Dienstboten beschäftigt werden. Es wird durch den Entwurf in dieser Beziehung nichts geändert: für die Kranken-, Invaliden- usw. Versicherung beträgt die Maximalgehaltsgrenze nach wie vor 2000 Mark, wogegen in der Unfallversicherung Angestellte mit einem Jahresgehalt bis zu 3000 Mark der Versicherungspflicht unterliegen. Durch die Satzungen der Berufsgenossenschaften können sogar Betriebsbeamte mit mehr als 3000 Mark Gehalt der Versicherungspflicht unterstellt werden. Ebenso Betriebsunternehmer, Unternehmer von Bauarbeiten, die nicht in einem gewerbemässigen Baubetrieb ausgeführt werden, Personen, die Reittiere und Fahrzeuge (§ 63a Ziffer 7) halten, ferner Binnenlotsen, die ihr Gewerbe für eigene Rechnung betreiben. Für alle hier bezeichneten Personen ist eine Einkommensgrenze überhaupt nicht festgesetzt. Weder aus dem Entwurf noch aus den beigelegten Motiven sind die Gründe für die Ungleichheit der Maximalgehaltsgrenze ersichtlich. Unverständlich erscheint, dass ein Unfallverletzter mit einem Jahresgehalt von mehr als 3000 Mark die Hilfe der Versicherung nötig haben soll, während Erkrankte oder Invaliden, die über 2000 Mark Gehalt beziehen, dieser Hilfe nicht für bedürftig erachtet werden. Dem, was in der Begründung des Entwurfs als unbedingt nötig bezeichnet wird, nämlich, dass die soziale Gesetzgebung den Änderungen in den Verhältnissen des sozialen Lebens folgen müsse, um die nötige Fühlung mit diesem wahren zu können, wird hier in keiner Weise Rechnung getragen. Seitdem beim Inkrafttreten der Invalidenversicherung im Jahre 1891 die Maximalgehaltsgrenze für die Kranken- und Invalidenversicherung auf 2000 Mark festgesetzt wurde, haben sich in unserm Wirtschaftsleben derartige Veränderungen vollzogen, dass nicht nur eine Gleichstellung sondern eine Erhöhung der Gehaltsgrenze in sämtlichen Versicherungszweigen am Platze wäre. Unter den heutigen Verhältnissen dürfte ein Einkommen von 3000 bis 3600 Mark wohl ungefähr einem solchen von 2000 Mark damals entsprechen. Diese Tatsache berücksichtigt der Entwurf gar nicht; er wahrt also nicht die nötige Fühlung mit dem sozialen Leben. Will man das erstreben — und das würde nur der Billigkeit entsprechen —, so ist es nötig die Maximalgehalts- oder Einkommensgrenze für die gesamte Arbeiterversicherung einheitlich auf mindestens 3600 Mark festzusetzen. Dadurch wäre noch nicht einmal ein Fortschritt gegen früher erzielt sondern nur das Gleichgewicht wieder hergestellt, indem die Änderung der Wirtschaftsverhältnisse zum Ausdruck kommt.

Ein Fortschritt besteht unzweifelhaft darin, dass die Krankenversicherungspflicht nicht mehr auf Gewerbebetriebe beschränkt ist, sondern dass ihr alle Arbeiter einschliesslich der Dienstboten und Heimarbeiter unterstehen. Hier wirkt jedoch die Bestimmung störend, dass für Angestellte die Versicherungspflicht bei Einkommen über 2000 Mark Halt macht; selbst die freiwillige Versicherung wird den Angestellten mit einem Gehalt von mehr als 2000 Mark verwehrt. Durch diese Bestimmungen werden die Angestellten schlechter gestellt als Arbeiter und Dienstboten. Es tritt also auch hier die

mangelnde Anpassung des Entwurfs an das soziale Leben deutlich zu tage. Denn es ist unbegreiflich, warum irgend ein Versicherter in sogenannter *gehobener Stellung* mit einem Jahresgehalt von 2050 Mark auf die Wohltaten der Versicherung verzichten kann, während der Arbeiter, der vielleicht ein noch höheres Einkommen besitzt, ohne diese nicht auskommen könnte; die wirtschaftliche Lage dieser Angestellten ist doch ebenso unsicher wie die der Arbeiter. Ferner wird die Krankenversicherungspflicht durch die Bestimmungen der §§ 205 bis 209 des Entwurfs eingeengt. Danach sind auf ihren Antrag Personen von der Versicherungspflicht zu befreien, die dauernd nur beschränkt arbeitsfähig sind, wenn der unterstützungspflichtige Armenverband der Befreiung zustimmt. Diese Bestimmung entspricht dem § 3 a Ziffer 1 des geltenden Krankenversicherungsgesetzes. Ist es schon unverständlich, dass man Personen, die doch zweifellos die Krankenversicherung am nötigsten brauchen, die Möglichkeit gibt sich nicht zu versichern, so fordert diese Bestimmung zum Widerspruch heraus, wenn man die Praktiken kennt, die sich herausgebildet haben. Da ist beispielsweise der *Allgemeine Knappschaftsverein* zu Bochum, der mehr als $\frac{1}{4}$ Million Mitglieder umfasst. Dieser Verein hat jene Bestimmungen in geradezu brutaler Weise angewandt. In den neuen Statuten des Vereins, die am 1. Juli 1908 in Kraft traten, heisst es im § 3: „Personen, die nur teilweise oder nur zeitweise erwerbsfähig sind, dürfen erst nach Befreiung von der Krankenversicherungspflicht (§ 9) wieder beschäftigt oder überhaupt zur Arbeit zugelassen werden.“

Von dieser Bestimmung wird in der schroffsten Weise Gebrauch gemacht, und so besteht die Tatsache, dass sämtliche Invaliden des genannten Vereins nicht gegen Krankheit versichert sind. Nur auf Antrag durch die in Frage kommenden Versicherten soll die Befreiung von der Versicherungspflicht erfolgen: In der brutalsten Weise zwingt aber hier ein Versicherungsträger diese Versicherten den Antrag auf Befreiung zu stellen. *Friss Vogel, oder stirb!* ist die Losung: Entweder beantragt die Befreiung von der Krankenversicherung, oder ihr bekommt keine Arbeit. Die Armenverbände sind diesem Treiben gegenüber ebenso machtlos wie die armen Krüppel und Invaliden. Würden die unterstützungspflichtigen Armenverbände der Befreiung nicht zustimmen, dann hätten sie die durch Unfälle auf den Zechen zum Krüppel, oder die durch unvernünftige Ausbeutung der Arbeitskraft zu Invaliden gewordenen Arbeiter völlig zu erhalten, während so immer noch die Möglichkeit besteht, dass diese Arbeiter mit irgend welchen leichten Arbeiten auf den Zechen noch etwas verdienen. Dass sie alsdann der Armenunterstützung nicht bedürfen, das ist der Grund, den die Armenverbände haben, um der Befreiung schon zuzustimmen.

Ausserdem sind nach § 205 Ziffer 2 Personen auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht zu befreien, denen im Falle der Erkrankung gegen den Arbeitgeber ein Rechtsanspruch zusteht, wenn dieser Anspruch den Unterstützungen der zuständigen Krankenkasse gleichwertig ist, der Arbeitgeber die Unterstützung aus eigenen Mitteln deckt und seine Leistungsfähigkeit gesichert ist. Dabei nun wird den landwirtschaftlichen Unternehmern wieder ein besonderes Entgegenkommen gezeigt. Der § 503 gibt ihnen das Recht an Stelle der Versicherten den Antrag wegen Befreiung zu stellen. Es erübrigt sich näher darauf einzugehen, dass auch hieraus sich recht unerquickliche Zustände entwickeln können. Um eine Beschränkung der Krankenver-

sicherungspflicht durch Versicherungsträger oder Arbeitgeber zu verhindern, ist es das richtigste, wenn der Reichstag die §§ 205 bis 209 und die Sonderstellung der Landwirtschaft in den Landkrankenkassen ganz beseitigt.

Werden von der Krankenversicherung sämtliche Arbeiter erfasst, so bleibt eine grosse Anzahl von ihnen nach dem Entwurf gegen Unfall unversichert. Dies gilt für das ganze Bäcker-, Bekleidungs- und Gastwirtsgewerbe, soweit diese Gewerbe nicht fabrikmässig betrieben werden. Als Fabriken gelten solche Betriebe, in denen mindestens 10 Arbeiter regelmässig beschäftigt, und in denen Gegenstände gewerbmässig be- oder verarbeitet werden. In dieser Beziehung hat sich gegen den alten Zustand nichts geändert; es bleiben nach wie vor die gesamten Handwerksbetriebe in der Nahrungsmittel- und Bekleidungsindustrie — mit Ausnahme des Fleischgewerbes — unversichert. Das Reichsversicherungsamt hat allerdings das Recht andere Betriebe mit Fabrikbetrieben gleichzustellen. Wie weit hiervon Gebrauch gemacht werden wird, bleibt indes abzuwarten. Dem Bundesrat wird im § 637 ferner das Recht eingeräumt für Betriebe ohne besondere Unfallgefahr die Versicherungspflicht auszuschliessen. Gegen Unfall unversichert bleiben auch die Dienstboten, die für häusliche Dienste bestellt sind. Der Entwurf bestimmt ausdrücklich, dass die Versicherung sich nur auf versicherte Personen erstreckt, die vom Arbeitgeber oder dessen Beauftragten zu häuslichen und anderen Diensten herangezogen werden (§§ 639, 1003, 1122). Dass die Dienstboten der Krankenversicherung bedürfen, hat man anerkannt und sie der Krankenversicherungspflicht unterstellt. Warum kann man sich nicht dazu aufschwingen nun die Dienstboten auch der Unfallversicherungspflicht zu unterstellen? Die Schwierigkeiten, die sich dabei zeigen, wären bei einigem guten Willen leicht zu überwinden. Eine fernere Schwäche des Entwurfs ist der Ausschluss von Militärpersonen der Unterklassen, für die das Mannschaftsvorsorgungsgesetz vom 31. Mai 1906 gilt. Nach diesem Gesetz sind diese Militärpersonen nur gegen Dienstbeschädigungen geschützt, und was unter Dienstbeschädigungen zu verstehen ist, bestimmt sein § 3:

»Als Dienstbeschädigungen gelten Gesundheitsstörungen, welche infolge einer Dienstverrichtung oder durch einen Unfall während der Ausübung des Dienstes eintreten oder durch die dem Militärdienst eigentümlichen Verhältnisse verursacht oder verschlimmert sind. Eine von dem Verletzten vorsätzlich herbeigeführte Gesundheitsstörung gilt nicht als Dienstbeschädigung.«

Also nur Unfälle bei dienstlichen Verrichtungen werden von diesem Gesetz getroffen. Die Abkommandierungen von Soldaten zu landwirtschaftlichen oder gewerblichen Arbeiten gehören aber nicht zum Dienst. Die Agrarier können aber ohne diese Soldatenarbeiter nicht auskommen. Auch in gewerblichen Betrieben sind zum Teil Soldaten als Arbeiter sehr beliebt; schon deshalb, weil sie ja bedeutend billiger sind als freie Arbeiter. Ob nun diese Soldatenarbeiter, wenn sie bei der ausserdienstlichen Beschäftigung in einem landwirtschaftlichen oder sonstigen Betrieb einen Unfall erleiden, unter die Versicherungspflichtigen der §§ 638, 1002 und 1110 des Entwurfs fallen, ist sehr zweifelhaft. Jedenfalls treffen die dort aufgezählten Arbeiterkategorien nicht zu, schon deshalb nicht, weil ja der Soldat während der Dienstzeit kein Arbeitsverhältnis eingehen kann. Es dürfte deshalb folgender Zusatz zu den §§ 638, 1002 und 1110 zu empfehlen sein: Versicherungspflichtig im Sinne des Gesetzes sind die von der Militärbehörde zu Dienstleistungen in versicherten Be-

Glück zu ihrem Ziel gelangt. So haben die Metallarbeiter in Petersburg und die Drucker in Moskau wertvolle Statistiken über ihre Berufszweige zu stande gebracht, und gleichzeitig hat die *Kaiserlich russische technische Gesellschaft* die Ergebnisse ihrer Enquete über die Haushaltsrechnungen der Petersburger Arbeiter der Öffentlichkeit übergeben. All diese Materialien werfen ein scharfes Licht auf die Verhältnisse der russischen Arbeiter, und es scheint mir deshalb wenigstens nicht überflüssig hier ihre Hauptresultate referierend zusammenzustellen.

Ich beginne mit der sozusagen sozialen Genesis des russischen Arbeiters. Soweit unsere Materialien reichen, zeigen sie übereinstimmend, dass der russische Proletarier hauptsächlich der Bauernklasse entstammt, und dass er noch bis jetzt nicht nur verwandtschaftlich sondern häufig auch wirtschaftlich aufs engste mit ihr verbunden ist. Von den 570 Petersburger Arbeitern, die ihre Angaben zur Enquete machten, haben nur 260 keine Verbindung mit dem platten Land; alle anderen dagegen stehen in mehr oder weniger engen Beziehungen zu ihm. Von diesen letzteren betreiben 122 dort eine eigene Wirtschaft, 111 besitzen nur Grund und Boden, treiben aber selbst keinerlei Ackerbau, und 77 haben Verwandte dort, denen sie von 4 bis zu 15 % ihres Arbeitslohns absenden. Auch die Enquete der Moskauer Druckereiarbeiter bekräftigt die hier festgestellte Tatsache. Von den 4982 Befragten, die, nebenbei gesagt, ein Drittel der Gesamtzahl der Moskauer Druckereiarbeiter darstellen, wurde der grössere Teil (65 %) auf dem Lande geboren, und 46 % treibt noch bis jetzt Landwirtschaft. Es gibt aber ausserdem genügend solcher Arbeiter, die zwar keine eigene Wirtschaft betreiben, doch ihren Verwandten auf dem Lande Geld schicken, und zwar durchschnittlich fast 100 Rubel im Jahre. Man sieht, der russische Proletarier ist noch sehr eng an die Scholle gebunden. Die Luft, die er in seiner Jugend eingeatmet, die ersten Begriffe von der Aussenwelt, die er sich zurechtgemacht, sind nicht städtischer Herkunft, er hat sie hauptsächlich vom flachen Land mit hinübergebracht. Somit muss sein ganzes Denken und Fühlen anders geartet sein als bei den Proletariern in ausgesprochenen industriellen Kulturländern. Nichtsdestoweniger wäre es unzutreffend den russischen Arbeiter sich als einen Bauern zu denken, der nur zeitweilig in die Fabrik geht und die Defizite, die ihm die Landwirtschaft bringt, mit dem Arbeitslohn zu decken versucht. Freilich ist die Zahl solcher Arbeiter nicht gering, aber gross ist auch die derjenigen, die das ganze Jahr in der Fabrik, in der Stadt bleiben und mit der ländlichen Heimat in keinen oder nur in Geldbeziehungen stehen. Im allgemeinen entscheidet hier die technische Struktur der in Frage kommenden Industrie. Je höher diese entwickelt ist, je mehr Maschinen die Fabrik verwendet, desto schärfer trennt sich der Arbeiter vom Land. Die Ziffern der Enquete bei den Druckereiarbeitern zeigen dies in sehr anschaulicher Weise.

Das flache Land wirkt nicht nur auf die Denkart sondern auch auf den Lohn des Arbeiters. Der rein *städtische* Proletarier, der keinen Grund und Boden besitzt, bekommt mehr Lohn als der Eigentümer von solchem. Und der Proletarier, der auf seinem Grund und Boden keine eigene Wirtschaft betreibt, bekommt auch mehr als der, der selbst auf dem Land wirtschaftet. Bezeichnen wir die ersten als städtische, die zweiten als Übergangs- und die dritten als ländliche Arbeiter, so bekommen wir für

die Moskauer Druckereiarbeiter folgende Ziffern des Arbeitslohns: während die städtischen 38,1 Rubel monatlich verdienen, erhalten die Übergangsarbeiter 33,8 und die ländlichen Arbeiter nur noch 32,2. Die ländlichen Arbeiter bekommen also nur 84,5 % derjenigen Summe, die der städtische Arbeiter erhält. Die Petersburger Enquete zeigt im allgemeinen das selbe Bild. Der ländliche Arbeiter, der in Petersburg allein, ohne Familie, lebt, erhält im Durchschnitt jährlich 428,01 Rubel; der städtische dagegen 480,90. Die ländlichen Arbeiter, die in Petersburg eine Familie unterhalten, haben durchschnittlich 648,15, die städtischen 747,74 Rubel Verdienst. Natürlich können diese Ermittlungen über den Arbeitslohn, die für Moskau und Petersburg vorliegen, nicht als Durchschnittsziffern für das ganze Russland angesehen werden. Nach den Berechnungen, die der Fabrikinspektor W. E. Warsar im Auftrag der Regierung angestellt hat, beträgt der monatliche Arbeitslohn von 134.279 russischen Arbeitern durchschnittlich 17,20 Rubel. Zu ungefähr dem selben Resultat kam Pashitnow, der den monatlichen Verdienst des russischen Arbeiters auf 20 Rubel angibt.¹⁾ Aber auch im Vergleich zu dem Durchschnittslohn für alle Petersburger respektive Moskauer Arbeiter sind die Zahlen der für uns in Frage stehenden Enqueten bedeutend höher. Warsar gibt den Durchschnittslohn des Petersburger Arbeiters mit 312,7 Rubel an, die Berichte der Fabrikinspektoren berechnen ihn auf 295 bis 366 Rubel. Die Arbeiter, die von der Petersburger Enquete erfasst wurden, sowie die Moskauer Druckereiarbeiter haben etwa das anderthalbfache dieses Lohns und müssen somit mit Recht der *Aristokratie* nicht nur des russischen sondern auch des hauptstädtischen Proletariats zugerechnet werden. Dass dies der Fall ist, geht auch daraus hervor, dass sie fast ausnahmslos lesekundig sind, während im allgemeinen die russische Bevölkerung aus etwa 50 % Analphabeten besteht. Sogar in Petersburg betragen die Analphabeten 31 % der Gesamtheit.

Wie lebt nun dieser *Aristokrat* der russischen Arbeiterklasse? Wozu reicht sein *hoher* Arbeitslohn? Eine indirekte Antwort auf diese Frage erhalten wir in den Ziffern des Familienbestands. Wir erfahren, dass, während die durchschnittliche Familie im europäischen Russland aus 5,63 Köpfen besteht, die durchschnittliche Familie des Petersburger Arbeiters nur 1,27 Köpfe und die des Moskauer nur 1,12 zählt. Der Lohn des *Aristokraten* reicht nicht aus, um eine gewöhnliche, *ortsübliche*, Familie ernähren, um Kinder erziehen zu können. Die russische Arbeiterklasse kann somit nicht aus eigener Kraft den natürlichen Verlust in ihren Reihen ersetzen. So sagt auch Prokopowitsch: »Dieser Verlust wird durch Ankömmlinge aus dem flachen Lande ergänzt.« Die Arbeiterklasse ist somit immer auf Zuführung neuer, rückständiger Elemente angewiesen, die das Durchschnittsniveau des russischen Arbeiters bedeutend herabsetzen, seine Kräfte verringern. Der Umstand, dass der russische Proletarier von der Gründung einer Familie meistens absieht, wird keineswegs dadurch kompensiert, dass er nun allein wenigstens in menschenwürdigen Verhältnissen leben kann. Der Arbeitslohn reicht nicht nur nicht für Kindererziehung aus sondern auch weder für eine gesunde Wohnung noch für gute Nahrung oder Kleidung. Von den Moskauer Arbeitern hat nur ein Fünftel eine *eigene Wohnung*. Die anderen vier Fünftel begnügen sich mit einem Zimmer oder auch mit einer Schlafstelle. Aber auch diejenigen,

¹⁾ Siehe Pashitnow *Die Lage der arbeitenden Klasse in Russland* (Stuttgart 1907), pag. 118.

die eine eigene Wohnung besitzen, haben sie meist nicht ganz für sich allein, vielmehr vermieten sie an Fremde noch Teile davon. Im allgemeinen haben nur 5 % aller Druckereiarbeiter eine Wohnung ganz für sich. Diese Wohnungen sind aber auch von nicht besonderer Güte, was schon der verhältnismässig geringe Mietspreis beweist. In Petersburg sind die Verhältnisse nicht besser. Von 263 Arbeitern, die ledig sind oder sich ohne Familie in Petersburg aufhalten, hatten nur 2 eine eigene Wohnung. 77 hatten nur ein Zimmer, 38 nur ein halbes Zimmer, 82 einen sogenannten *Winkel*, 48 eine Pritsche und 6 bloss eine halbe Pritsche. Von 307 Arbeitern mit Familie hatten nur 87 eine Wohnung ohne Aftermieter; 53 hatten eine Wohnung mit Aftermietern, 142 hatten nur ein Zimmer, 2 nur ein halbes Zimmer, 12 einen Winkel, 2 eine Pritsche. Für ganz Petersburg berechnet Prokopowitsch, dass etwa 70 % aller allein, ohne Familie lebenden Arbeiter und 43 % aller, die eine Familie besitzen, in solchen Wohnungswinkeln hausen. Was das bedeutet, kann man aus der Beschreibung ersehen, die der Sanitätsarzt A. N. Rubel auf grund von etwa 100 Untersuchungen in seiner Schrift *Die Wohnungen der ärmeren Bevölkerung Petersburgs* gab:

Der hervorragendste Zug dieser Wohnungen ist ihre ausserordentliche Überfüllung, die zuweilen schreckliche Dimensionen annimmt. Weder die Wohnungsinhaber noch die Mieter selbst ziehen [beim Mieten] den Umfang, das Kubikquantum des Luftraums in betracht. Der einzige Massstab der Überfüllung ist die Fläche des Fussbodens, und die Wohnung wird nur dann als überfüllt angesehen, wenn man nirgends eine Pritsche stellen kann. Wenn das ganze Zimmer schon mit Betten bestellt ist, werden die überzähligen Mieter nicht selten in den engen Schlupfwinkel zwischen Ofen und Wand gelegt, manchmal direkt auf den Fussboden und in besonderen Fällen auch unter die Pritschen. Man schläft nicht nur in den Wohnzimmern und in der Küche sondern auch auf den Fluren, in den engen Durchgängen, nicht selten in Räumen ohne Licht, in Winkeln, wo kein Luftwechsel möglich ist. In dem selben Zimmer, das als allgemeiner Schlafraum dient, arbeitet häufig ein Handwerker. . . . Kleider, Wäsche, Stiefel, Lumpen — alles mit dem spezifischen *Lebensgeruch* — hängt, steht, liegt überall in Unordnung im Zimmer. . . Die Breite der Pritsche schwankt meistens in den Grenzen zwischen 20 bis 30 Werschok, selten erreicht sie 26 bis 28, zuweilen geht sie aber auf 18 herunter; und auf einem so engen Bett schlafen meistens zwei Menschen, dabei öfter einander ganz fremde. . . . Wenn ein *Winkel* von einer ganzen Familie oder von einem Mädchen bewohnt wird, wird das Bett durch einen Vorhang abgesondert; in einem so abgetheilten Raum wohnt manchmal eine Familie von 4 bis 5 Menschen: Mann und Weib auf dem Bett, das Brustkind in einer an der Decke befestigten Hängewiege, das zweite und zuweilen auch das dritte Kind zu Füssen der Bettstatt. Hinter dem Vorhang liegt auch das Vermögen der Familie: Kleidung, Wäsche etc. . . . Fussböden mit Ritzen, bedeckt mit einer dicken Schicht von Schmutz; die Tapeten zerrissen, geschwärzt, fettig, mit Flecken von zerdrückten Wanzen; die Decke schwarz von Russ; die Fenster staubig, schmutzig. . . . In allen Ritzen Myriaden von Wanzen, schwarzen Schaben und anderen Insekten.

Die Nahrung des Petersburger Arbeiters steht natürlich auf dem selben niedrigen Niveau wie seine Wohnung. Von den Alleinwohnenden essen nur 35 % an privaten Mittagstischen; 32 % ernähren sich in Wirtshäusern und 18,6 % bekommen ihre Nahrung aus dem sogenannten *Arteljkessel*. Diese nüchternen Ziffern besagen wenig, wenn man die Natur der russischen Wirtshäuser und der Arteljkessel nicht kennt. Um diese Natur zu charakterisieren, genügt es zu bemerken, dass nur die Bewohner der Winkel sich entschliessen aus dem Arteljkessel zu essen. Die Arbeiter, denen ihr Lohn wenigstens das Bewohnen eines halben Zimmers gestattet, gehen lieber in die Wirtshäuser. Aber auch die Wirtshäuser werden bei der ersten materiellen Möglichkeit ver-

mieden. Die Arbeiter nennen solche Wirtshäuser *Schinderei* und behaupten, dass das Essen dort aus Abfällen allerlei Art bereitet wird. Trotz des Abscheus gegen diese *Schindereien* benutzt sie das Proletariat, denn zu einem anderen Ernährungsmodus fehlen ihm die Mittel. Und das gilt nicht nur für Alleinstehende sondern auch für eine Anzahl solcher Arbeiter, die mit ihren Familien zusammenleben. Unter den Petersburger Arbeitern, die zur Enquete berichteten, gab es nicht weniger als 7 % der Familien, die sich in den erwähnten Wirtschaften beköstigen.

Was die Kleidung anlangt, so ist hier die Tatsache charakteristisch, dass mehr als ein Drittel der befragten Petersburger Arbeiter getragene Kleider kauft. Erinnerung man sich, dass hier von der *Aristokratie* die Rede ist, so wird man sich einen Begriff über die allgemeinen Verhältnisse machen können. Unter *getragenen Kleidern* werden nicht nur Kleider im engeren Sinn sondern auch Leibwäsche, Stiefel usw. verstanden. All dies wird bei dem Trödler gekauft, obwohl bei jedem Arbeiter das Bewusstsein vorhanden ist, dass durch getragene Gegenstände eine Ansteckung sehr leicht möglich wird. Dass unter diesen Umständen die ästhetische Seite der Kleidung gar nicht mehr mitspricht, ist nur zu natürlich. Im Vergleich zu seinen Berliner Klassen-genossen sieht der Petersburger Arbeiter gewöhnlich wie ein Vagabund aus. Wohnung, Nahrung, Kleidung und die übrigen materiellen Bedürfnisse saugen gewöhnlich mehr als 80 % des gesamten Arbeitslohns auf. Für gesellige und geistige Bedürfnisse bleibt somit nur ein kleiner Bruchteil. Ersparnisse sind in der Regel ein Ding der Unmöglichkeit. Jede ausserordentliche Ausgabe verwickelt den Arbeiter sofort in Schulden, von denen er Zeit seines Lebens nicht befreit wird. Einen typischen Fall solcher Wirtschaft führt Prokopowitsch in seiner Untersuchung über die Haushaltsrechnungen der Petersburger Arbeiter an. Es handelt sich um einen Arbeiter, der monatlich 40 bis 45 Rubel verdient, eine Frau und ein Kind hat. Dieser *gut* situierte Proletarier beschreibt nun die Bedeutung der ausserordentlichen Ausgaben folgendermassen:

„Jeder ausserordentliche Fall im Leben des Arbeiters ruft eine neue Schuld hervor: so wurden meine ersten Schulden zur Hochzeit gemacht. Dazu kamen Schulden bei der Geburt der Tochter und der mit der Geburt verbundenen Krankheit der Frau; dann erfasste mich eine Berufskrankheit (chronische Vergiftung): ich lag etwa 2 Monate im Krankenhaus, was neue Schulden verursachte. Dann die Geburt der zweiten Tochter, die Krankheit beider (Keuchhusten und Lungenentzündung bei der Neugeborenen) und Tod der Neugeborenen. Die Schulden vermehrten sich wiederum. In diesem Moment, nach etwa 4 Jahren ehelichen Lebens, betragen meine Schulden: 1. im Leihhaus sind Gegenstände für 36 Rubel versetzt; 2. in der Darlehns- und Sparkasse habe ich 79 Rubel geliehen und 3. bin ich einem Kameraden seit der Hochzeit 5 Rubel schuldig: zusammen 120 Rubel. Da ich vor neuen Unglücksfällen, die neue Schulden hervorrufen können, nicht gesichert bin, die alten Schulden aber nur im sehr unbedeutendem Umfang tilge, so ist diese Schuld für mich so gut wie eine ewige.“

Wenn es so um einen Arbeiter bestellt ist, der hoch über dem Durchschnitt steht, so kann man sich gar nicht recht ausmalen, wie es in dieser Hinsicht den weniger Verdienenden geht. Einen kleinen Einblick in diese trostlosen Verhältnisse gewähren die Antworten, die die Petersburger Arbeiter auf die Frage, wie sie ihre Defizite decken, gegeben haben. „Es wird ein wenig gehungert, dann spazieren wir in unbesohlenen Stiefeln oder in einem zerrissenen Hemd“, schreibt der eine, und der andere sagt das selbe mit den

zwei Worten: »Hungere, friere«. Der dritte teilt von sich mit: »Wenn das Geld knapp wird, machen wir Ersparnisse, kaufen keine Kleider, keine Stiefel, tragen alles Alte«. »Wenn es knapp wird, versuchen wir sofort die Ausgaben für Nahrung zu beschränken, denn alle anderen Ausgaben werden nur dann gemacht, wenn es Geld gibt«, äussert sich der vierte. Weitere Antworten besagen stets das gleiche: Die Nahrung wird eingeschränkt, für Wäsche und Bäder bleibt nichts übrig, man geht in schmutziger und zerrissener Kleidung. Und dann gibt es noch ein Mittel zur Deckung der Defizite. Mit wahrlich erschreckender, wenn auch nur äusserer Kaltblütigkeit schreibt darüber ein besonders verschuldeter Arbeiter:

»Das übrige erhalte ich so: ich sende meine Frau auf den Bolschoj Prospekt ihren Körper zu verkaufen.«

So sieht also das Leben der proletarischen Aristokratie Russlands aus. Hungernd, dürftig gekleidet, in wahren Höllen hausend, fristet der russische Arbeiter sein kümmerliches Dasein. Daraus erklärt sich seine bewundernswerte Aufnahmefähigkeit für alle revolutionären Lehren, seine heldenmütige Bereitschaft zu den gewagtesten Unternehmungen. Zu verlieren hat er wirklich nichts. Aber andererseits macht ihn die selbe materielle Lage bald des Kampfes unfähig, denn zur Ausdauer fehlen ihm jegliche Mittel. Und so finden auch die widerspruchsvollen Schicksale der russischen Revolution hier zum Teil ihre Erklärung.

XX

WILHELM SCHRÖDER · AUS DEN REGIERUNGS- FREUNDLICHEN TAGEN DER SOZIALDEMOKRA- TIE



PSYCHOLOGISCH kann man die Heftigkeit begreifen, mit der ein Teil der Parteipresse den in den *Sozialistischen Monatsheften* kürzlich kundgegebenen Anschauungen Leuthners und Maurenbrechers entgegentrat, wenn man erwägt, dass die Töne, die diese beiden Parteigenossen anschlugen, der Partei seit Menschengedenken fremd sind. Hinter uns liegt eine vierzigjährige Periode von Verfolgungen, durch die das preussisch-deutsche Polizeiregiment gemeinrechtlich und ausnahmsrechtlich seinen ingrimmigen Hass gegen die Sozialdemokratie zu erkennen gab. Und auch heute, wo nach wie vor der Sozialdemokrat ein Staatsbürger zweiter Klasse ist, gibt kein Mensch sich dem Wahn hin, dass die Verfolgungen in absehbarer Zeit ein Ende nehmen. Unter solchen Umständen gilt es fast als einen Angriff auf die parteigenössische Ehre, wenn man einem die Zumutung stellt irgend etwas zur Befestigung des preussischen Staatswesens zu tun; kostete es manchem unter uns doch schon Überwindung selbst solchen Gesetzesvorlagen zuzustimmen, die wohl oder übel auch der sozialdemokratischen Arbeiterschaft hier und da zum Nutzen gereichen können. Das Vertrauen war und ist dahin. Wir Älteren sind in der unausgesetzt von den Herrschenden genährten Überzeugung aufgewachsen, dass diese — wenigstens in Preussen — unsere Feinde schlechthin sind; und was die Jugend angeht, so zeugt jede Massregelung der Arbeiterturnvereine und der Jugendorganisationen im engeren Sinn dafür, dass die Staatslenker auch in der heranwachsenden Generation die in uns genährte Überzeugung festigen wollen.

Bestand dies Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Staatsgewalt von jeher? Es klingt wie ein Märchen. Aber dennoch gab es eine Zeit, wo im sozialdemokratischen Teil der Arbeiterschaft ein geradezu kindliches Vertrauen zu den preussischen Staatslenkern vorhanden war. Ja, mehr noch. Dies Vertrauen äusserte sich in der Sozialdemokratie im Gegensatz zu dem Teil des Proletariats, der bürgerlichen Politikern anhing.

Es handelt sich um die ersten Jahre des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins*. Wir wissen zwar, dass Lassalle in den Nationalitätskämpfen ein begeisterter Anhänger des deutschen Einheitsstaats war; und man braucht nur an die Bismarck zugesandte telegraphische Beschwerde über die durch den fortschrittlichen Bürgermeister von Solingen erfolgte Versammlungsauflösung und an andere wichtigere Tatsachen zu erinnern, um für das vielfach bemäkelte Verhältnis zwischen Lassalle und der Regierung Zeugnisse zu haben. Aber weniger bekannt ist, dass der Kultus, den die Mitglieder des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* mit Lassalles Andenken trieben, auch dem Ministerium Bismarck in einem uns seit langem unbegreiflichen Masse zu gute kam. Daher mag denn an dieser Stelle an die Gedankenrichtung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft von ehemals erinnert werden.

Als Lassalle am 31. August 1864 starb, war der deutsch-dänische Krieg zu Ende, und die verbündeten deutschen Grossmächte Preussen und Oesterreich rüsteten sich zum Entscheidungskampf um die Gestaltung der Dinge. Jean Baptiste von Schweitzer, der Redakteur des Ende 1864 gegründeten *Sozialdemokraten*, nahm keinen Anstand sich in dem Organ des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* rückhaltslos für eine Politik zu erklären, wie sie Preussen dann ein Jahr darauf tatsächlich eingeschlagen hat. Zu Anfang 1865 veröffentlichte er die jeweilig für berühmt oder berüchtigt gehaltenen 5 Bismarckartikel, die hier in kurzem Auszug wiedergegeben werden sollen. Nachdem von Schweitzer den Gang der preussischen Geschichte skizziert hatte, schrieb er:

»Aus dem bezeichnen, wesentlich auf der Haltung und der Tätigkeit der Regenten beruhenden, selbständigen und oppositionellen Entwicklungsgang des preussischen Staats inmitten des deutschen Reichskörpers ergaben sich und mussten sich ergeben dreierlei Resultate: Da nämlich — und das ist das erste — der preussische Staat (soweit dies überhaupt möglich) eine von der deutschen Geschichte überhaupt abge sonderte, ja in gewissem Sinn der Reichsgeschichte entgegenstehende, vielfach ruhmvolle eigene Geschichte hat, da ferner die Entwicklung desselben durch Jahrhunderte hindurch selbständig und eigentümlich vor sich ging und zuletzt zur Existenz eines grossen und konsolidierten Staats, eines historisch erwachsenen Gemeinwesens mit bestimmt ausgeprägten Staatstraditionen und fest begründetem Staatsgeist geführt hat; kurz, da das Ganze in besonderer Weise zu einem der Hauptsache nach selbständigen Organismus mit eigenem inneren Leben erwachsen ist: so musste sich in diesem deutschen Land der Gesamtheit gegenüber ein besonders hartnäckiger, weil besonders berechtigter und vernünftig begründeter, partikularistischer Geist in der Bevölkerung, wenigstens in derjenigen der alten, den Charakter des Ganzen vorzugsweise bestimmenden Provinzen ausbilden. Es musste aber ferner — und das ist das zweite! — der oben bezeichnete geschichtliche Entwicklungsgang bewirken, dass die Bevölkerung in Preussen eine vorwiegend royalistische wurde. Und auch dieser preussische Royalismus ist nicht mit der anderwärts vorfindlichen *Treue gegen das angestammte Herrscherhaus* zu vergleichen. Denn während ein solcher Geist in dem einen deutschen Staat zwar nicht ohne alle Bedeutung sein mag, jedenfalls aber alles höheren und politischen Ernstes und der tieferen Würde entbehrt, in den anderen Staaten aber geradezu als Karikatur dessen erscheint, was man Royalismus nennt, ist der königliche

Geist in Preussen eine wohlbegründete politische Anschauungsweise und Richtung. Denn die Dynastie und in ihr der jedesmalige Regent können mit innerer Berechtigung als der Kulminationspunkt der aufsteigenden Skala der herkömmlichen Elemente, als der Schwerpunkt der in hergebrachten Bahnen rotierenden Kräfte, als Herz und Gehirn des Organismus innerhalb eines Staatsganzen betrachtet werden, welches nur so und unter solcher Voraussetzung seine eigentümliche Wesenheit und seine dormalige Stellung erlangte und erhalten konnte. Die Entwicklung des historischen Preussens, endlich — um auf das dritte zu kommen — hat dahin geführt, dass es zu einem bedeutenden Staat Deutschlands erwachsen ist, unter Zusammenfassung eines grossen Teils der deutschen Bevölkerung und — ein unbedeutendes Anhängsel abgerechnet — nur solcher. Dies nun vollzog sich dadurch, dass immer mehr Teile des deutschen Lands, also Teile ein und des selben Volks, einer im wesentlichen gleichartigen und zusammengehörigen Bevölkerung zu dem jedesmaligen Bestand der immer wachsenden Monarchie zugezogen wurden. Dadurch nun, dass dieser Staat inmitten des vielfach geteilten Gesamtlands nunmehr in ansehnlicher Grösse dasteht, und, ohne auf anderen Elementen zu beruhen, von der Gesamtbevölkerung dieses Lands einen Teil befasst, welcher viel zu gross ist, um als unselbständig gelten zu können, und viel zu klein, um die Gesamtheit faktisch und *eo ipso* durch den natürlichen Druck entschiedener realer Übermacht beherrschen zu können, so stellte sich ein Zustand heraus, der sowohl an und für sich als auch insbesondere bei nur einiger Berücksichtigung der Art und Weise seines Entstehens, das offenbare Gepräge des Unfertigen, einer noch nicht abgeschlossenen geschichtlichen Entwicklung in sich trägt. Es macht nämlich der Staat den Eindruck, als sei er zufällig in einem jener Einzelstadien, welche er nach den Gesetzen der Konsequenz und des politisch vorgezeichneten Fortgangs seiner Entwicklung sukzessiv zu durchlaufen hatte, plötzlich stehen geblieben. Demgemäss ist es — um so mehr als der Staat keine abgerundete sondern eine verzweifelt durchbrochene Territorialgestalt hat — in der Natur der Sache begründet, dass derselbe die Tendenz in sich trägt, in konsequenter Fortsetzung seiner seitherigen Geschichte und der seiner Bedeutung und seinem Wesen zu grunde liegenden Entwicklung, sich weiter in dem selben Land und durch die selbe Bevölkerungsart zu vergrössern, aus denen er — in einer Art revolutionärer Weise aus einem unbedeutenden Winkel hervortretend und um sich greifend — sich bis zu seiner jetzigen Wesenheit genährt und erweitert hat.

Der Schluss dieser Darlegung lautet:

»Ein wahrhaft preussisches Ministerium, das heisst, ein solches, welches die aus der Geschichte des preussischen Staats hervorgegangene Wesenheit desselben zu befestigen und weiter zu entwickeln strebt, kann weder in Gemässheit blossen Schablonenkonservatismus lediglich die stupide Aufrechterhaltung des gerade Vorhandenen beabsichtigen, wie dies konservative Ministerien in Preussen getan, noch auch kann es die dem Staat von seiner Geschichte indizierte äussere Politik unter Aufhebung des inneren Charakters des Staats anstreben, wie dies die liberale Partei unter Verlegung des Machtschwerpunkts von der Krone hinweg in das Abgeordnetenhaus beabsichtigt.«

In dem dritten Artikel, der im *Sozialdemokraten* veröffentlicht wurde, heisst es:

»... Wir haben nicht, wie manche gewünscht zu haben scheinen, von irgend einem Phantasieland in *Wolkenkuckuckshelm*, von einem in den Nebeln gothaischer Köpfe schwebenden Preussen, sondern von einem wirklich vorhandenen Ding, von dem historisch erwachsenen, dem tatsächlich bestehenden Preussen gesprochen, von diesem Preussen mit seinen Landräten und Polizeidienern, von diesem Preussen aber auch, dessen Geschichte man *ohne gleichen* genannt, dessen Armee bei Rossbach und Leuthen, bei Waterloo und jetzt bei Düppel gekämpft, von dem Preussen mit einem Wort, dessen König der Hohenzoller Wilhelm ist.... Als das Ministerium die schleswig-holsteinische Angelegenheit in einer Weise dirigierte, welche, wenn die preussische Regierung sich nicht vor ganz Europa lächerlich machen will, zur Annexion der Herzogtümer führen muss, da setzte es, die glorreichsten Traditionen preussischer Geschichte aus langem Schlummer weckend, an dem innersten Kern des preussischen Staatsgeistes seinen Hebel an. Es ist eine bedeutende Politik, die jetzt in Preussen gemacht wird. Eine bedeutende, aber auch eine verhängnisvolle Politik. Denn wer die Annexion anfängt, muss

sie durchführen. Mehr noch. Eine preussische Regierung, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts deutsches Land zu annektieren beginnt, eine preussische Regierung, die angesichts der offenkundigen, von Kaiser, Königen und Fürsten feierlich proklamierten Unhaltbarkeit der politischen Verfassung Deutschlands die friederizianische Politik wieder aufnimmt, kann nicht stillstehen nach kleinem Sieg, weiter muss sie auf der betretenen Bahn, vorwärts, wenn nötig *mit Blut und Eisen*. Denn anknüpfen an die stolzesten Traditionen eines historisch erwachsenen Staats und dann feige zurückbeben vor entscheidender Tat hiesse den innersten Lebensnerv eines solchen Staats ertöten. Man kann solche Traditionen ruhen lassen, aber man kann sie nicht aufheben, um sie zu ruinieren. Ein preussischer Minister, der solche Politik für Preussen machte, der verfiel unrettbar den zürnenden Manen des grossen Friedrich und dem Gelächter seiner Zeitgenossen.

Dann im Schlussartikel:

»Der Bundestag, Österrich, die Mittel- und die Kleinstaaten sind schlechthin ohnmächtig der deutschen Frage gegenüber, im guten wie im schlimmen. Aktionsfähig in Deutschland sind nur noch zwei Faktoren: Preussen und die Nation. Preussische Bajonette oder deutsche Proletarierfauste: wir sehen kein drittes!«

Fragen wir nach der Wirkung dieser Artikel, die weit über den kleinen Kreis der Leser des *Sozialdemokraten* hinaus Aufsehen erregten, so ist es richtig, dass Liebknecht und die anderen Mitglieder der *Internationalen Arbeiterassoziation* durch sie bewogen wurden dem Blatt die Freundschaft zu kündigen. Herr von Schweitzer war ihnen fortan der Regierungssozialist und galt später in ihren Augen gar als bezahltes Subjekt Bismarcks, wie denn andererseits Liebknecht nach 1866 zuweilen seiner grossdeutschen Gesinnung wegen im Lager der Lassalleaner als bezahlter Agent des verjagten Kurfürsten von Hessen hingestellt wurde. Über die Absurdität dieser Verdächtigung braucht kein Wort weiter verloren zu werden. Was jedoch Herrn von Schweitzer angeht, so ist bekannt, dass namentlich unser Parteigenosse Franz Mehring in seiner *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie* mit Entschiedenheit der Ansicht entgegentritt, als ob jemals unlautere Motive für einen Mann massgebend gewesen wären, der den *Allgemeinen deutschen Arbeiterverein* aus tiefem Verfall wieder zu Ansehen emporgehoben hat, und der von den Behörden so gut wie einer mit Konfiskationen und schweren Gefängnisstrafen drangsaliert worden ist. Ich will dies Thema nicht ausspinnen, da es hier lediglich darauf ankommt zu wissen, wie sich denn die Mitgliedschaft des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* zu den politischen Anschauungen ihres Vertrauensmanns gestellt hat. Es möge in dieser Hinsicht einem Mann der Liebknechtschen Richtung, dem späteren Reichstagsabgeordneten Vahlteich, das Wort vergönnt sein. Julius Vahlteich, der bereits am 1. Februar 1864 sein Amt als Sekretär des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* niedergelegt hatte, und der nach seinem durch Lassalle veranlassten Ausschluss aus dem Verein in ständiger Gegnerschaft zu dieser Organisation stand, liess im Jahr 1871 in der Chemnitzer *Freien Presse*, die der Eisenacher Richtung angehörte, eine Artikelreihe über den Parteikampf zwischen den Sozialisten in Deutschland erscheinen, die sodann als Broschüre herausgegeben wurde. Hierin schreibt Vahlteich über J. B. von Schweitzer:

»Dieser trieb eine so regierungsfreundliche Politik, die in den berichtigten Bismarck-artikeln gipfelte, dass alle oben erwähnten Männer ihre Mitarbeiterschaft am *Sozialdemokraten* öffentlich zurückzogen. Auch dieses Ereignis, so bedeutungsvoll es war, öffnete den Mitgliedern nicht die Augen; Schweitzer handelte, wie er leider mit Recht sagen und nachweisen konnte, im Geiste Lassalles: das war der

Masse genügend, um auf Kommando und nach Anleitung Schweitzers über die genannten bewährten Vorkämpfer der Sozialdemokratie mit sinnlosen Beschimpfungen herzufallen.¹⁾)

Wie recht, rein sachlich genommen, Vahlteich hatte, lassen zahlreiche Vorgänge aus der folgenden Zeit erkennen. Es sei daran erinnert, dass der Rechtsanwältsschreiber Tölcke, der bald darauf ein halbes Jahr lang das Präsidium des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* führte, am 22. März 1865 zu Iserlohn in einer Parteiversammlung den König von Preussen hochleben liess. Auch hierüber äusserte sich Vahlteich:

»Wir wollen in bezug auf die prinzipielle Haltung des Vereins hier nur eine Tatsache anführen, welche die damaligen Zustände charakterisiert. Herr Tölcke brachte in einer Stadt des Rheinlands ein Hoch auf den König aus, wir glauben bei Gelegenheit von dessen Geburtstag. Würde diese Handlungsweise im *Sozialdemokraten* zum wenigsten totgeschwiegen? Nein! Würde sie daselbst verurteilt? Nein! Erhob sich ein Sturm der Entrüstung unter den Mitgliedern? Nein!«²⁾)

Womöglich steigerte sich das Vertrauen der sozialdemokratischen Arbeiter zur preussischen Regierung noch, als Bismarck nach dem deutschen Krieg die Lassallesche Prophezeiung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts verwirklichte. Im *Sozialdemokraten* vom 26. Oktober 1866 veröffentlichte Tölcke einen *Aufruf an die sozialdemokratische Partei*, der aus dem Sieg Preussens über Österreich Schlussfolgerungen zieht, die uns gar seltsam anmuten. Tölcke erhoffte die Freiheit und Einheit Deutschlands nicht von einer *Revolution von unten* sondern von der *Revolution von oben*, auf die Lassalle hingewiesen habe, indem er die Staatshilfe verlangte. Nachdem Tölcke dann die Verständnislosigkeit der fortschrittlichen Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses den grossen Zeitfragen gegenüber geisselt hatte, kam er zu dem Schluss, dass das Hauptziel des politischen Strebens kein anderes sein könne, als »die vollständige Einigung Deutschlands zu einem hohenzollernschen Kaiserreich mit voller politischer und gewerblicher Freiheit«. Tölcke wandte sich weiter gegen die ehrgeizigen Führer der Fortschrittspartei. Ihnen sei vorzugsweise die Verblendung eines grossen Teils des preussischen Volks zuzuschreiben, in der dieser Teil denjenigen Landtagskandidaten zujubelte, die sich verbindlich machten der preussischen Regierung selbst dann noch die Mittel zur Kriegsführung zu verweigern, als die gesamte Armee im siegreichen Kampf stand. Auch beklagte Tölcke, dass das preussische Abgeordnetenhaus »in seiner eigensinnigen, rücksichtslosen Bekämpfung des Militärbudgets gefehlt« habe.

Anfang Februar 1867 fanden dann die Wahlen zum konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes statt. In Elberfeld hatten bei der Hauptwahl der Bundeskanzler Graf Bismarck 6523, der Fortschrittler von Forckenbeck 6123 und von Schweitzer 4668 Stimmen erhalten. Bei der Stichwahl gaben die sozialdemokratischen Kandidaten zu gunsten Bismarcks den Ausschlag. In einem Appell an die sozialdemokratische Arbeiterschaft, den von Schweitzer am 24. Februar 1867 im *Sozialdemokraten* veröffentlichte, bezeichnete er die Abstimmung zwar als einen verhängnisvollen Schritt, doch schloss er seine Ansprache mit folgenden Worten:

»Vielleicht auch, Arbeiter, war Eure Abstimmung eine Huldigung, nicht zwar

¹⁾ Siehe Vahlteich *Der Parteikampf zwischen den Sozialisten in Deutschland* (Chemnitz 1871) pag. 13.

²⁾ Siehe Vahlteich, loc. cit., pag. 14.

für den Kandidaten der konservativen Partei, wohl aber für den Minister, der aus eigenem Antriebe ein Volksrecht Euch zurückgegeben, welches die liberale Opposition für Euch zu fordern so hartnäckig vergessen hatte.

Diesen Zeugnissen einer uns heute unverständlichen Gesinnung in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft sei noch ein besonders drastisches hinzugefügt. Nachdem der konstituierende Norddeutsche Reichstag seine Aufgabe erfüllt hatte, fanden im Spätsommer 1867 neue Wahlen zum Norddeutschen Reichstag statt, bei denen Liebknecht als Kandidat der sächsischen Volkspartei in Stollberg-Schneeberg gewählt wurde, während von Schweitzer mit Hilfe konservativer und nationalliberaler Wähler den Fortschrittler Löwe-Calbe besiegte. Vom 17. bis zum 19. Oktober 1867 beriet der Norddeutsche Reichstag über die Militärverfassung des Bundes. Liebknecht betonte bei dieser Gelegenheit seine Gegnerschaft nicht allein des stehenden Heers sondern auch der politischen Gestaltung Deutschlands; er wies darauf hin, dass Preussen auf den Schlachtfeldern in Baden 1849 die deutsche Einheit und Freiheit niedergeworfen habe.

Mit aller Deutlichkeit wandte von Schweitzer sich gegen die von Liebknecht vertretenen Anschauungen. Am 18. Oktober 1867 erklärte er im Reichstag: „ . . . Meine Herren! In diesem Paragraphen ist die allgemeine Wehrpflicht ausgesprochen. Nach dem Standpunkt des Herrn Liebknecht müsste auch sie verworfen werden, denn für diesen Standpunkt ist es gleichgültig, ob ein Prinzip gut oder schlecht ist; nach diesem Standpunkt soll überhaupt kein Gesetz gemacht werden, weil der ganze Norddeutsche Bund überhaupt nicht existieren soll. Wir unsererseits, meine Herren, wollen den Norddeutschen Bund freiheitlich gestalten — und ich glaube, wir stehen hierin mit der Fortschrittspartei auf einem Boden —, wir wollen ihn freiheitlich gestalten, aber, meine Herren, wir wollen nicht in Gemeinschaft mit Herrn Liebknecht und seinen Freunden, den depossedierten Fürsten und dem neidischen Ausland dahin trachten Preussen und den Norddeutschen Bund zu ruinieren und zu zerstören. Wir haben erkannt, dass der preussische Machtkern unser deutsches Vaterland, das so lange missachtet worden war, dem Auslande gegenüber endlich zur Geltung und zur Ehre gebracht hat und dies auch künftig tun wird, und es liegt uns fern mit jenen selbst diejenigen Eigenschaften an Preussen leugnen und bemäkeln zu wollen, welche im vorigen Jahre eine feindliche Welt bewundernd anerkennen musste. Wir, mit einem Wort, obwohl unzufrieden mit den inneren Zuständen und dahin strebend dieselben gründlich zu ändern, stehen innerhalb des sich neu bildenden Vaterlandes, jene aber stehen ausserhalb desselben, wollen ausserhalb desselben stehen. Das ist es, was uns von ihnen trennt, und das musste hier bestimmt konstatiert werden.“

In einer persönlichen Bemerkung wandte Liebknecht sich hierauf gegen von Schweitzer:

„Meine Herren! Der Abgeordnete von Schweitzer hat mir einen grossen Gefallen getan, denn er hat mir die Gelegenheit gegeben, die ich bis jetzt vergebens gesucht habe, zu erklären, dass ich allerdings mit dem Doppelgänger des Herrn Wagener [des reaktionären *Kreuzzeitungs*redakteurs] nichts zu tun habe.“

Man kann sagen, dass alle Mächte mit einander wetteiferten, um in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft das Vertrauen zum preussischen Staatswesen zu zerstören. Es soll ja keineswegs verkannt werden, dass die grossdeutsche Richtung, die vor allem Liebknecht vertrat, und die in dem Norddeutschen Bund die von der reaktionären Grossmacht Preussen bewirkte Zerreiung Deutschlands sah, allmählich auch auf die Mitglieder des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* abfärbte. Aber immerhin lassen sich aus den letzten sechziger Jahren und selbst aus der ersten Zeit nach dem deutsch-französischen Kriege im *Allgemeinen deutschen Arbeiterverein* noch Kundgebungen des Ver-

trauens zur preussischen Regierung nachweisen. Bekannt ist ja, dass von Schweitzer, Hasenclever und auch Fritzsche, der sich den Eisenachern angeschlossen hatte, am 19. Juli 1870 in der ausserordentlichen Session des Reichstags für die Kriegsanleihe stimmten, während Bebel und Liebknecht sich der Abstimmung enthielten. Aber die Feindschaft zwischen den beiden sozialdemokratischen Richtungen, die besonders hell aufloderte, als die Anhänger der *Internationalen* im Jahre 1869 die Eisenacher Partei gegründet hatten, würde sich auch nach der nationalen Richtung hin offenbart haben, wenn nicht Bourgeoisie, Parlament und Regierung mit Dampfkraft gewirkt hätten, um in der sozialdemokratisch denkenden Arbeiterschaft von Grund aus den Glauben an die Staatshilfe zu zerstören. Die bürgerliche Presse, besonders die manchesterlich-fortschrittliche, begegnete den Arbeiterforderungen mit Hohn und trieb den Teil des Proletariats, der bis dahin der Fortschrittspartei angehangen und auf deren Kommando gegen die vermeintlich im Dienst der Bismärckischen Reaktion stehenden Lassalleaner gewütet hatte, unablässig ins Lager der verkannten Sozialdemokratie. Im Reichstag wurden die wenigen sozialdemokratischen Abgeordneten besonders von dem liberalen Präsidenten von Forckenbeck schikaniert, wenn sie sich zum Wort meldeten; überhaupt suchte man ihnen mit allem nur denkbaren Raffinement die positive Tätigkeit zu verleiden. Hatte in den sechziger Jahren schon von Schweitzer sein Amt nur von langen Gefängnisstrafen unterbrochen ausüben können, so setzte gleichzeitig mit den Orgien der Gründerperiode jener systematische Kampf der Staatsgewalt gegen die Sozialdemokratie ein, der, wie eingangs erwähnt, bis auf den heutigen Tag anhält. Als im Jahre 1875 in Gotha der leidige Bruderzwist ein Ende fand, konnte es keinen Sozialdemokraten geben, der zu der preussischen Staatsgewalt noch irgend welches Vertrauen gehabt hätte.

XX

ROSA MAYREDER · EINE UNTERREDUNG



GABRIEL ging kopfschüttelnd aus der Werkstatt. Da wurde von Tag zu Tag schlechter gearbeitet; wohin sollte das führen? Alle Hände voll zu tun, Arbeit, dass man nicht genug Gesellen anstellen konnte — aber was dabei herauskam, war Dutzendware, schleuderhaft ausgeführtes Zeug ohne reine Prägung, ohne Schwung in der Linienführung, ohne Originalität der Erfindung, nur so in Eile und Oberflächlichkeit aus den verbrauchten und verschmierten Gussformen herausgestanzt. Je grösser die Stückzahl, desto geringer der Wert.

Und dabei, wenn man hinunterhorchte in das Getriebe, stieg der Wert des Besonderen und Eigenartigen mit jedem Tage, ganz in dem Verhältnis wie es seltener wurde. Immer lauter scholl der Ruf nach dem, was da unten Individualität oder Persönlichkeit genannt wurde, als stünden alle diese Grossen und Herrlichen schon vor der Tür und warteten nur darauf, bis das Zeichen zum Einlass gegeben würde, um die Erde mit neuem Glanz zu erfüllen. Nächstens schon würden sie eintreten, so schien man zu glauben, nächstens schon würden sie da sein, die Heilsboten, die Gottgesandten, die Erlöser, die triumphierenden, lachenden, gewaltigen Herren der Erde, von denen man sich einstweilen alles versprach, was den Gegenwärtigen fehlte.

Die guten Kreaturen! Wie grimmig täuschten sie sich wieder einmal! Wenn sie einen Blick in diese Formgiesserei hätten werfen können, dann wäre es ihnen wohl aufgedämmert, dass ihre festlichen Preislieder nicht den Kommenden galten sondern — den Gegangenen. Die Schatten der Vergangenheit waren es, die sie für die Schatten der Zukunft hielten.

Kopfschüttelnd ging Gabriel aus der Werkstatt. Und in seinem grossen, milden Erzengelsherzen reifte, während er so die misslichen Aussichten des Menschengeschlechts überdachte, ein Entschluss. Was war denn der Grund, dass die Sachen auf Erden täglich geistloser und gewöhnlicher wurden? Wenn diesem Übelstand abgeholfen werden sollte, dann gab es nur ein Mittel: neue Modelle, neue Gussformen! Weg mit dem alten Gerümpel! Dem Schlendrian ein Ende machen!

Aber das konnte nur Er!

Wo war Er? Wo war der Schöpfer und Meister? Seit langer Zeit hatte er die Werkstatt nicht mehr betreten, keinen Blick mehr auf seine Erfindung geworfen. Er überliess die Durchführung den dazu bestellten Geistern. Alles war ausgedacht, angeordnet, festgesetzt; der Betrieb musste von selber gehen. Und es ging — aber so wie es geht, wenn die Geister zweiten Ranges das Regiment führen.

Gabriel seufzte. Er meinte sich selbst unter den Geistern zweiten Ranges. Ihm war die Leitung der Herstellung übertragen, und er besorgte sie gewissenhaft, mit allem Fleiss und Eifer bemüht den Ansprüchen der täglich wachsenden Vermehrung gerecht zu werden. Aber Ideen: nein, Ideen hatte er nicht.

Die hatte nur er, der Schöpfer und Meister.

Deshalb wollte er versuchen eine Privataudienz bei ihm zu erlangen. Denn in den grossen Empfängen, wenn Er, dessen Name unaussprechlich ist, sich im Glanze seiner Herrlichkeit dem versammelten Hofstaat zeigte, wenn die blauen Fernen des Himmels vom blendenden Licht seines Angesichts strahlten und alle Höhen widerhallten vom Brausen der Jubelgesänge, die seine Stimme erweckte, da war nicht Zeit solche Fragen mit ihm zu besprechen. Vielleicht aber wollte es diesmal das Glück, dass er ihn erreichte und geneigt fand ihm Gehör zu schenken.

Lange suchte Gabriel. Er wagte sich aufwärts in Höhen, die sein Fuss noch nie betreten hatte. Wo in Nebelballen neue Planeten eingewickelt lagen und aus dem Dunkel formloser Massen neue Sonnensysteme ihre ersten Strahlen entfalteten, in dem ungeheuren Chaos werdender Welten stand der Herr wie ein Künstler in seinem Atelier. Als er den Ankömmling erblickte, schien er ihn nicht gleich zu erkennen; dann aber winkte er ihn näher herbei.

»Du hier, Gabriel?« fragte er mit einiger Überraschung. »Ich fürchte, es wird dir hier nicht ganz behaglich sein, alter Freund!«

Gabriel fand keine Worte; überwältigt von dem Gefühl des Abstands, schlug er die Augen nieder und beugte sich tief.

»O Herr, erhabener Meister«, stammelte er, »du, dessen Name als ein ewiger Lobgesang von den Lippen der Engel tönt . . .«

»Nicht so feierlich, lieber Gabriel! Du bist noch aus der guten alten Schule; aber da sich mittlerweile viel geringere Leute als du auf einen ganz anderen Fuss mit mir gestellt haben, warum solltest du es nicht auch tun? Hast du ein Anliegen, so sprich ungeschweht!«

Da nun Gabriel sah, dass er den Meister in so leutseliger Stimmung angetroffen hatte, fasste er sich ein Herz und sagte:

»Es ist . . . ich komme . . . es ist die Menschheit . . .«

»Ach so!« sagte der Meister und machte eine geringschätzige Handbewegung.

»Die Menschheit? Eine Jugendarbeit! Offen gestanden, sie hat kein Interesse mehr für mich . . .«

»O Herr, das eben ist ihr Unglück! In den Tagen, da du noch unter den Menschen wandeltest, war es besser um sie bestellt!«

»Ja, ich habe lange nichts mehr von ihnen gehört. Was treiben sie immer? Sie verstehen wohl noch immer nicht, was ich mit ihnen meinte?«

»Weniger denn je, fürcht' ich.«

»Sie gehen nicht auf meine Intentionen ein, das verdriesst mich an ihnen so sehr!«

»O Herr, verzeih! Sie können auf deine Intentionen nicht eingehen, weil . . . Darf ich offen sprechen?«

»Ich weiss, ich weiss! Du willst einwenden, dass sie eben nicht klüger und besser sind als ich sie geschaffen habe. Ganz richtig! Es ist eine verpfuschte Arbeit, reden wir nicht weiter davon!«

Eine Wolke legte sich über die Stirn des Meisters, er wandte sich ab.

Gabriel versuchte einzulenken.

»Du sagtest, o Herr, sie gingen auf deine Intentionen nicht ein. Gäbe es nicht vielleicht Mittel ihnen diese verständlich zu machen, sie ihnen gewissermassen zu verdolmetschen, da doch ihre Fassungsgabe so gar nicht ausreicht?«

»Also eine Art populären Kommentars zu meinen Intentionen meinst du?«

»Du sprichst es aus, o Herr.«

»Ist es dir denn nicht bekannt, dass seit einer Reihe von Jahrtausenden eine ganz ercklekkliche Anzahl solcher Kommentare auf Erden erschienen ist?«

»Und hat nicht jeder die Menschheit um einen Schritt vorwärts gebracht?«

Der Meister sah den Erzengel über die Augengläser hinweg mit einem lächelnd vielsagenden Blick an. Gabriel begriff und errötete.

»Verzeih, o Herr! Was ich da sagte, klingt in deinen Ohren wohl als Phrase . . .«

»Lieber Freund, ist es nicht eben die Unverbesserlichkeit des Menschengeschlechts, die dich hergeführt hat? Diese ewig sich gleichbleibende Mittelmässigkeit und Stumpfsinnigkeit?«

»Ja! Wenn du meine Stimme hören willst, so glaube mir, Herr, es ist Zeit, dass du wieder etwas für die Menschen tust! Zieh deine Hand nicht länger von ihnen ab! Schlage sie mit deinem Zorn, wenn es sein muss; das wird sie zur Besinnung bringen. Aber wenn sie weiter so dahinleben, täglich mehr und täglich geringer, werden sie in ihrer Stumpfsinnigkeit bald jede Möglichkeit verlieren sich zu dir wieder in ein Verhältnis zu setzen. Sie wollen durchaus nicht mehr glauben, dass ihr Dasein nur jenen Sinn und Zweck haben kann, für den du sie geschaffen hast.«

»Was war das nur gleich, lieber Gabriel? Es ist so lange her, dass ich mich nicht mehr genau entsinnen kann.«

»Dass sie dich suchen sollten, o Herr, um dich zu lobpreisen und in deinem Anblick selig zu sein.«

»Hm! Damit haben sich zwar immer nur die wenigsten beschäftigt. Aber wenn mir recht ist, so war es nicht eigentlich das, was ich mit den Menschen vorhatte.«

Gabriel senkte betreten sein lockiges Haupt.

»Deine Ratschlüsse sind unerforschlich, o Herr«, murmelte er entschuldigend.
 »Was könnte es Höheres für sterbliche und unsterbliche Geister geben als deines Anblicks teilhaftig zu werden?«

»Vielleicht gibt es etwas Höheres. Vielleicht hatte ich den Menschen etwas Höheres zgedacht, damals, als ich sie schuf und mir so viel von ihnen versprach wie man sich immer von dem Werk verspricht, mit dem man eben beschäftigt ist. Ja! Damals hatte ich etwas ganz Besonderes im Sinne: ein Experiment, das glücken oder missglücken konnte. Das war's, was ich damals brauchte. Wagnis, Ungewissheit, Hoffnung! Ach Gabriel, es gibt Stunden, in denen die Allwissenheit sich selbst unerträglich wird und sich nach dem sehnt, was ihr Gegensatz ist, weil es ihr Gegensatz ist! In einer solchen Stunde geschah es, dass ich die Menschheit schuf. Das heisst . . . vorher hatte diese Stimmung oder Verstimmung etwas anderes bewirkt. Lass mich ein wenig weiter ausholen.«

Von Erinnerung ergriffen liess sich der Meister auf einen Nebelballen nieder, und lud Gabriel mit einer Handbewegung ein sich auf die nächste Haufenwolke niederzusetzen.

Nach einem kleinen Schweigen fuhr er mit einem Seufzer fort:

»Schöne Zeiten! Zeiten der Liebe und des Vertrauens! Damals liebte ich den, der mir am nächsten stand, den Ersten der Engel, jenen geheimnisvollen Luzifer . . .«

Bei diesem Namen verhüllte Gabriel sein Gesicht mit den Händen.

»Der Verruchte, der Furchtbare, der sich wider dich erhob!«

Aber das Angesicht des Meisters hatte sich nicht verfinstert.

»Glaubst du denn, Gabriel«, sagte er lächelnd, »dass es einen Geist gibt, der sich ohne meine Einwilligung wider mich erheben kann?«

»Herr, wie soll ich das verstehen?«

»Was ich dir jetzt mitteile, ist das grosse Geheimnis oder, wenn du willst, das grosse Rätsel der geschaffenen Welt. Es zu lösen sollte die Aufgabe der Menschheit sein, jene Aufgabe, die sie nie begriffen hat. Als ich den Menschen schuf, wollte ich nichts Geringeres zu seiner Bestimmung machen als Freiheit. Freiheit, Gabriel, verstehst du, was das sagen will? Sein Leben sollte sein Werk sein, frei sollte er sein von meinem Willen, sein eigener Schöpfer und Überwinder: er sollte werden wie Gott!«

»O Herr, das sind die Worte seines Erzfeindes, die Worte der Verführung!« murmelte Gabriel mit geängsteten Augen.

Aber wieder lächelte der Meister.

»Da liegt's eben! Dass sie sich nie in das rechte Verhältnis zu diesem vermeintlichen Erzfeind und Verführer zu setzen vermochte, das ist das Missglückte an der Menschheit. Damit hat sie meinen Plan vereitelt, meine Absichten verkannt. Immer hat sie getrachtet den Gegensatz zwischen den beiden Mächten, denen sie ihr Dasein verdankt, bis zum Äussersten zu vergrössern anstatt ihn zu versöhnen; immer hat sie getrachtet es mir allein recht zu machen, ohne Verständnis für den Geist der Auflehnung, der sie den Weg ihrer wahren Bestimmung weisen wollte, den Weg der Freiheit und Unabhängigkeit.«

»Verzeih, o Herr, wenn ich es wage dich zu erinnern: Hast du nicht selbst

gleich zu Beginn jenes erste Paar, das sich vermass deinem Gebot zu trotzen und der Stimme des Verführers zu folgen mit deinem schwersten Zorn gestraft?»

»Ganz richtig! Gab es denn ein anderes Mittel den Menschen die Freiheit zu schenken? Aber wie haben sie das missverstanden! Wie falsch haben sie diesen herrlichen ersten Akt ihrer Geschichte ausgelegt! Was für kurz-sichtige Vorwürfe haben sie dem grossen Adam nicht gemacht, weil er sich durch seinen Ungehorsam den müssiggängerischen Aufenthalt im Paradies verscherte! Und was haben sie nicht alles der Eva nachgesagt, diesem göttlichen Weibe, das mehr Freiheitsmut und Erkenntnistrieb besass als ihre ganze männliche Nachkommenschaft! Ach, der Anfang war so gross, so vielversprechend! Und das Werk war mit einem so ungeheuren Opfer erkauf! Wahrlich, die Menschheit ist meine Strafe; die Strafe dafür, dass ich dies ungeheure Opfer annahm. Aber was tut man nicht alles, um eine Idee zu verwirklichen, die man einmal ausgeheckt hat! Und wenn es auf Leben und Tod geht, die Idee muss heraus! Ideen kosten immer Opfer, lieber Gabriel. Hast du das bedacht, als du herkamst, um eine neue Idee für die Menschheit von mir zu verlangen? So oft ich etwas für die Menschheit getan habe, ist ein Opfer gefallen: das grösste, als sie ins Leben treten sollte. Das Opfer aller Opfer war der Preis ihrer Erschaffung, die Bedingung ihrer Entstehung.«

»Wie das, o Herr? War nicht das Opfer aller Opfer, von dem du sprichst, der Preis ihrer Erlösung von dem Erbübel, das ihr anhaftete?»

Der Meister war in tiefes Nachsinnen versunken. Er schien diese Frage überhört zu haben.

»Als er, der Vertraute meines Herzens, der Erste unter denen, die mir nahe sind, den Plan erfuhr, mit dem ich umging, erschrak er; denn er begriff ihn. Ein Geschöpf, das frei sein sollte über sich zu entscheiden, musste sich mir auch widersetzen, sich von mir abwenden können; es musste wählen können, es musste missraten und entarten können um seiner Freiheit willen. Freiheit: das war die Wahl zwischen mir und meinem Gegensatz. Also musste, damit ich dem Menschen Freiheit geben konnte, erst mein Gegensatz in die Welt treten. Wer aber sollte dies ungeheure Amt übernehmen? Wer sollte den Mut haben äonenlang den Schein meines Zorns auf sich zu laden und die odiose Rolle des Gottesfeinds zu spielen? Aber während ich noch darüber mit mir zu Rat ging, hatte er, der wie ein Teil von mir selbst war, mich schon verstanden. Er war bereit sich selbst um meines Werkes willen zum Opfer zu bringen. Aus Hingebung wählte er Auflehnung; indem er sich mir wider-setzte, gehorchte er mir im Tiefsten!«

»Deine Worte sind dunkel, o Herr«, murmelte Gabriel.

»Freilich dachte er nicht, dass diese Trennung ewig währen sollte. Sobald der Mensch seine Aufgabe begriffen hatte, musste er das Schöpfungsrätsel des Gegensatzes lösen; Gott und Teufel konnten wieder eins werden, das neue Reich war gegründet, ein Werk ohnegleichen vollbracht! So einigten wir uns, dass er sich gegen mich erheben und ich den guten Haudegen Michael beauftragen würde ihn hinunterzustürzen in die Tiefe, die das Gebiet seines künftigen Wirkens sein sollte. Ihr alle, die Ihr Zeugen dieses furchtbaren Schauspiels waret, sahet wohl, wie nahe es mir ging. Ach, teurer ist nie ein Werk

erkauft worden als die Menschheit! Und doch so misslungen! Nein, reden wir nicht weiter von ihr; ich habe keine Lust mehr auch nur das Geringste für sie zu tun.«

Es entstand ein langes Schweigen. Gabriel dachte mit Anstrengung nach, was er noch vorbringen könnte, ehe der Meister sich wieder an seine Arbeit machte und ihm sein Ohr verschloss.

»Möge ich deiner Grade würdig bleiben, o Herr, und das Licht deiner Weisheit mir ewig leuchten! Aber noch eine Bitte sei dem Geiste gestattet, den du mit der Fortführung deines Werkes betraut hast. Betritt noch einmal die Werkstatt, gib uns eine neue Form, nach der wir weiterarbeiten können, einen neuen Geist, der die träge Masse der Unzähligen wieder in Bewegung setze, den Gottesboten mit dem Funken, der die Herzen in Flammen setzt, dass sie dir wieder entgegenlodern, leuchtend vom Feuer eines höheren Lebens, glühend von der Wärme der Liebe, die erhöht und verklärt . . .«

»Gemach, mein Sohn! Hast du auch bedacht, was du verlangst, du unschuldig Grausamer? Wieder soll ein Opfer fallen? Wieder ein Auserwählter hinuntergestossen werden in die gräuliche Masse, die sich über ihn hinwegwälzt und ihn zermalmt? Der Boden der Menschheit ist gedüngt mit dem Herzblut der Auserwählten: Sollen immer neue hingeschlachtet werden, damit die hoffnungslose Saat der Unzähligen weiter wuchern kann? Wenn du es dir vor Augen hältst, das Los dieser Auserwählten, hast du dann wirklich das Herz ihrer noch einen von mir zu begehren?«

»Sie fühlen, dass dein Geist in ihnen lebt: das ist ein Preis, der jedes Opfer aufwiegt. Nie hat einer dieser Auserwählten dem göttlichen Funken geflucht, an dem er verbrannte, um voranzuleuchten. Die Kinder Gottes gehen freudig in den Tod!«

»Lieber Gabriel, ich fürchte, du bist in diesen Dingen zu sehr Idealist. Ich, der ich Herzen und Nieren prüfe, kann deiner Auffassung nicht unbedingt beipflichten. Sollte das mit dem freudigen Tod nicht eine Mythe der Unzähligen sein, mit der sie ihr Gewissen beschwichtigen, wenn sie zu spät erkennen, dass sie wieder einmal einen ihrer Wohltäter gesteinigt oder gepfählt haben? Aber wie es auch sei: selbst wenn ich wollte, ich könnte deinen Wunsch nicht erfüllen.«

»Wie, o Herr? Du könntest nicht?«

»Ich habe dir ja eben angedeutet, lieber Gabriel, dass die Menschheit nicht von mir allein gemacht worden ist, dass dabei noch ein anderer mitgewirkt hat. Ohne seine Hilfe kann ich mit der Menschheit nichts vornehmen. Glaubst du denn, wenn das Los der Menschheit von mir allein abhinge, ich hätte ihrem trostlosen Treiben so lange ruhig zugesehen? Aber er, der ein so grosses Opfer für dieses Werk gebracht hat, mag es noch immer nicht verloren geben, wie es scheint. Von Zeit zu Zeit kommt er in meine Sphäre heraufgestiegen: dann geschieht allemal ein Neues unter den Menschen. Denn das Neue, Gabriel, das geht eben aus dem Wettstreit zwischen mir und ihm hervor. Will er nicht mit mir ringen, so kann nichts Neues auf Erden geschehen. Und nun ist es schon lange her, dass er sich nicht mehr blicken liess. Du verstehst, ich muss ihn ganz nach seinem Willen gewähren lassen, ich bin es ihm schuldig das Werk so lange fortzuführen als er seines Anteiils daran nicht überdrüssig wird. Das scheint nun keineswegs der Fall zu sein,

sonst hätte er sich schon gemeldet. „Warten wir's ab, lieber Freund! Das Einfachste wäre wohl, du würdest einmal selber mit ihm reden. Aber dazu könnt' ich dir nicht raten. Denn er ist ein verteufelt feiner Kopf, und man kommt schwer gegen ihn auf: das weiss ich aus eigener Erfahrung!“

XX
**HEDWIG DOHM · ÜBER EHESCHIEDUNG UND
 FREIE LIEBE**



ABE ich bereits verschiedene Gesichtspunkte für die Erziehung zur Ehe behandelt,¹⁾ so will ich heute von der Ehescheidung reden, davon, ob die Frau auch zum Ausharren in einer unglücklichen Ehe erzogen werden soll. Die traditionelle Ehe mit dem Herrenoberhaupt, mit ihren festen Normen und Einengungen, entspricht nicht mehr dem Geist der Zeit, nicht mehr der Entwicklung der Frau. Wer wüsste es nicht, dass äussere Formen sich oft lange Zeiträume hindurch noch erhalten, wenn ihr Inhalt aus dem sozialen Empfinden geschwunden ist. »Buddha ist tot, aber wir müssen noch seinen Schatten besiegen«, sagt Nietzsche.

Wer trägt die Schuld an den vielen zerstörten, glücklosen Ehen unserer Zeit? In der Regel nicht der Mann, nicht die Frau: die Ehe trägt die Schuld. Ja, wenn man zur Entwicklung eines Menschen sagen könnte: Bleib wie du bist, oder entwickle dich in der selben Richtung wie der, dem du dich vermählt hast. Ob zwei Menschen, die die Ehe vereint hat, sich auseinanderleben oder gleichen Schritt mit einander halten werden, kann niemand vorausbestimmen. Treue in der Liebe ist keine innere Verpflichtung. Ich kann nicht versprechen dich morgen zu lieben, weil ich dich heut geliebt habe. Ich kann nur versprechen nie das Band der Ehe lösen zu wollen.

Soll nun die Reform der Ehe in einer leichten freien Scheidung bestehen? Ja und nein. Ja sage ich im Hinblick auf das Elend so vieler Ehen. Für die Frau ist die Scheidung fast immer etwas unendlich Schweres. Hat sie die Fessel abgestreift, bleibt ihr die Empfindung, als schleppe sie die Kette noch hinter sich her. Alles hat sie durch den Mann, von dem Mann: ihre soziale Stellung — sie trägt seinen Namen und Titel —, er nährt, kleidet sie und die Kinder, er bestreitet ihre Vergnügungen. Die Geschiedene gerät in der Regel in eine dürftige Lage und sinkt in der Schätzung der Gesellschaft. Der Mann verliert bei der Scheidung nichts als die Frau, die er eben los sein will. Demnach ist anzunehmen, dass nur zwingende äussere oder innere Gründe die Frau zu einer Scheidung drängen werden. So wäre doch die möglichst leichte Scheidung geboten? Es scheint so.

Die Ehe kann das Schönste, aber auch das Schrecklichste sein. Das Schönste: Einsamkeitserlösung, Sehnsuchterfüllung für die Frau, ein Tuskulum der Seele für den Mann. Für beide ein Rosenblühen auch noch im Winter. Das Schrecklichste, wenn sie wie eine Wanderung über ein Feld von Brennesseln ist, ewig Verwundungen fühlend. Es ist das Recht des Mannes von der Frau die eheliche Liebepflicht zu fordern, auch wenn ihr diese Pflicht widerstrebt. Eine keusche, sensitive Frau empfindet diese Pflicht, ohne den hinreissenden Impuls zur Hingabe, als etwas Widriges, ihre Schamhaftigkeit tödlich Ver-

¹⁾ Siehe auch meinen *Essay Gesichtspunkte für die Erziehung zur Ehe* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 639 ff.

letzendes. Ja, es gibt Frauen, die diesen Anspruch des Mannes als eine Vergewaltigung empfinden. Bei exzentrischen, leidenschaftlichen Frauen kann dieser Widerwille sich bis zum Hass, bis zur Vorstellung von Mord oder Selbstmord steigern. Selbstverständlich wird diese Empfindungsart nicht von allen Frauen, die in der Ehe sich dem Manne ohne Liebe geben, geteilt. Man hat die Hingabe in der Ehe ohne Liebe wohl als legale Prostitution bezeichnet. Nicht ganz mit Recht. Bei weiblichen Dickhäutern mag die erotische Ehegemeinschaft mit Gelassenheit, als ein notwendiges Übel, hingenommen werden. Man gewöhnt sich. Nicht selten aber werden edlere Motive dabei ausgelöst: ein — wenn man will — schwärmerisches Pflichtgefühl, ein Altruismus, der das eigene Ich zu gunsten eines andern ausschaltet; eine Güte des Gebens, dem selbstsüchtigen Nehmen des Mannes gegenüber. Und fromme Frauen gibt's, denen die Ehe ein Sakrament ist, das selbst widrige Pflichten heiligt. Dazu kommt der lebhaft Wunsch zur Erhaltung des Friedens, die Sorge, dass bei andauerndem Versagen des Gatten Neigung erkalten würde. Und kein Mittel gibt's gegen das Erlöschen der Erotik? Keins! Auch die herzlichste Sympathie der Gattin für den Gatten vermag nicht das Erlöschen der Erotik zu hindern. Ein Sprung in der Liebe lässt sich kiten. Aus der Asche einer toten Liebe schlägst du keine Funken mehr. In dem Roman *Verzeihung* der Mathilde Serao vereinigt sich ein vornehmes Paar in glühender Liebe, allen Hindernissen, die sich ihnen in den Weg stellen, trotzend. Nach einigen Jahren unaussprechlicher Seligkeit erlischt die Liebe. Der ungeheure Schmerz über diesen Tod der Liebe, die sie umsonst versuchen wieder anzufachen, ist der eigentliche Inhalt des Buches. Ein Grablied der Liebe von erschütternder Tragik. Das Seraosche Liebespaar lebt ausserhalb der Ehe. Mir scheint, innerhalb der Ehe bedingt das Entschwinden der erotischen Empfindung noch keine unglückliche Ehe. Die Erotik ist nicht oder braucht nicht der Kern der Ehe zu sein. Eine Blüte ist vom Baum der Ehe gefallen. Edle Früchte kann sie noch tragen. Es bleiben die Kinder, die gemeinsamen Interessen, die herzliche Gewohnheit des Miteinanderseins, des Mitteilens und Teilens von allem Leid und aller Freude. Die ruhevolle Wohligkeit eines friedlichen Heims. Und die Freundschaft bleibt, und Liebe und Zärtlichkeit auch. Kann wenigstens bleiben. Er hat nur aufgehört der Geliebte ihrer Sinne zu sein. Er bleibt der Geliebte ihres Herzens. Und wenn der Mann der Entsinnlichung abhold ist, muss die Frau die Konsequenzen ihrer Entlastung tragen und dem Gatten etwaige Eheirungen gestatten? Ich gestehe, hier ist ein Konflikt gegeben, den ich nicht zu lösen weiss. Ich tröste mich damit, dass nicht jede Frage jederzeit beantwortet werden kann.

Allein, es gibt sehr viel Ehen, in denen die Gegensätze zwischen Mann und Frau unüberbrückbar sind. Ist die Frau verpflichtet auch in einer solchen Ehe auszuharren? Nein. Wer sich zum Sklaven eines Schicksals macht, das er bekämpfen, überwinden kann, ist feig, ist dumm. Eine Feigheit, um äusseren Ärgernissen zu entgehen, innere Zerstörungen zu dulden. Wir passen uns so lange an, schmiegen, bücken, krümmen uns, bis wir nach unten wachsen anstatt nach oben, bis der Baum unseres Lebens seine Krone verloren hat. Wie? Auf den Irrtum — einen gar nicht zu umgehenden — eines unfahrenen, jungen Geschöpfes, soll ein harte, lebenslängliche Strafe stehen? Furchtbar der Anblick zweier Menschen, die sich gegenseitig erniedrigen, zer-

stören, vielleicht in einem kleinlichen Krieg aller Tage, oder in einer Abneigung, die auf der Gegensätzlichkeit all ihres Denkens, Fühlens, Wollens oder auf einem physischen Widerwillen beruhen kann. Einem schauerlichen Hospital für Inkurable gleichen solche Ehen. Nicht ein Rausch der Unvernunft, der diese zwei an einander kettet? Ein Verbrechen der Ethik? Ein Idiotismus der Tugend? Nicht sonderbar, dass die Gesetze diesen Seelenmorden ihren Beistand leisten? Einen Irrtum zu widerrufen ist das Gebot ehrenhafter Gesinnung. Das Verbot den Irrtum einer Eheschliessung zu widerrufen ist der Ehre und der Moral bar. Kommt in der Eheanschmiedung nicht tiefe Menschenverachtung zum Ausdruck? Man fesselt: es brauchen nicht gerade Bestien zu sein. Und möglicherweise wäre von den beiden jeder für sich ein braver Mensch. Beide zusammen ein groteskes Ganzes, da die beiden Hälften nicht zu einander passen. Naturforscher sprechen vom Hass und von der Liebe der Elemente. Kommen die Elemente, die sich hassen, zusammen, so gibt's eine Explosion, die Nahestehende in Mitleidenschaft zieht. Als ich kürzlich eine junge Dame, die viele Bewerber hatte, fragte, warum sie nicht heirate, erhielt ich die traurige Antwort: »Mama will es nicht, damit ich nicht so unglücklich werden soll, wie sie es mit Papa gewesen ist.«

Unser persönliches Leben wäre Nebensache? Auch in einer unglücklichen Ehe auszuharren wäre ein Gebot der Pflicht, der hohen Pflicht im Dienst einer Idee, der Idee der Ehe? Wie der Soldat im Krieg für die Idee des Vaterlands stirbt, auch wenn ihm der Krieg verhasst ist? Leib und Seele opfern für die Menschheit, das tut ein Gott. Wir armen Allzusterblichen lassen uns ungern an ein Kreuz — wenn auch nur ein symbolisches — schlagen. Und doch und doch: Von einem andern Standpunkt aus, einem berechtigten, ist die freie Scheidung abzulehnen. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau ist ihre Voraussetzung, sie ist ohne diese undurchführbar. Wer soll die Frau erhalten, wenn sie sich nach einigen Jahren der Ehe von ihrem Mann trennen will, auch wenn es aus stichhaltigen Gründen geschieht? Der Mann? Wie käme er dazu? Ist er nicht berechtigt mit einer andern Frau ein neues Glück zu suchen? Und wäre er selbst bereit und im stande das Geldopfer zu bringen: welche Frau hätte die Indezenz ihre Existenz von ihm bestreiten zu lassen? Die kleine Minorität der reichen Frauen kommt nicht in betracht. Von ihnen wird der Mann ungern sich scheiden, denn: treu dem Gelde ist gern der Mensch. Demnach: für diejenigen Frauen, die Beruf und Mutterschaft nicht zu vereinigen wissen, muss es bei der alten niet- und nagelfesten Ehe bleiben, mit dem ernährenden Mann als Herrn und Oberhaupt, mit der erschwerten Scheidung. Erleichterungen der Scheidung mag man der Frau gewähren, nicht dem Mann, denn der Frau fallen alle Nachteile der Scheidung zu. Für die hilflose, abhängige Frau wird die unglückliche Ehe zu einer unsittlichen Notwendigkeit. Die Tragödie beginnt. Der Dichter walte seines Amtes: der Vorläufer des Sozialreformers.



UN möchte ich das Thema *Die freie Ehe* erörtern. Alle geplanten Reformen werden schliesslich zur freien Ehe führen, mag ihre Verwirklichung auch einer fernen Zukunft vorbehalten sein. Dass eine durchgreifende Umgestaltung der geltenden, streng bindenden Eheform die wirtschaftliche Selbständigkeit der Frau zur Voraussetzung hat, habe ich an anderer Stelle bereits ausgeführt. Ist hingegen die Frau

in ihrer materiellen Existenz unabhängig vom Mann, so ist damit eine Situation gegeben, die logischerweise zu einer Neugestaltung der Ehe führen muss. Nicht *Mann über Bord* wird es heißen, aber *der Herr über Bord*. Zwischen zwei Ebenbürtigen gibt es nicht Herren und Untergebene. Sicher, der stärkere Charakter wird das Übergewicht haben. Es kann ebenso gut der Mann wie die Frau sein. Fossile, lächerliche Gesetzesbestimmungen, die die Frau versklaven, müssen fallen. In gewissen Fällen steht noch heute dem Mann das Recht über Leben und Tod der Frau zu. Ohne seine Einwilligung darf sie sich keiner Operation unterziehen. Was beispielsweise Professor Olshausen schreibt, ist ein wahrer Epilog zum Mittelalter:

„Ich behandelte einst eine Frau, welche an ihrer Krankheit mit absoluter Sicherheit zu Grunde gehen musste, wenn sie nicht operiert wurde. Auf den Vorschlag der Operation ging sie freudig ein, überliess es aber mir die Zustimmung ihres Gatten zu erlangen. Dieser aber verweigerte die Erlaubnis. So musste ich schweren Herzens von der Operation absehen.“

Innerhalb der Frauenbewegung spalten sich die Fürsprecherinnen der Ehe-reformierung in zwei Parteien: eine gemässigte und eine radikale. Die Gemässigten oder die Rechte bilden die Zeitgemässen, die das zunächst Erreichbare erstreben. Auch diese Reservisten in der Ehefrage, die, auf dem Unterbau der legalen Ehe, durch Ergänzungen und Beseitigungen, sich bemühen der Ehe eine würdigere und beglückendere Stätte zu bereiten, sie sind willkommen. Haben sie die soziale und rechtliche Gleichstellung der Geschlechter, die ökonomische Selbständigkeit der Frau und eine erleichterte Scheidung bewirkt, dann mag immerhin für melodische Seelen irgend eine stimmungsvolle Zeremonie die Ehe einleiten. Dann mag man zwischen den Willen zur Scheidung und der ausgesprochenen Scheidung eine mehrmonatliche Frist setzen, zum Schutz der Allzuscheidungs-bereiten. Die Radikalen (oder die Linke) verneinen jede gesetzlich bindende Form der Ehe. Es sind die Unzeitgemässen — Nietzsche hält gerade diese für die eigentlichen Kulturförderer —, Schauerinnen der Zukunft, Theoretikerinnen. In dem Sinn, dem Geist, in dem Anita Augspurg und ihre Gesinnungsgenossinnen die Beseitigung jeder gesetzlichen Einmischung in Eheangelegenheiten fordern, ist strenge Ethik, ein herber Stolz, ein Idealitätstrotz, der sich unter ein aufgezwungenes Joch nicht beugen will; ein Pathos der Seele, das einen Märtyrerzug trägt. Und in der Tat, die vergifteten Pfeile der Verleumdung sind diesen Frauen nicht erspart geblieben.

Meinungen, Ideen, die man für kulturhemmend oder sittengefährlich hält: man bekämpfe sie mit aller Kraft, mit Schärfe, Ironie. Widerspruch klärt. Kämpfen: ja. Aber nicht metzeln. Nicht grobe Unmoral, eine gift- und hasserfüllte Verketzerung in den Dienst der Moral stellen, wie es in der Ehefrage von christlich frommen Zeloten geschehen ist, die vom Christentum nur das Kreuz übernahmen, an das sie — andere schlagen.

Neue Ethik — alte Ethik! Der Kampf zwischen dem Gestrigen und dem Heutigen ist ein evolutionistisches Weltprinzip. Warum befehden sich die beiden Denkrichtungen so wütend mit dem *Ecrases l'infame*? Unverständlich ist mir das Identischsein von Gegnerschaft und Feindschaft. Ich nenne denjenigen moralisch, der in Wort und Tat seinen tiefsten Überzeugungen aus eigenster Erkennenskraft folgt. Sittlich sein für sich, nicht für andere, heisse ich Moral, gleichgültig, ob wir in einem Irrtum befangen sind, oder ob wir

die Wahrheit haben: wenn wir sie haben. Die meisten aber gleichen den Schauspielern, gierig nach dem Applaus des Publikums, sein Zischen fürchtend.

Die hitzigen Gegner der freien Vereinigungen verwechseln in der Regel das *Verhältnis* mit der freien Ehe. Das *Verhältnis* — zumeist ein heimliches — ist oft nichts weiter als ein galantes Abenteuer, verliebter Launen flüchtiger Niederschlag, vielleicht auch nur ein Ventil für Sinnenüberhitzungen. Ein Liebessport, dem gern auch Verheiratete obliegen, Frauen, die vielleicht der Ansicht jenes frivolen Franzosen sind, der da meinte, die Ehe wäre längst abgeschafft, wenn es keinen Ehebruch gäbe. Dass vom ethischen Standpunkt das *Verhältnis* keine Berechtigung hat, wird nur von einer kleinen Minorität bezweifelt.

Die Frau aber in der freien Ehe ist nicht die Geliebte des Mannes, sie ist sein Weib. Die freie Ehe wird, ebenso wie die standesamtliche, in der Hoffnungsfreudigkeit eines dauernden Beieinanderseins von den Liebenden geschlossen. Alle beglückenden Momente der legalen Ehe würden auch in der freien Ehe ihre Verwirklichung finden: das Behagen einer gemeinsamen Häuslichkeit, die Interessengemeinschaft, das Eltern Glück. Nur die Umgitterung fällt fort, die den nicht mehr Liebenden, nicht mehr Befreundeten den Weg ins Freie sperrt. Freilich fällt mit der Umgitterung auch die feste Verankerung in einem sicheren Hafen, den die versorgungsbedürftige Frau nicht entbehren kann. Die durch sich selbst versorgte Frau kann ihn entbehren. Mit scheinbarem Recht sagen die Gegner der freien Vereinigungen: Die alte Eheform mit ihren Einengungen und Freiheitsbeschränkungen mag für dich nicht nötig sein, zum Schutz der Gesamtheit ist sie es. Die festen Formen und Normen sind im Labyrinth der Ehe der Ariadnefaden, der aus den Irrungen und Wirrungen ihrer verschlungenen Pfade sichere Führung verbürgt. Niemand leugnet, dass uns aus dem Gemeinschaftsleben Kräfte und Wohltaten zufließen, dass, wer nimmt, auch geben muss. Gewiss, der einzelne hat für diese Wohltaten ein Äquivalent zu zahlen durch den Verzicht auf individuelle Bedürfnisse und Forderungen, die dem Gemeinwohl widerstreben. Nur gehen in vielen Fällen die Ansichten darüber, was dem allgemeinen Wohl dient oder es schädigt, weit aus einander. Die Gesamtheit kann heben und tragen, sie kann aber auch belasten und niederziehen. Das Argument eines moralischen Zusammenbruchs hat man jederzeit, fast allen neuen Ideen gegenüber zur Anwendung gebracht; der Protestantismus, die Erhebung des Proletariats, die Aufhebung der Sklaverei, die Frauenbewegung, sie alle sind leidenschaftlich abgewehrt worden. Steht wirklich der Anspruch einer radikalen Eheform dem Gemeinwohl entgegen? Nie und nimmer. Was mich persönlich erniedrigt, verzehrt, was in meinen reinsten Stunden mein Gewissen, meine Vernunft verwirft, das muss das Falsche, das Unsittliche sein.

Wie hochstehende Ethiker mit dem selben Wortdonner — Ethiker sollten wohl eigentlich nicht donnern — sowohl die freie Ehe wie die legitime verwerfen, davon ein Beispiel. Treitschke sagt:

„Was über die volle und unauflöslche Lebensgemeinschaft von Mann und Weib hinausstrebt, verfällt dem sittlichen Schmutz, so die bekannte freie Liebe der Sozialisten, die totegeborene Göttin des Bordells. . . . In der jetzigen Ehe ist die absolute Form der Ehe gefunden bis an das Ende der Geschichte.“

Dagegen Mathieu Schwann:

»Wer die Dauer der Ehe will, muss ihre Auflösbarkeit wollen, denn nur, wo die Ehe täglich von der Liebe aufs neue geschlossen wird, wirkt sie sittigend und menschenbeglückend. . . . Ohne die Liebe wird jede Ehe nur zu der frechen Formel des Besitzers, der auf seine Tasche klopft und sagt: Ich hab's! Eine Gemeinheit wird diese Ehe, gemein und zum Himmel stinkend wie eine Dungsgrube, in der die Verwesung haust.«

Und Carpenter:

»Der heutige Zustand der Ehe ist einfach widersinnig. . . . Das Gesetz, das seit unvordenklichen Zeiten zu gunsten des männlichen Geschlechts geschaffen worden ist, gibt dem Ehemann barbarische Rechte über die Person seiner Gattin. . . . Sobald es einmal seinen Segen über ein Paar gesprochen hat — wie verhasst die Verbindung auch beiden Teilen werden sollte, und wie klar ihre Verfehltheit auch vor aller Augen läge — schießt das blödsinnige Ding wie eine Eule auf sein eigenes Machwerk, und erklärt sich ausser stande den schädlichen Knoten wieder aufzulösen, den es einmal geknüpft hat.«

Mild humoristisch, aber nicht weniger skeptisch denkt Taine über die Ehe:

»Man studiert sich 3 Wochen, man liebt sich 3 Monate, man zankt sich 3 Jahre, man duldet sich 30 Jahre, und die Kinder fangen von vorn an.«

Mit Treitschke fürchten die Konservativen in der Ehefrage die Entfesselung einer erotischen Dämonie als Folge der freien Vereinigungen. Nie ist eine Furcht grundloser gewesen. Eine allzu kinderhafte Vorstellung, die sich die freie Ehe als einen Liebeshain denkt, durch den in schwüler Gier Mänaden rasen. Die freie Ehe zu inaugrieren liegt sicher nicht in den Begehungen der Erotikerinnen. Die klugen Messalinen sichern sich lieber den deckenden Hafen, die legitime Ehe, von dem aus sie ihre erotischen Piratenzüge ins Werk setzen. Eine Dirnenmoral, die freie Ehe? Innerhalb und ausserhalb der Ehe haben die Dirnen von jeher ihre Felder reich bestellt. Übrigens, die Gesellschaft braucht ja nur zu winken, um etwaigen Entartungsdelirien vorzubeugen. Die Macht der Sitte, der öffentlichen Meinung ist eine souveräne, mag sie auch oft genug im schroffsten Gegensatz zur wahren Sittlichkeit stehen. Das eklatanteste Beispiel ist das Duell. Das Gesetz stellt es unter Strafe. Die Sitte sagt: Schiess los, unbekümmert darum, ob du vielleicht den tötest, der von dir beleidigt wurde. Und der arme Teufel muss schiessen, ob er will oder nicht. Das Gesetz verbietet's, die Sitte befiehlt's. Boykottiert den Duellanten, und das Duell ist abgeschafft. Schlussfolgerung: Boykottiert das Paar, das in der freien Ehe sich der Entzügelung eines animalischen Eros schuldig macht.

Ich glaube aber gar nicht, dass die Gesellschaft zu winken braucht. Wie, wir sollten, wenn wir ohne Standesbeamten eine Vereinigung eingehen, uns plötzlich unserer guten Eigenschaften entäussern, unserer Gerechtigkeit und Dankbarkeit, unserer Güte? Ich glaube sogar — abgesehen von der Gewöhnung, die in der freien Vereinigung die selbe Rolle spielen wird wie in der legalen Ehe —, dass in der ersteren eine grössere, gegenseitige Rücksichtnahme, eine liebevollere Pflichttreue walten wird als in der Zwangsehe. Die vertrauensvolle Hingabe, die ohne gesetzliche Sicherung nur auf den Menschen, auf die Persönlichkeit rechnet, verpflichtet innerlich mehr als ein formelles Gelöbnis. Dennoch, grosse und wesentliche Unterschiede gibt es zwischen der freien und der gesetzlichen Ehe. Es ist nicht das selbe, ob wir uns — sei es aus Güte oder irgend einem andern Impuls — selbst bezwingen, ob wir mit der nicht mehr willkommenen Lebensgefährtin zusammen bleiben wollen oder zusammen bleiben müssen, laut Gesetzesparagrafen, ob wir die Herren oder

die Sklaven unseres Schicksals sind. Den Ehetragödien setzen die freien Vereinigungen ein Ziel. Liebestragödien freilich sind nicht aus der Welt zu schaffen. Auch in der freien Ehe kann die Liebe des einen noch flammen, während die des andern verglüht ist. Eine absolute Versicherung gegen Herzeleid gibt es nicht. Immerhin werden die durch eigene Kraft wohlversorgten Frauen, die, neben der Ehe noch andere Interessen- und Tätigkeitsgebiete haben, der Liebe Leid leichter tragen und überwinden als diejenigen Frauen, die ihr Leben ganz auf den Mann eingestellt haben.

Die freie Ehe, ist sie nicht vielleicht der einzig mögliche Weg zur vollkommenen Verwirklichung der Monogamie, der zu entschlüpfen die Männerwelt bis jetzt verstanden hat? Auf den unzählige Male wiederholten Einwand *Was wird aus den Kindern in der freien Ehe?* lohnt es sich nicht einzugehen. Als ob es nicht selbstverständlich wäre, dass beide Eltern die volle Verantwortlichkeit für das Kind zu tragen haben. Rabenmütter und Rabenväter kommen vom schlechten Charakter her, aber nicht von den freien Vereinigungen. Hält man es für nötig, so mag man durch das Gesetz die Art der Verantwortung bestimmen.

Übrigens, eine unmittelbare Gefahr droht der legitimen Ehe nicht. Zur Beschwichtigung schwer beunruhigter Gemüter sei's gesagt. Die Majorität der Menschen denkt noch gar nicht daran des Ariadnefadens entraten zu wollen. Kann nicht daran denken in einer Zeit, wo die gesetzliche Ehe für alle diejenigen, die vom Staat abhängen, Existenzbedingung ist. In einer Zeit, wo der Polizei noch die Befugnis zusteht gegen Paare, die in freier Ehe leben, einzuschreiten. Im sicheren Port der Gesetzlichkeit bleibt von Herzen gern die Mehrzahl der Frauen, aus aufrichtiger oder ihr suggerierter Überzeugung oder aus praktisch weltlicher Klugheit. Wenn ich nicht irre, ist es für einen Aristokraten durchaus unstatthaft an die Deszendenztheorie zu glauben. Ebenso wenig wird die höhere Bürgersfrau oder die Welt dame der freien Ehe huldigen. Es beziehen die Individuen ihre Spezialanschauungswelt von ihrer Gesellschaftsschicht. Sie haben das Kollektivgewissen ihrer Klasse. Wer da aus Reih und Glied tritt, erscheint den Standesgenossen als ein Fahnenflüchtiger. Er riskiert das Los eines Offiziers, der zum Gemeinen degradiert wird.

Die zu eigener Ethik Erweckten bilden vorläufig eine winzige Minorität. Und auch unter ihnen sind wenige Paare erst von der Ideenpropaganda zur Propaganda der Tat geschritten. Und ich meine: Wie man auch heut schon in geistig verfeinerten, vorurteilslos vorwärtsschauenden Kulturkreisen den Menschen, mit dem man verkehren möchte, nicht fragt, ob er Katholik ist oder Muhamedaner, Buddhist oder Jude, so fragt man in diesen Kreisen auch der Form nicht nach, in der zwei Menschen in Liebe sich vereinigten. Nach ihren geistigen und seelischen Qualitäten schätzt man sie ein, und danach sucht oder meidet man ihren Umgang. Der Gesamtwert ihrer Persönlichkeit entscheidet. Die Kulturgeschichte bezeugt, dass nicht nur Zuchtlosigkeit, dass auch herzerreissender Jammer von jeher, zu allen Zeiten und unter allen Völkern, eine Begleiterscheinung der Zwangsehe gewesen ist. Und immer und immer hat die Unwiderruflichkeit der Ehe antiken und modernen Dichtern — von Sophokles bis zu den modernen Ehebruchsdramen — den Stoff für ihre Tragödien geliefert. Die Schlussfolgerung ist unabweisbar: Die rechte Form

frage, und zwar sowohl auf seiten der Philo- wie der Antisemiten. Wohin mit den Juden? Was mit den Juden beginnen? Diese Fragen klingen aus allen Zeitaltern und aus allen Ländern zu uns herüber. Natürlich musste die Antwort je nach dem politischen und sozialen Kredo des Beantwortenden grundverschieden ausfallen, und so brachte diese Fragestellung notwendigerweise das Moment der subjektiven Voreingenommenheit in die Behandlung der Judenfrage. Der eine wollte, dass die Juden so rasch wie möglich von der Erdoberfläche verschwinden, der andere, dass sie vorher die oder jene (religiöse, ethische oder soziale) *Mission* erfüllen, der dritte, dass sie nach Zion zurückkehren, der vierte, dass sie in der Diaspora (*Golus*) eine »autonom kulturelle Gemeinschaft« bilden sollen usw. Kurz: entweder theologischer Determinismus oder teleologische Willkür. Die Hauptfragen aber (Wohin führen die Entwicklungstendenzen der jüdischen Nation? Welche Strömungen und Kräfte machen sich, unabhängig von den Wünschen einzelner, im jüdischen Leben geltend?), diese Fragen wurden stets äusserst stiefmütterlich behandelt. Und dennoch steht es ausser allem Zweifel, dass die Fragestellung nur so lauten kann, wenn eine sichere Basis für ihre Lösung gewonnen werden soll.

Überblickt man die jüdische Geschichte vom Gesichtspunkt ihrer inneren Triebfeder und Tendenzen aus, so erscheint sie gewissermassen als eine fast ununterbrochene Kette von Wanderungen, die besonders intensiv und rasch seit dem Mittelalter auf einander folgen. Seit dieser Zeit wandern die Juden als Träger der Geldwirtschaft unaufhörlich innerhalb der naturalwirtschaftlichen Welt. Ein Werkzeug der finanziellen Ausbeutung der breiten Volksmassen in den Händen des herrschenden Feudaladels, werden die Juden von den ersten gehasst, von den letzteren verachtet, von allen jedoch verfolgt und misshandelt. Nur solange man ihrer finanziellen und vermittelnden Tätigkeit bedarf, werden sie geduldet. Kaum aber ist das heranwachsende Bürgertum reif die volkswirtschaftlichen Funktionen der Juden auf sich zu nehmen, so werden sie brutal aus dem Land gejagt.¹⁾ Es ist gewiss kein blosser Zufall, dass gerade in diesen Perioden die Scheiterhaufen der heiligen Inquisition lichterloh brannten, die ungeheure Tragik des jüdischen Schicksals beleuchtend. Spanien, England, Frankreich, Deutschland, Polen, Russland: Das ist der dornenvolle Weg, den die Juden gleichzeitig mit der Bewegung des Kapitalismus vom Westen nach Osten als seine Träger durchgemacht haben. Russland war die Endstation dieser Wanderung der Juden. Weiter konnte der Strom in dieser Richtung nicht fliessen. Hier stauten sich seine Fluten in einem Sumpf sozialökonomischer Impotenz, bürgerlich politischer Rechtlosigkeit und nationalkultureller Sterilität. Erst nach einer jahrhundertelangen Periode der Stagnation beginnt in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts innerhalb der bisher in sozialer Beziehung fast homogenen oder richtiger amorphen Masse des osteuropäischen Judentums der Prozess der sozialen Differenzierung. Der Kapitalismus dringt endlich in die jüdische Nation selbst ein und ruft in ihren verschiedenen Schichten das mächtige Streben und Bedürfnis des Übergangs zu höheren Formen der sozialen Betätigung hervor. Die moderne Judenfrage ist daher ihrem Wesen nach nicht ein Problem der Degeneration, wie das oft behauptet wird, sondern

¹⁾ Siehe Roscher *Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland* (München 1874), pag. 36 ff.

in erster Linie der Regeneration, der wachsenden Produktivkräfte, die jedoch keine freie Entfaltungsmöglichkeit finden. Allerdings erzeugen diese Hemmnisse im jüdischen Volk verschiedenartige Degenerationserscheinungen, diese sind aber zum bedeutenden Teil eben nur Begleiterscheinungen des gehemmten inneren Wachses, die nach der Überwindung der historischen Krisis, die das Judentum jetzt durchmacht, verschwinden werden. Insbesondere hat das neu entstandene jüdische Proletariat durch sein mächtiges soziales Ringen neues Leben und Bewegung in das Dasein des europäischen Judentums hineingebracht. Freilich ist bei den äusserst beschränkten Entwicklungsbedingungen der jüdischen Nation dieser Kampf der jüdischen Arbeiterklasse nicht im Stande gewesen ihr auf sozialökonomischem Gebiet Errungenschaften zu verschaffen, die ihrer Kampfesenergie und ihren kulturellen Bedürfnissen entsprächen. Ausserdem hat die allgemeine industrielle Entwicklung der osteuropäischen Länder eine Reihe negativer Faktoren für die wirtschaftliche Lage der Juden geschaffen, die besonders die Positionen der proletarischen und kleinbürgerlichen Schichten der jüdischen Nation untergraben. Alle diese Erscheinungen rufen eine neue kolossale jüdische Wanderung hervor, die sogar in der jüdischen Geschichte nicht ihresgleichen finden kann.

In den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts beginnt eine Massenauswanderung der Juden gleichzeitig aus Russland und Galizien. Es ist aber nicht mehr die mittelalterliche und frühkapitalistische handelsvermittlerische Auswanderung, die zum Zweck der Handelsvermittlung nach den ökonomisch rückständigen Ländern ging, sondern zum grössten Teil eine Arbeiter- und Handwerkeremigration, die in den hochentwickelten Industriestaaten, wie den Vereinigten Staaten und England, Absatz für ihre Arbeitskraft sucht. Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts bewegt sich die jährliche Zahl der jüdischen Immigranten in Amerika zwischen 20- und 40 000; von diesem Zeitpunkt beginnt ihre Zunahme in raschem Tempo. Die jährlichen Berichte der nordamerikanischen Einwanderungskommission geben für diese Immigration folgende Zahlen an: im Jahre 1899 37 415 Juden, 1900 60 764, 1901 58 098, 1902 57 688, 1903 76 203, 1904 106 236, 1905 129 910, 1906 153 748, 1907 149 182 und im Jahre 1908, trotz der Krise, noch 103 387 Juden. Insgesamt sind in den letzten drei Jahrzehnten mehr als 2 Millionen osteuropäischer Juden in Nordamerika und England eingewandert. In den letzten 10 Jahren nimmt diese Bewegung den Charakter einer wahren Volkswanderung an und wird immer mehr zur Kardinalfrage des jüdischen Lebens. Dass dieses rasche Wachsen der Auswanderung nicht schlechthin auf die politische und nationale Rechtlosigkeit der osteuropäischen Juden zurückzuführen ist — wie das viele annehmen —, liegt auf der Hand: Eine statische Erscheinung, wie es die Rechtlosigkeit der Juden ist, kann unmöglich als Ursache der systematischen Zunahme der jüdischen Auswanderung angesehen werden. Dass der Krieg, die Revolution und die Pogrome das Tempo der Auswanderung äusserst beschleunigt haben, wird niemand bezweifeln, doch ist es ebenso einleuchtend, dass sie nur eine zeitlich nebensächliche Wirkung ausüben, dass der Zuwachs, den sie hervorrufen, nur ein sozusagen ausserordentlicher ist. So stieg die jüdische Auswanderung aus Russland im Jahre 1892, als die Juden aus Moskau und aus den Dörfern vertrieben wurden, von 34 303 im Jahre 1891 bis auf 69 139, um dann im folgenden Jahr auf 30 325 herabzugehen;

und auch die Pogromjahre 1905 und 1906 hatten gleiche Erscheinungen nach sich gezogen. Ferner bleibt es bei der Annahme, dass nur die ungünstigen politischen Lebensbedingungen die Juden zum Wanderstab greifen lassen, ganz unverständlich, warum die verschiedenen sozialen Schichten des jüdischen Volks einen so ungleichen Anteil an der Auswanderung nehmen. Warum liefert die jüdische Handelsklasse, die ja zirka 39 % der jüdischen Bevölkerung Russlands umfasst, jahraus jahrein nur 4 bis 5 % der Auswanderer? Warum bilden die Handwerker und Arbeiter durchschnittlich zirka 60 % der jüdischen Auswanderung im letzten Jahrzehnt, während ja gerade sie — wenigstens auf dem Papier — das *Wohnrecht* in ganz Russland haben? Diese Erscheinungen sowie überhaupt das unaufhaltsame Wachstum der jüdischen Auswanderung aus Osteuropa können nur als notwendiger Ausfluss jener sozialökonomischen Anomalitäten im jüdischen Leben aufgefasst werden, die ich in meinen früheren Artikeln aufzudecken suchte.²⁾ Hieraus folgt, dass, solange die dort aufgezählten negativen wirtschaftlichen Faktoren wirksam sein werden, die jüdische Auswanderung nicht zurückgehen kann. So kommt auch Dr. K. Vornberg, einer der besten Kenner der jüdischen Einwanderung in Amerika, zu dem Ergebnis, dass »nicht die Furcht vor den Pogromen und nicht der politische Druck als Haupttriebfeder der jüdischen Auswanderung erscheinen sondern die Untergrabung ihrer sozialökonomischen Grundlagen«³⁾, die »unnormalen Bedingungen, unter denen sich die jüdische Nation entwickelt.«⁴⁾ Das selbe wird von einem anderen Autor für die jüdische Auswanderung aus Galizien festgestellt.⁵⁾ An diesen Triebfedern kann wesentlich weder die politische Emanzipation noch die nationalkulturelle Autonomie der Juden etwas ändern. Höchstens kann die Auswanderung dabei ihren fluchtartigen, sprunghaften Charakter verlieren. Denn, ist die Judenfrage einerseits ihrem Wesen und Inhalt nach ein sozialökonomisches Problem, so ist sie andererseits ihren notwendigen Äusserungsformen nach ein Wanderungsproblem, ein eigenartiger Ausschnitt aus dem grossen internationalen Wanderungsproblem der Gegenwart.

Die spezifischen Triebfedern der jüdischen Emigration erklären uns, warum sie unter keine der zwei Typen der modernen Wanderbewegungen fällt; sie ist weder agrarisch-hauswirtschaftlich noch industriell-kapitalistisch. Ersteres schon deshalb nicht, weil eine landwirtschaftliche Klasse bei den osteuropäischen Juden fast überhaupt nicht vorhanden ist; letzteres nicht, weil auch die Zahl modern industrieller Arbeiter bei den Juden eine äusserst geringe ist. So sagt auch Otto Bauer:

»... Die Ostjuden sind zwar nicht für den Eigenbedarf produzierende Bauern, aber sie haben auch noch nicht die Psychologie moderner Industriearbeiter.«⁶⁾ Dies äussert sich auch in zahlreichen Abweichungen der jüdischen Emigrationsbewegung von der der anderen Nationen. Im Gegensatz zu diesen ist die jüdische Auswanderung nicht eine zeitliche, zum vorübergehenden Erwerb, wie es beispielsweise die Auswanderung der Slawen und Italiener vorwiegend ist,

²⁾ Siehe meine Artikel *Ist die Assimilation der Juden möglich?* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 1. Band, pag. 614 ff., und *Probleme des jüdischen Arbeiterlebens*, *ibid.*, 1909, 1. Band pag. 231 ff.

³⁾ Siehe Vornberg *Die jüdische Emigration* /Kiew 1908/, pag. 56.

⁴⁾ Siehe Vornberg, *loc. cit.*, pag. 23.

⁵⁾ Siehe *Jüdische Statistik* /Berlin 1903/, pag. 313.

⁶⁾ Siehe Bauer *Proletarische Wanderungen in der Neuen Zeit*, 1906-1907, 2. Band, pag. 479.

sondern eine dauernde, auf immer, mit Frau und Kind, mit Hab und Gut, was sich natürlich in der eigenartigen Zusammensetzung der jüdischen Auswanderung nach Geschlecht, Alter und Beruf widerspiegelt. So besteht die jüdische Emigration fast zur Hälfte (40 bis 48 %) aus Frauen und — was ihren dauernden Charakter besonders kennzeichnet — zu einem Viertel (22 bis 28 %) aus Kindern unter 14 Jahren. Was die soziale Struktur der jüdischen Einwanderung in Amerika anlangt, so haben im Zeitraum 1899 bis 1906 die gelernten Handwerker und Arbeiter 37,2 % der gesamten jüdischen Einwanderung oder 66,7 % aller jüdischen Einwanderer mit bestimmtem Beruf gebildet, während das erste Verhältnis bei den Immigranten der übrigen Nationen in Amerika nur 15,5 % ausmacht.⁷⁾ Auch ist die Zahl der jüdischen Rückwanderer im Vergleich zu der bei den übrigen Nationen verschwindend klein.

Wie ist nun die Lage der eingewanderten jüdischen Arbeitermassen in den Immigrationsländern? Wenn es auch einer Anzahl der ersten jüdischen Einwanderer gelungen ist einen mehr oder weniger festen Boden im sozialökonomischen Leben zu gewinnen, *ein Leben zu machen*, wie sich die jüdischen Emigranten ausdrücken, so kann das heute von der überwiegenden Mehrzahl in keiner Weise behauptet werden. In denjenigen Arbeitszweigen, in denen die jüdischen Immigranten sich hauptsächlich konzentrieren, im sogenannten *Sweating System*, erreicht bekanntlich die kapitalistische Ausbeutung ihren Höhepunkt.⁸⁾ Die Lage der Arbeiter in diesen *jüdischen Industrien* (Kleiderkonfektion, Moden, Tabakfabrikation usw.) charakterisiert das jüngst erschienene offizielle Bulletin des Arbeitsdepartements des Staats New York für das Jahr 1908 folgendermassen:

»Die Lebensverhältnisse dieser Bevölkerungsgruppen sind ganz fürchterliche. Die Konkurrenz bei Erlangung von Arbeit ist hier am intensivsten; sie sind daher in besonders starkem Mass der Ausbeutung ausgesetzt. Sie verkaufen ihre Arbeit am billigsten und sind verurteilt unter den schlimmsten Bedingungen zu arbeiten.«

Ein 18stündiger Arbeitstag bildet hier keine Seltenheit. Es darf uns daher nicht wunder nehmen, dass die örtliche Arbeiterbevölkerung der Einwanderungsländer die jüdische Immigration immer mehr als eine gefährliche Lohn-drückerei empfindet, wenn zum Beispiel der englische Arbeiter immer öfter an den Türen der Werkstuben die Aufschrift liest *No English need apply*. So verlangten bereits im Jahr 1893 die Londoner Arbeitslosen »das Verbot der Einwanderung von Ausländern, die bei ihrer Landung sich nicht über Existenzmittel ausweisen können«, da »drei Viertel der britischen Arbeiter im Schuhmacher-, Tischler-, Schneider- und anderen Gewerbszweigen... gegenwärtig arbeitslos« sind »infolge dieser Konkurrenz in der Form des Schwitzsystems schlimmster Art von Fremden«⁹⁾, die fast ausschliesslich osteuropäische Juden sind. Diese antialienistische Bewegung fasst in England und in Amerika

⁷⁾ Trotz dieses vorwiegend proletarischen Charakters der jüdischen Wanderung der letzten Jahrzehnte haben ihr die jüdischen Sozialisten noch bis vor kurzem gar keine Aufmerksamkeit geschenkt. Eine rühmliche Ausnahme bildet in dieser Beziehung die *Zionistisch-sozialistische Arbeiterpartei*, die von ihrem ersten Schritt an »die Wanderung als eines der wichtigsten Probleme des jüdischen Proletariats auffasste und sie auch in ihrem Programm berücksichtigte.

⁸⁾ Siehe Halpern *Die jüdische Einwandererbevolkerung Londons in der Jüdischen Statistik* /Berlin 1903/, pag. 331 ff.; Ierner Bernstein *Einige Bemerkungen über die eingewanderte jüdische Bevölkerung Englands*, *ibid.*, pag. 340 ff.

⁹⁾ Siehe Schippel *Die fremden Arbeitskräfte und die Gesetzgebung der verschiedenen Länder* in der Beilage zur *Neuen Zeit*, 1906-1907, 2. Band, pag. 50.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Maurenbrecher

Innere Krisis Kaum war die vorige Rundschau geschrieben (siehe diesen Band, pag. 726 ff.), so erfolgte der offene Bruch in der Finanzkommission. Wegen einer Verge-
wältigung der Geschäftsordnung ver-
liessen Nationalliberale, Freisinnige und
Sozialdemokraten gemeinsam die Sitzung
und liessen den konservativ-klerikalen
Block seine Beschlüsse allein fassen. Die
Neugruppierung der Parteien, die sich
seit Ostern vorbereitet hatte, war damit
zur Tatsache geworden. Die nächsten
Wochen waren von Unklarheiten, Ver-
kleisterungsversuchen und Ratlosigkeit
aller Art erfüllt. Das pflegt bei grossen
politischen Wendepunkten immer der
Fall zu sein und darf das geschichtliche
Urteil über die Bedeutung dieses Augen-
blicks nicht trüben. Bereits in der
ersten Woche des neuen Abschnitts der
Reichstagsession ist denn auch die
Klärung mit aller wünschenswerten
Deutlichkeit vor sich gegangen. Wir
stehen jetzt vor einer ganz durchsich-
tigen Situation. Die konservativ-kleri-
kale Mehrheit, das heisst die agrarischen
Parteien, werden die Reichsfinanzreform
im Reichstag im raschen Zug zu Ende
führen. Sie werden die 500 Mill. M.
bewilligen, die die Regierung für nötig
hält. Sie werden sie nur auf eine andere
Art und Weise aufbringen. Statt 400
Mill. M. werden sie rund 450 Mill. M.
aus Steuern auf Verbrauch und Verkehr
gewinnen; und als Besitzsteuer werden
sie von den an der Börse gehandelten
Wertpapieren eine Abgabe erheben. Sie
werden der Regierung die Verantwor-
tung zuschieben, ob sie die auf solche
Weise zu stande gebrachten 500 Mill. M.
annehmen oder, weil die Erbschafts-
steuer in diesem Bündel fehlt, die ganze
Finanzreform zum Scheitern bringen
will.

Vom Standpunkt der Agrarier aus be-
trachtet, ist dieses Vorgehen ungemein
geschickt und zeigt, dass seine Väter
wirklich verstehen politische Situationen
zu schaffen und zu benutzen. Es liegt
auf der Hand, dass eine Reichstagsauf-
lösung der Regierung durch dieses Vor-
gehen sehr schwer gemacht ist. Sie
kann nicht gegen den unpatriotischen

Reichstag vorgehen, der die 500 Mill. M.
nicht habe bewilligen wollen; denn tat-
sächlich wird dieser Reichstag sie bewil-
ligen. Sie kann nicht die Frage, ob fur
oder gegen Kotierungssteuer, zu einer
zugkräftigen Wahlparole machen; denn
die Kotierungssteuer interessiert nur den,
der volkswirtschaftliche Kenntnisse hat
oder persönlich an der Börse interessiert
ist. Bei der grossen Mehrzahl der
städtischen Bevölkerung ist aber die
Börse ebenso unpopulär wie auf dem
Lande. Wenn die agrarischen Parteien
mit einigem Schein des Rechts von sich
sagen können, dass sie die Börse hätten
belasten wollen, dass aber die Regierung
ungerechtfertigterweise die Börse schone,
so werden sie einen guten Teil ihres
städtischen Anhangs mit dieser Parole
bei sich festzuhalten vermögen. Da es
ausserdem sicher ist, dass die Regierung
auch von links her, von der Sozialdemo-
kratie aus, auf das heftigste angegriffen
werden wird, weil sie 400 Mill. M. aus
den Taschen der armen Leute hat holen
wollen, so haben die Agrarier wohl nicht
unrecht, wenn sie annehmen eine Reichs-
tagsauflösung fast unmöglich gemacht zu
haben. Auf der andern Seite rechnen
sie, dass es dem jetzigen Reichskanzler
unmöglich sein werde sich ihrem Finanz-
programm zu fügen. Hat er sich doch
auch zu Beginn des neuen Abschnitts der
Session wieder darauf festgelegt die Re-
form nur unter Mitwirkung des Libera-
lismus zu machen und wenigstens auf
der verkrüppelten Erbschaftsteuer zu
beharren. So rechnen die Agrarier, dass
Bülow gehen muss, wenn der Bundes-
rat diese Reform annimmt, und dass sein
Nachfolger durch Annahme der Ko-
tierungssteuer von vornherein die Mög-
lichkeit verliert in Zukunft Handel, In-
dustrie und Gewerbe vor den Agra-
riern zu bevorzugen. Denn wer eine
solche Steuer gutheisst, verliert damit
für alle Zeit das Vertrauen der städti-
schen Kapitalisten und ist damit für
immer den Agrariern zur Heeresfolge
verpflichtet. Diese taktische Aufstellung
der Agrarier ist klar. Sie sind es, die
den Angriff machen und damit die
Situation bestimmen. Weniger klar ist,
ob die Regierung in ihrer Gesamtheit,
soll heissen: die Regierungen der Einzel-
staaten und der Kaiser, entschlossen ist
den Kampf gegen die Agrarier zu wa-

gen und diesen Kampf in seiner ganzen Breite zur Wahlparole zu machen. Neigungen nach dieser Seite scheinen vorhanden zu sein. Der Reichskanzler hat, wie versichert wird, unter Zustimmung des Kaisers, in seiner grossen Rede erklärt, wenn er gehen müsse, so werde unter allen Umständen ein weniger agrarischer Kanzler kommen als er. Seine Offiziösen in- und ausserhalb des Parlaments erklärten mehrfach, die Reichstagsauflösung im Fall der Ablehnung der Erbschaftssteuer sei beschlossene Sache; der Bundesrat sei entschlossen der Parole *Biegen oder Brechen* zu folgen. Der Kaiser hat in Hamburg die Ballin und Genossen mit starkem Akzent als seine lieben Freunde bezeichnet, in deren Kreis er besonders gern verweile. Ob diese Stimmungen aber stark genug sind den Kampf gegen die Agrarier mit allen Konsequenzen zu wollen, das ist eine Frage, über die der Uneingeweihte nicht zu urteilen vermag. Es sind jetzt gerade 10 Jahre her, dass bei der preussischen Kanalfrage die Frontstellung zwischen Agrariern und Industrie ebenso herausgearbeitet war wie heute; und der Kaiser trat mit Emphase für die rheinisch-westfälische Industrie ein. Damals fand die Regierung im entscheidenden Augenblick nicht den Mut die volle Konsequenz des Gegensatzes zu ziehen und eine Änderung des preussischen Wahlrechts als ersten Schritt in diesem Kampf zu fordern. Heute liegt die Tatsache vor, dass König und Kanzler die Reformbedürftigkeit des Wahlrechts im Sinne der Industrie durch die Thronrede öffentlich festgelegt haben. Aber ob sie nun die Kraft haben werden sich gemeinsam aus den Traditionen der letzten dreissig Jahre zu befreien, das ist eine Frage, die nur durch die Tat und nicht durch Spekulationen Aussenstehender beantwortet werden kann. Die nächsten Wochen, vielleicht schon die nächsten Tage, werden darüber Klarheit bringen.

×
Hansabund

Die selbe Bewegung wie in der Regierung ist auch in den Kreisen des städtischen Unternehmertums zu bemerken. In einer von über 6000 Menschen besuchten Versammlung ist die Gründung einer städtischen Kampforganisation gegen den *Bund der Landwirte* beschlossen worden. Die Worte waren scharf und heftig. Die ersten Männer des industriellen Deutschland machten das Geständnis politisch zu

lange geschlafen zu haben und erklärten sich nunmehr aufraffen zu wollen. Man hat kein Recht eine solche Erklärung von Männern, die sonst durchaus nicht Freund von leeren Worten sind, von vornherein mit Hohn und Spott zu überschütten. Aber auch wer diese Herren so ernst nimmt wie sie es ihrer sonstigen Bedeutung nach verdienen, wird das Problem nicht übersehen dürfen, vor dem diese Bewegung steht. Bisher sind seit 30 Jahren die Agrarier ihre Bundesgenossen gewesen. Noch bei der Zollpolitik standen die schwere Industrie und die Nationalliberalen mit den Agrariern zusammen. Alle Versuche dieses Bündnis zu sprengen sind im entscheidenden Augenblick bisher misslungen. Als politische Partei hängen die Nationalliberalen zum grossen Teil von den Agrariern ab. In mindestens 50 Wahlkreisen haben die Männer des *Hansabunds* die Entscheidung zwischen Agrariern und Sozialdemokraten in der Hand. Sie müssen ins agrarische Eisen zurück, wenn sie sich nicht dazu verstehen wollen den Arbeitern Konzessionen zu machen. Mit Handwerkern und Angestellten allein wird zwischen Arbeitern und Bauern kein Wahlkreis gewonnen. Sie müssen fähig sein in der Stichwahl, an der sie beteiligt sind, die Unterstützung der Arbeiter gegen die Bauern sich zu sichern, und in der Stichwahl, in der sie selbst ausfallen, dem Arbeiterkandidaten zu wählen. Dass diese Herren das nicht aus Neigung tun werden, liegt auf der Hand. Sie sind eine grosskapitalistische Partei und vertreten den Standpunkt des Unternehmergewinns, nicht den des Arbeitslohns. Die Frage ist aber, ob dieser Gewinn von seiten der Agrarier oder von seiten der Arbeiter stärker bedroht wird. Haare müssen sie in jedem Fall lassen; Konzessionen nach einer von beiden Seiten müssen sie machen. Auch hier kann es für die Arbeiter nur heissen, dass sie die Situation so scharf wie möglich erfassen, mit beiden Möglichkeiten rechnen und darum ihrerseits keine von vornherein unmöglich machen, im übrigen aber abwarten, wie die Dinge sich gestalten werden. Wir werden vielleicht nicht lange zu warten haben. Sollte es aber zu einer antiagrarischen Aufraffung der industriellen Unternehmer kommen, so ist keine Frage, dass unsere Stellung auf der Seite dieser Unternehmer und nicht auf der der agrarischen Kleinbürger, Kleinbauern und Junker ist. Wir werden

schon jetzt damit rechnen müssen bei kommenden Wahlen, wo wir die Entscheidung in der Hand haben, National-liberale und Freisinnige gegenüber Zentrum oder Agrariern unter allen Umständen unterstützen zu müssen.

×

England und Deutschland Nicht nur unsere innere, auch die äussere Lage scheint einer Krisis entgegen zu gehen.

Die englische Regierung und mit ihr die überwältigende Mehrheit des englischen Volks scheint unter allen Umständen entschlossen das englische Übergewicht auf dem Meer behaupten zu wollen. Nachdem es nicht gelungen ist den billigeren und friedlicheren Weg zu gehen, die englische Weltherrschaft durch einen internationalen Vertrag für alle Zeit feststellen zu lassen, versuchen die englischen Politiker nun das angelsächsische Weltreich zur Kriegsbereitschaft zu erziehen. Der Reichskongress der englischen und kolonialen Presse wurde benutzt die Anwesenden mit Kriegsreden zu überschütten. Von früheren und gegenwärtigen Ministern wurden die deutschen Flottenrüstungen als Grund der internationalen Schwüle in leidenschaftlichen Worten bezeichnet. Keiner von ihnen sagte, dass der britische Anspruch auf Weltherrschaft der letzte Grund dieser Schwüle sei; und doch kann die deutschen Flottenrüstungen nur derjenige als Drohung empfinden, dem es selbstverständlicher Grundgedanke der Politik ist, dass er allein der massgebende Herr, die anderen Nationen aber höchstens die mit-leidig abgespeisten armen Verwandten sind. Man soll diesem kriegerischen Lärm nicht unterschätzen. In einem Land, in dem nichts gegen die öffentliche Meinung möglich ist, ist die Bearbeitung der Presse der erste Schritt zukünftiger Aktionen. Aber es ist nicht gesagt, dass alle solche Pläne auch Wirklichkeit werden. Genau in der selben Weise wie heute gegen Deutschland haben englische Publizisten und Politiker vor 10 Jahren systematisch gegen Russland gearbeitet. Trotzdem ist einige Jahre später die englisch-russische Verständigung erfolgt. England führt keinen europäischen Krieg, wenn es nicht Bundesgenossen hat, die ihm einen Teil der militärischen Mühe abnehmen. Das ist seit mehr als einem Jahrhundert leitender Grundsatz der englischen Diplomatie. Mit unbedingter Sicherheit kann man darauf rechnen, dass dieser Satz auch für

die nächsten Jahrzehnte gilt. Sobald die Bundesgenossen versagen, bricht der englische Kriegsenthusiasmus in sich selber zusammen. Das haben wir bei der serbischen Frage erlebt; und es ist gut, dass das immer wieder so scharf wie möglich gesagt wird. Es wäre ein Fehler, wollte die deutsche Arbeiterklasse sich durch die Kriegslust der englischen Bourgeoisie nervös machen lassen. Aufgabe der Regierung bleibt es Koalitionen gegen Deutschland zu verhindern. Sobald und solange das geschieht, ist der ganze Lärm jenseits des Kanals nicht ernst zu nehmen.

×

Kurze Chronik Der demokratische Führer

Theodor Barth ist gestorben (siehe über ihn den

Artikel Heines in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 774 ff.).

× Die türkische Regierung ist des Aufstands in Albanien immer noch nicht Herr geworden. In Kreta hat die Unabhängigkeitsbewegung ebenfalls wesentlich schärfere Formen angenommen. Die Frage der Abtretung Kretas an Griechenland hat die internationale Diplomatie seit Wochen beschäftigt. Übrigens muss die Bewegung auf Autonomie in den einzelnen Teilen des riesigen Reichs erheblich viel stärker sein als die Telegramme aus Konstantinopel erscheinen lassen: Man spricht bereits von der Notwendigkeit eine Militärdiktatur über das ganze Reich zu verhängen. × Der italienische Ministerpräsident hat in der Kammer erklärt, Italien bleibe seinen Bündnissen treu und bleibe den Nationen befreundet, die mit ihm befreundet sind. Die Tatsache, dass der Dreibund trotz der serbischen Wirren zurzeit noch festhält, ist damit auch von dieser Seite bekräftigt. × Die südafrikanischen Kolonien Englands haben sich vor einiger Zeit nach dem Muster Kanadas und Australiens zu einem südafrikanischen Bund zusammengeschlossen. Nachdem im letzten Monat auch Natal durch eine Volksabstimmung mit starker Majorität den Beitritt beschloss, ist der Bestand und die Dauer dieser neuesten Staatengründung für die Zukunft gesichert. × Der deutsche und der russische Kaiser hatten im finnischen Meerbusen eine Zusammenkunft. Es verlautet, dass dabei die Besprechung einer grossen Anzahl von Fragen der internationalen Politik stattgefunden haben soll; was aber besprochen wurde, weiss man nicht.

Kommunalpolitik / Hugo Lindemann

Arbeitsordnungen Vor kurzem hat der Magistrat von Charlottenburg der Stadtverordnetenversammlung eine umfangreiche Vorlage unterbreitet, die eine Neuregelung der Gehaltsverhältnisse der städtischen Beamten und der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter beabsichtigt. Die Neuregelung tritt in ihrem Gesamtumfang bereits vom 1. April 1908 ab in Wirksamkeit. Die Aufwendungen, die zur Durchführung der Vorlage erforderlich sind, belaufen sich für das Jahr 1908 auf 798 749,75 M. und im Jahre 1909 auf 780 713,50 M., sind also sehr bedeutend. Sie werden aus den durch die Etats für 1908 und 1909 bewilligten Mitteln von je 1 Mill. M. für Besoldungs- und Lohn erhöhungen gedeckt. Erfasst werden von der Neuregelung die städtischen Beamten, die durch Privatdienstvertrag angenommenen Personen, die städtischen Schwestern und die städtischen Arbeiter im ständigen Arbeitsverhältnis. Nicht einbezogen sind die Lehrer an den höheren und Gemeindeschulen sowie an den Fortbildungs- und Fachschulen. Für sie soll in einer besonderen Besoldungsordnung gesorgt werden.

Rückwirkende Kraft ist allen den Massregeln versagt worden, die nicht unmittelbar das Ziel einer Teuerungs- aufbesserung verfolgen sondern mehr oder weniger die Folge einer neuen Organisation bilden. Bei der Aufstellung der Gehaltstafel für die städtischen Beamten waren die Gesichtspunkte der Vereinfachung und Übersichtlichkeit des Besoldungsetats leitend. Gleiche Vorbildung und Gleichwertigkeit der Dienststellung sollen gleiche Besoldung bedingen. Ebenso ist angestrebt worden, dass die Höchstgehälter schneller erreicht werden. Dabei wurde jedoch an den 3jährigen Alterszulagen festgehalten, die im Reich und im Staat allgemein üblich sind. Das Vorbild Berlins, das 2jährige Alterszulagen durchgeführt hat, fand keine Nachahmung. Interessant ist in der Begründung die Bemerkung über Konferenzen, die zwischen Berlin und einer Reihe von Vorortverwaltungen über die Feststellung der Beamten-, insbesondere der Lehrerbesoldungen stattgefunden haben. Dabei ging das Bestreben dahin möglichst zu einheitlichen Grundsätzen und Normen für die Durchschnittsbesoldung zu gelangen, um die unfruchtbare Konkurrenz der Gemeinden auf diesem Gebiet zum Stillstand zu bringen.

Die Gehaltstafel erhöht den Gesamtdurchschnitt der Beamtengehälter um 541 M. pro Kopf, was einer Aufbesserung von 12,74 % entspricht. Das prozentuale Ergebnis der Aufbesserung wechselt natürlich von Stufe zu Stufe. Dabei ist die Aufbesserung in den unteren Stufen prozentual höher als in den oberen, wie sich auch aus der Durchschnittsberechnung im ganzen ergibt, dass das Prozentverhältnis der Aufbesserung bei den niedrig besoldeten Klassen höher ist als bei den höher besoldeten. Bei einigen Klassen steigt die Aufbesserung bis 21,79 %. Der Normalbesoldungsplan für die auf Privatdienst angenommenen Personen wird der Stadtverordnetenversammlung zum erstenmal vorgelegt. Mit der erheblichen Zunahme des Personals im Laufe der letzten Jahre hatte sich eine generelle Regelung ihrer Verhältnisse als notwendig herausgestellt, die vom Magistrat im Jahre 1907 vorgenommen wurde. Hier beträgt die Durchschnittsaufbesserung 527 M. pro Kopf = 18,83 %.

Die Aufstellung des Normallohnplans für die städtischen Arbeiter war dadurch kompliziert, dass eine Neuregelung der Arbeitszeit gleichzeitig mit erfolgen sollte. Am 16. Dezember 1908 hatte nämlich die Stadtverordnetenversammlung in einem Beschluss ausgesprochen, dass sie einer Verkürzung der Arbeitszeit für die ständig beschäftigten Arbeiter auf 9 Stunden sympathisch gegenüberstehe, und den Magistrat um Erwägung der Frage ersucht, in welchen Betrieben sich eine Verkürzung der Arbeitszeit ermöglichen lasse. Infolgedessen beschloss der Magistrat vom 1. Oktober ab den 9stündigen Arbeitstag in allen Verwaltungszweigen einschliesslich der Betriebsverwaltungen einzuführen, soweit nicht besondere technische Schwierigkeiten einer derartigen Massregel entgegenstehen. Der Jahresmehraufwand für diese Reform wird auf rund 160 000 M. berechnet, wovon ungefähr die Hälfte für das laufende Etatsjahr in Ansatz gebracht wird. Dabei ist vorausgesetzt, dass nicht durch organisatorische Massnahmen Verschiebungen nach oben oder nach unten veranlasst werden. Man hofft indes eine Verringerung des Bedarfs durch eine andere Verteilung der Arbeitspensen herbeiführen zu können. In der Begründung werden einige Mitteilungen über die Städte und staatlichen Verwaltungen gemacht, die bereits den allgemeinen 9- oder 9½ stündigen Ar-

beitstag eingeführt haben. Die Zahl dieser Städte ist verhältnismässig klein. Die Begründung nennt von ihnen: Frankfurt a. M., Ludwigshafen, Schöneberg, Köln, Mülhausen i. E., Hanau und München. In grösserem Umfang ist der Neunstundentag in den staatlichen Betrieben deutscher Bundesstaaten eingeführt worden, so zum Beispiel in den Reichswerften, in den Betriebswerkstätten der bayerischen, württembergischen, badischen, oldenburgischen, sächsischen und endlich auch der preussisch-hessischen Eisenbahnverwaltungen, in den Militärwerkstätten wie auch in den sämtlichen Werkstätten der österreichischen Bahnverwaltungen und der schweizerischen Bundesbahnen. In der Begründung wird ferner auch darauf hingewiesen, dass sich in der Privatindustrie die sämtlichen Massnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit bewährt haben. Es wird eine ganze Anzahl privater Betriebe in Charlottenburg namhaft gemacht, die den 9- oder 9½ stündigen Arbeitstag haben. Der 8 stündige Arbeitstag ist in Charlottenburg in den städtischen Betriebsverwaltungen mit sogenannten *Schichtbetrieben* durch Teilen der 2 in 3 Schichten bereits seit einiger Zeit eingeführt. Neben dieser Verbesserung der Arbeitsbedingungen werden in dem vorgeschlagenen Normallohnplan noch Erhöhungen der Lohnskalen vorgesehen. Doch beschränkt sich diese Erhöhung auf die Arbeiter, die nicht in städtischen Betrieben als sogenannte *Betriebsarbeiter* beschäftigt sind. Für diese letzteren Arbeiter liessen sich, wie die Begründung anführt, Normallohnsätze für längere Zeit nicht aufstellen. Die Deputationen könnten auf eine Bewegungsfreiheit nicht verzichten, die es ihnen ermöglicht sich augenblicklichen Schwankungen der Lohnbewegung anzupassen. Sie hätten infolgedessen auch im Lauf der letzten Jahre wiederholte Aufbesserungen der Löhne der ihnen unterstellten Arbeiter vorgenommen, während der für die übrigen Kammereiarbeiter aufgestellte Normallohnplan unabgeändert geblieben habe. Auch jetzt hätten die beteiligten Deputationen für die Gaswerke und Wasserwerke, Kanalisation und Krankenhäuser neue Lohnskalen für ihre Betriebsarbeiter aufgestellt, die für die beiden Jahre 1908 und 1909 Aufwendungen von 116 000 und 130 000 M. erfordern werden. Die neuen Lohnsätze sollen auch für die Zukunft nicht festgelegt werden sondern veränderlich bleiben. Man darf wohl die

Frage aufwerfen, ob eine derartige Unterscheidung zwischen den Betriebsarbeitern und den Kammereiarbeitern sachlich begründet ist. Eine gewisse Beziehung zwischen den auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt geltenden und den an die Kammereiarbeiter gezahlten Löhnen wird stets bestehen bleiben, und daher wird auch eine Anpassung an die Schwankungen in gewissem Umfange erfolgen müssen. Auf der anderen Seite wird die Notwendigkeit bestritten werden können bei den Betriebsarbeitern ständig auch den kleineren Bewegungen des allgemeinen Arbeitsmarkts zu folgen. Es würde sich im Gegenteil empfehlen gerade im Interesse der Erhaltung einer besonders leistungsfähigen Arbeiterschaft auch für sie zu einer grösseren Stetigkeit der Lohnsätze überzugehen. Eine grosse Zahl von Stadtverwaltungen mit Lohn tafeln kennt den Unterschied zwischen Kammerei- und Betriebsarbeitern, wie ihn Charlottenburg macht, nicht; die Arbeiter der Betriebswerke werden ebenso in die Lohn tabelle aufgenommen wie die der anderen Verwaltungen.

Wie bisher sollen auch in Zukunft an die Kammereiarbeiter Monatslöhne gezahlt werden. Die Betriebsarbeiter erhalten bisher Tagelöhne, doch sollen Wochenlöhne nach Möglichkeit durchgeführt werden. Auch hier sollen die Deputationen nicht durch Gemeindebeschlüsse gebunden werden, sondern die Regelung dieser Sache soll ihnen ebenso überlassen bleiben wie die Festsetzung der Löhne. Durch den neuen Normallohnplan wird der Gesamtdurchschnittslohn des ständigen Arbeiterpersonals von 1361 auf 1584 M., also um 23 M. oder 16,38 % erhöht. Prozentual ist also die Erhöhung grösser als bei der Beamtenschaft; absolut dagegen beträgt die Aufbesserung der Beamten etwa das Doppelte der der Arbeiter. Auch bei diesen ist der Durchschnittslohn in den Lohnklassen verschieden erhöht worden, so bei den Kammereiarbeitern ohne handwerksmässige oder sonstige technische Vorbildung um jährlich 219 M. oder 17,15 %; bei den handwerksmässigen oder sonst technisch vorgebildeten Arbeitern um 309 M. oder 22,14 %, bei den Aufsichtern um 308 M. oder 19,20 %, bei den Feuerwehrleuten sogar um 428 M. oder 30,64 %. Für die Löhne des nichtständigen Arbeiterpersonals ist keine Forderung eingebracht worden, da, wie es in der Begründung heisst, die den neuen Bedürfnissen entsprechenden Sätze der Verwal-

tungen durch den Haushaltsplan angefordert und befriedigt worden sind. In Verbindung mit der Neuregelung der Gehälter und Löhne prüfte der Magistrat auch die Frage der Gewährung von Familienzulagen und kam zu dem Ergebnis diese Massregel auf das wärmste zu empfehlen. Der Zusammenhang zwischen beiden Massregeln ist ein ganz loser; die Sätze in den Lohn- und Gehaltsordnungen sind ohne jede Rücksicht auf die Familienzulagen aufgestellt. Sie sollen, um die Worte der Begründung zu zitieren, die Gewähr in sich tragen den Lebensbedürfnissen der verschiedenen Besoldungs- und Lohnempfänger unter normalen Verhältnissen ohne weiteres in ausreichendem Mass zu genügen. Als eine normale Familie betrachtet der Magistrat eine solche aus 5 Köpfen, nämlich den beiden Ehegatten und 3 Kindern. Für den Unterhalt dieser Kopfzahl sollen also Gehälter und Löhne ausreichen. Wird die Anzahl überschritten, so reichen die normalen Gehälter und Löhne zur Deckung des Aufwandes ebenso wenig aus wie bei einzelnen aussergewöhnlichen Vorkommnissen (schwere Krankheiten, Todes- und sonstige Unglücksfälle). Es ist nun nach Ansicht des Magistrats ein Gebot der Billigkeit den aussergewöhnlichen Verhältnissen, die den Charakter des Dauernden an sich tragen, durch dauernde Einrichtungen entgegen zu kommen, und so will er für die stärkeren Familien durch die Gewährung von Familienzulagen sorgen. Um den verschiedenen Einwendungen gegen die Einrichtung zu begegnen, schlägt der Magistrat vor die Zulagen genügend gross zu bemessen, keinen Rechtsanspruch auf sie zu gewähren sondern für ihren Bezug die Stellung eines Antrags vorzuschreiben und ihnen den Charakter einer ausserordentlichen Zuwendung zu geben. Ferner sollen die Familienzulagen nicht auf eine Klasse des städtischen Personals beschränkt bleiben sondern allen nach gleichen Grundsätzen zu teil werden. Dabei geht die Absicht dahin jeden Schein der Willkür zu vermeiden, als ob es sich um eine persönliche, nicht auf rein sachliche Erwägungen gestützte Prämie für Wohlverhalten handele. Der Magistrat schlägt also vor den in der städtischen Verwaltung beschäftigten Personen mit 4 und mehr Kindern, für deren Unterhalt sie aufzukommen haben, auf ihren Antrag eine Familienzulage zu gewähren. Die Sätze sind in der folgenden Weise abgestuft: 1. Beamte und

Privatdienstverpflichtete erhalten bei 4 und 5 Kindern bis zu denen vollendetem 18. Lebensjahr 300 M. jährlich, bei 6 und mehr Kindern 500 M. jährlich; 2. ständige Arbeiter erhalten bei 4 und 5 Kindern eine Zulage von 10 % des regelmässigen Arbeitslohns, jedoch höchstens 300 M. jährlich, bei 6 und mehr Kindern 15 %, höchstens 500 M. Für die Festsetzung der Familienzulage ist die Zahl der Kinder und, zwecks Berechnung der Prozentsätze, der Jahresarbeitslohn nach dem Stande vom 1. März eines jeden Jahres massgebend. Die Zulage ist nicht ruhegehaltsfähig; ebenso wenig besteht ein Rechtsanspruch auf ihre Gewähr. Die von dem Charlottenburger Magistrat vorgeschlagene Konstitution der Familienzulage weicht also wesentlich von der in anderen Städten ab. Hier wird sie ohne Antrag gewährt und tritt ohne weiteres zum Gehalt oder Lohn hinzu, wenn die Bedingungen für ihre Gewährung erfüllt sind, also die vorgeschriebene Zahl der Kinder vorhanden ist. Es ist übrigens auch nicht einzusehen, weshalb es eines besonderen Antrags bedürfen soll. Der Rechtsanspruch hätte auch auf anderem Wege ausgeschlossen werden können. Es ist auch nicht anzunehmen, dass irgend ein Beamter oder Arbeiter, der Privatvermögen besitzt, den Antrag auf Gewährung der Familienzulage unterlassen wird. Eine Einwirkung seitens der städtischen Verwaltung auf die Antragsteller, bei denen keine Notwendigkeit für den Bezug von Familienzulagen vorliegt, soll ja nicht stattfinden.

X Arbeitslosigkeit Mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat sich die württembergische 2. Kammer bei Beratung des Etats des Innern zu beschäftigen gehabt. Anlass dazu gab die Forderung der Regierung auf wiederholte Bewilligung von je 20 000 M. für die beiden Jahre der Finanzperiode 1909 und 1910, die zur Fortsetzung des mit dem Jahre 1907 begonnenen Versuchs Wanderarbeitsstätten nach westfälischem Vorbild einzurichten bestimmt waren. In dem Etat 1907-1908 waren bereits je 20 000 M. bewilligt worden, die von der Regierung zum Teil zunächst zum Studium der Wanderarbeitsstätten ausserhalb Württembergs verwendet worden waren. Es war ferner ein Verein zur Einrichtung von Wanderarbeitsstätten gegründet worden. Wie bereits gesagt, schlossen sich die Vorbe-

reitungen eng an das westfälische Vorbild an. Das Wesentliche dieses Systems besteht in der Vorschrift einer bestimmten Wanderordnung und Wanderlinie für die wandernden Arbeitslosen und in der Leistung eines bestimmten Arbeitsquantums als Entgelt für die Gewährung von Obdach und Verpflegung. Mit den Wanderarbeitsstätten sind möglichst Arbeitsnachweise zu verbinden. Die Wandernden werden, je nachdem sie sich der Wanderordnung unterwerfen oder nicht, in geordnete und ungeordnete unterschieden. Die Versorgung der einen findet in den Wanderarbeitsstätten, die der anderen durch die Polizei statt. Gegen das westfälische System und seine Praxis sind von der Arbeiterschaft berechnete Klagen erhoben worden. Nicht allein der religiös engherzige Geist, der über dem Ganzen schwebt, sondern vor allem die weitgehende Beschränkung der persönlichen Freiheit des Wandernden und seine Einschränkung in eine doch mehr oder weniger polizeiliche Zwangsjacke müssen von der Arbeiterschaft mit aller Energie bekämpft werden. Sie haben daher auch die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtags veranlasst in besonderen Anträgen Änderungen des auch für Württemberg vorgeschlagenen westfälischen Systems vorzuschlagen, um es den Ansprüchen einer fortschrittlichen Sozialpolitik zu nähern. Sie schlug daher vor die eigentlichen Arbeitsstätten, also die Einrichtungen, die der Beschäftigung der Wandernden dienen, durchweg an kommunale Einrichtungen anzugliedern und ihre Verwaltung an kommunale Beamte zu übertragen. Sie sollen auch den Arbeitsnachweis verwalten, falls kein öffentlicher Arbeitsnachweis der Gemeinde vorhanden ist. Ferner verlangten die Anträge, dass für jede Wanderarbeitsstätte ein Ortsausschuss gebildet werde, zu dem Vertreter der Arbeiterorganisationen nach deren Vorschlag als vollberechtigte Mitglieder hinzuzuziehen sind. Besonderer Wert wurde darauf gelegt die Einrichtung der Herbergen nicht zum Privileg der Herbergen zur Heimat zu machen, wie das von dem *Verein zur Förderung von Wanderarbeitsstätten* und von der Regierung beabsichtigt war. Es sollten auch die Herbergseinrichtungen zugelassen werden, die von den Arbeiterorganisationen selbst oder anderen gemeinnützigen Vereinen für arbeitslose Wandernde geschaffen sind, und dem Wandernden die Auswahl unter den Her-

bergen frei gelassen bleiben. Den schweren Bedenken, die von den Arbeiterorganisationen gegen die Wanderarbeitsstätten hauptsächlich deshalb geltend gemacht wurden, weil sie von ihnen die Lieferung von Streikbrechern und die Verpflichtung der Wandernden zum Streikbruch befürchteten, suchte ein weiterer Teil des Antrags durch Festlegung der Fälle zu begegnen, in denen wandernde Arbeitslose nicht zur Annahme der ihnen angebotenen Stellen verpflichtet werden können. Es waren das: Erledigung von Stellen infolge von Streik und Aussperrung, Nichtbeachtung der in einem Tarifvertrag festgelegten oder, falls ein solcher nicht besteht, der ortsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, Anbieten von Arbeit, die nicht die des gelernten Handwerks oder ausgeübten Berufs ist. Es gelang natürlich nicht den Antrag unverändert durchzubringen. In der Kommission, der er überwiesen wurde, wurden von den bürgerlichen Parteien Abschwächungen vorgenommen, namentlich an den Bestimmungen, die den kommunalen Charakter der Wanderarbeitsstätten sichern sollten. Sie wollten die Wohltätigkeitsvereine nicht von der Betätigung auf diesem Gebiet ausschliessen und änderten daher die Bestimmungen so, dass zwar vornehmlich die kommunale Verwaltung beteiligt sein, die Wohltätigkeitsvereine aber an deren Stelle zu treten berechtigt bleiben sollten. Bereits bei den Beratungen der Finanzkommission war von den Vertretern der Sozialdemokratie Verwunderung darüber ausgesprochen worden, dass bei der Vorbereitung des Unternehmens Vertreter der organisierten Arbeiterschaft von der Regierung nicht hinzugezogen waren. Sie wiesen darauf hin — und bei den späteren Beratungen wurde dieser Hinweis wiederholt —, dass es der Regierung doch nicht gleichgültig sein könne, wenn die Einrichtung von vornherein unter dem Misstrauen und der Abneigung des grössten Teils der Arbeiterschaft ins Leben trete. Diese Ausführungen blieben auch nicht ohne Wirkung. Die Regierung räumte die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen als wünschenswert ein und gab die Versicherung ab, dass ihnen eine Vertretung auch in dem Ausschuss des *Vereins zur Förderung der Wanderarbeitsstätten* auf ihren Wunsch hin gewährt werden sollte. Die Gewerkschaften haben sich denn auch entschlossen diesem Verein beizutreten. Dabei leitete sie vor allem der Gedanke auf die

Ausführung und die Praxis der Wanderarbeitsstätten von vornherein Einfluss zu gewinnen und dadurch das Überwuchern eines polizeilichen, arbeiterfeindlichen Geistes zu verhindern. Die Berechtigung des Bestrebens für die nichtorganisierten wandernden Arbeitslosen zu sorgen — um diese handelt es sich ja in erster Linie —, sie von dem Bettel mit allen seinen demoralisierenden Folgen und von der ebenso demoralisierenden Berührung mit Polizei und Gerichten fern zu halten, wird von den Gewerkschaften durchaus anerkannt. Um so mehr liegt ihnen die Verpflichtung ob mit aller Kraft dafür zu sorgen, dass die neu zu schaffenden Einrichtungen den Ansprüchen genügen, die vom Standpunkt einer fortschrittlichen Arbeiterpolitik aus an sie zu stellen sind.

In der gleichen Zeit hatte sich die württembergische 2. Kammer mit einem Antrag der Sozialdemokratie zu beschäftigen, der von der Regierung die finanzielle Unterstützung der Gemeinden verlangte, die entweder selbständige Einrichtungen zur Unterstützung Arbeitsloser getroffen haben oder an gewerkschaftliche Organisationen mit Arbeitslosenunterstützung Beiträge zahlen (siehe Mattaut *Zur Frage der Arbeitslosenversicherung* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 693 ff.). Über den Antrag kam es sowohl in der vorbereitenden Finanzkommission wie im Plenum zu ausserordentlich lebhaften Debatten, bei denen sich die sozialpolitische Rückständigkeit der Mehrheit der demokratischen Volkspartei und der allein von parteipolitischen Gesichtspunkten bestimmte Charakter der Arbeiterpolitik des Zentrums in hellem Licht offenbarten. Das Zentrum lehnte den sozialdemokratischen Antrag ab, obgleich es seine Berechtigung zugestehen musste, und zwar deshalb, weil es eben kein Zentrumsantrag war. Es brachte seinerseits einen ganz ähnlich lautenden Antrag ein, der sich nur durch die unbestimmtere Fassung unterschied, im Grunde aber auf das gleiche hinauslief wie der sozialdemokratische Antrag. Das Ergebnis der Abstimmung war die Annahme des Zentrumsantrags, in dem die Kammer die Bereitwilligkeit aussprach Mittel zu Staatsbeiträgen an die Gemeindeverwaltungen zu bewilligen, die die Unterstützung der Arbeitslosen in geeigneter Weise organisieren. Damit ist also der Regierung freie Hand gelassen, welche kommunalen Einrichtungen

sie als geeignet und daher als der Unterstützung würdig betrachten will. Vorläufig hat die Annahme des Antrags eigentlich nur dekorative Bedeutung, da bisher noch keine Gemeindeverwaltung die Unterstützung von Arbeitslosen durch besondere Einrichtungen in Angriff genommen hat. Die Verhandlungen haben aber gezeigt, wie gering das Verständnis in bürgerlichen Kreisen für dieses so wichtige wirtschaftliche Problem ist.

X

Kurze Chronik Der Vorstand des *Deutschen Städtetags* hat gegen die Einführung einer

Reichswertzwachsteuer Ver-
wahrung eingelegt und den Wertzuwachs als Steuerobjekt für die Gemeinde reklamiert. Auch eine Konferenz der Oberbürgermeister Badens hat die gleiche Stellung eingenommen. X Auf der 3. Konferenz der *Zentralstelle für Volkswohlfahrt* zu Darmstadt forderte Professor Rubner zur Hebung der Ernährungsverhältnisse in kinderreichen Familien von den Gemeinden die Gewährung von Erziehungs- respektive Ernährungsbeiträgen, die Ausgestaltung der Organisation des Haus- und Wochenpfluges, die Ausgestaltung des Volksküchenwesens, die billige Abgabe von Naturalien durch städtische Markt- und Verkaufshallen an unterstützungsbedürftige kinderreiche Familien und die Schaffung besonderer Fürsorgeeinrichtungen zur Verhütung drohender Unterernährung von Kindern in Zeiten der Arbeitslosigkeit. X Die Gemeinde Gross Lichterfelde hat eine weitere Verlängerung des Vertrags mit der englischen Gasgesellschaft um weitere 20 Jahre vorgenommen, obwohl der bisherige Vertrag erst im Jahre 1939 erloschen wäre.

Frauenbewegung / Wally Zepler

Wahlrechtskongress Vom 26. April bis zum

1. Mai fand in London ein Kongress des *Weltbunds für Frauenstimmrecht* statt, der sowohl in der bürgerlichen wie in der sozialdemokratischen Frauenpresse Anlass zu lebhaften Erörterungen und teilweise scharfen Angriffen gegen den *Weltbund* bot. Die Ursache dazu war folgende: Es hatten sich seit dem letzten Kongress in einigen der angeschlossenen Nationen — vorwiegend in England — mehrere neue Stimmrechtsvereinigungen gebildet, die sich infolge taktischer oder prinzipieller Differenzen (*Suffragettes*

gegen *Suffragists*, und beide gegen *Adult Suffrage Society*) feindselig gegenüberstehen, und es war nun die Frage zu entscheiden, ob jeder solche nationale Verein für sich das Recht des Beitritts in den *Weltbund* besitzen sollte, da sich eine Verständigung jener Gruppen unter einander als ausgeschlossen erwies. Es handelte sich also um die Feststellung neuer Aufnahme-statuten für den *Weltbund*. Die Debatte darüber, die den bei weitem grössten Teil der Kongresszeit in Anspruch nahm, war demnach durchaus keine grundsätzliche. Sie drehte sich nicht etwa um das Prinzip: Kampf für das allgemeine oder für das in den einzelnen Ländern jeweilig bestehende Wahlrecht, sondern die sehr abweichenden prinzipiellen Grundanschauungen der verschiedenen Vereine platzten nur bei Gelegenheit der Statutenberatung überall heftig auf einander. Erkennbar ist nur das eine, dass man ganz allgemein denjenigen Vereinigungen, die in Prinzip oder Taktik sehr radikal vorzugehen schienen, den Beitritt zu dem internationalen Bund zu wehren suchte, in der fortdauernd ausgesprochenen Befürchtung, in dem oder jenem Lande könne zu weitgehender taktischer oder grundsätzlicher Radikalismus der Sache des Frauenstimmrechts schaden. So votierte schliesslich die Majorität des Kongresses vor lauter ängstlicher Rücksichtnahme auf mögliche Wirkungen Aufnahme-statuten, die nach aussen das reaktionärste Gepräge tragen und auch innerhalb des *Weltbunds* reaktionäre Wirkungen üben müssen. Und die zudem noch im Sinn der bürgerlichen Stimmrechtsbewegung selbst taktisch so verfehlt wie möglich sind, weil sie nicht nur alle für allgemeines Stimmrecht kämpfenden Frauenvereinigungen sondern ausserdem die bedeutendsten und machtvollsten Verbände, wie vor allem die *Suffragettes*, von dem internationalen Bund ausschliessen. Letzteres auf grund eines anscheinend gleichgültigen Paragraphen, der bestimmt, dass nur solche Verbände aufgenommen werden sollen, deren Mitglieder einen jährlichen Beitrag zahlen, während der ominöse Hauptparagraph 1 lautet: »Die aufzunehmende Vereinigung muss die Erlangung des Frauenstimmrechts zum einzigen [sole] Ziel haben.«

Konsequenterweise hätten nun nach Annahme dieses Paragraphen sofort alle die Vereine aus dem Bund ausscheiden müssen, die — wie der deutsche — auf

dem Boden des allgemeinen Stimmrechts stehen und dessen Einführung erkämpfen wollen. Auf eine Anfrage wurde aber den Deutschen die Antwort zu teil, der neue Paragraph bezöge sich ja nur auf neu aufzunehmende, nicht auf bereits angeschlossene Vereine, und mit dieser merkwürdigen Erklärung gaben sich die Deutschen denn auch zufrieden. Das ist natürlich ein Widersinn ohnegleichem. Entweder — oder. Es kann bei einer Prinzipienfrage doch nicht der Zufall entscheidend sein, ob ein Verband bis jetzt bereits aufgenommen war oder nicht.

Indessen über den ganzen Verlauf der Dinge eine besondere Verwunderung zu bekunden liegt trotz alledem schwerlich ein Anlass vor. Wenn die Parteipresse, neben dem *Vorwärts* vor allem die *Gleichheit*, in den Vorgängen auf dem Kongress den Beweis zu finden glaubt, dass der *Weltbund* »die Verkörperung der beschränkten Klasseninteressen und des Trachtens nach einem politischen Monopol der besitzenden Damen« darstellt und sich darauf beruft, dass sie diese Entwicklung von Anfang an vorausgesagt habe, so kann ich diese Auffassung nicht teilen. Da mehrere Nationalverbände wie der deutsche das allgemeine Wahlrecht auf ihre Fahne geschrieben haben, obwohl seine Mitglieder ebenfalls durchweg Bürgerliche sind, worin läge der innere Grund, dass sich nicht auch der *Weltbund* allmählich nach der Seite des allgemeinen Wahlrechts entwickeln könnte? Sehr bald wird das allerdings nicht geschehen, einfach deshalb nicht, weil er in seiner internationalen Mitgliedschaft Frauen der verschiedensten nationalen und persönlichen Anschauungskreise umfasst, von sehr konservativen zu sehr radikalen, die weiter nichts mit einander gemein haben als das Bekenntnis zur politischen Gleichberechtigung des Weibes mit dem Manne. Man kann sehr berechtigterweise fragen, ob Zusammenschlüsse dieser Art überhaupt jemals der Bewegung, der sie dienen sollen, irgend welchen Nutzen gewähren können, oder ob sie nicht vielmehr hemmend auf die fortschrittlichen Elemente wirken müssen, weil eine Einigung in solchem Falle eben meist nur auf Grundlage der schwächsten Forderungen zu erzielen ist. Man kann — wie mit sehr starkem Recht für diesen Kongress — grobe taktische Fehler und Inkonsequenzen des Vorgehens bemängeln. Aber es ist doch von bürgerlichen

Stimmrechtlerinnen nicht *eo ipso* zu verlangen, dass sie insgesamt für das allgemeine Wahlrecht eintreten sollten. Diese Forderung war an sich nie die Grundlage ihrer Organisation sondern nur die Forderung der Gleichberechtigung, die Konservative so gut wie Radikale erheben können. Und es ist andererseits ebenso wenig begründet, wie das in der Partei in dieser Frage wieder und wieder geschieht, den bürgerlichen Stimmrechtskämpferinnen durchaus den Kampf für *Klasseninteressen* zu unterstellen. Die wirkliche Sachlage ist klar genug. Die Frauen kämpfen, wie gesagt, für politische Gleichstellung der Geschlechter, also für reine *Geschlechtsinteressen*, und soweit für alle Klassen vorläufig *Geschlechtsunterdrückung* besteht, haben sie auch in gewissem Sinne recht mit der Behauptung, dass für alle Frauen noch bestimmte gemeinsame Kampfziele gesteckt sind. Nebenbei bemerkt: Wenn wir Sozialdemokratinnen es ablehnen für diese gemeinsamen Ziele gemeinsam mit den Bürgerlichen zu kämpfen, so geschieht dies aus der selbstverständlichen Zweckmäßigkeitserwägung, dass wir als die unendlich stärkeren in einem solchen Bündnis nichts zu gewinnen, dagegen viel Kraft unnütz zu verlieren hätten, und dass für uns die sehr viel natürlichere und sehr viel machtvollere Bundesgenossenschaft auch für diese Forderungen in der Gesamtheit der männlichen Parteimitglieder liegt. Im Augenblick, da jene gemeinsamen Ziele erreicht wären, würden die verschiedenen politischen Überzeugungen und die verschiedenen Klasseninteressen auf einander stossen, genau wie heute bereits bei den Männern. Die ehrlichen Demokratinnen würden dann mit den Sozialisten für allgemeines Wahlrecht weiterkämpfen, die konservativen Frauen sich dagegen wehren.

Für uns Sozialdemokraten besteht bei der gegenwärtigen Lage der Dinge hauptsächlich die Frage, ob nicht die politische Gleichberechtigung der Geschlechter schon an sich einen eminenten sozialen und kulturellen Fortschritt auch für die Arbeiterschaft in sich schliesse. Ich persönlich glaube das und stehe nicht an zu erklären, dass ich bedenkenlos zugriffe, wenn den Frauen heute zum Beispiel selbst das reaktionäre kommunale Wahlrecht geboten würde, wie es bei uns besteht. Ich würde darin im Gegensatz zu der Majorität der Parteigenössinnen nicht eine Stärkung sondern eine

Schwächung der Reaktion sehen. Denn die Frauen, allen voran die Proletarierinnen, wären dann — abgesehen von dem unschätzbaren Nutzen selbst nur ganz weniger weiblicher proletarischer Abgeordneter — in den Wahlkampf mit hineingerissen, und uns wäre damit das vorzüglichste Mittel in die Hand gegeben ihr politisches und öffentliches Interesse lebhaft zu entfachen. Und böte nachher der reaktionäre Teil der bürgerlichen Frauen auch alle seine Kraft auf die weitere Ausdehnung des Wahlrechts zu hinterreiben, so gäbe es doch schwerlich für sie ein Mittel, das das Proletariat verhindern könnte seinerseits in umgekehrtem Sinne für allgemeines Wahlrecht weiterzukämpfen, ebenso wie die Partei das jetzt bereits tut. Dann aber hätten wir die proletarischen Frauen zu ganz anders interessierten Mitstreiterinnen als heute. Gälte übrigens für die männliche Arbeiterschaft nicht ganz die selbe Auffassung sehr allgemein in der Partei, weshalb beteiligen wir uns dann an dem Wahlkampf für Abgeordnetenhaus und Kommune und nehmen an deren Verhandlungen teil?

Für uns in Deutschland ist das ganze ja vorläufig eine reine Doktorfrage, zu deren Erwähnung mich augenblicklich unter anderem die Kontroverse zwischen der Genossin Wurm und dem Genossen Hirsch in der *Gleichheit* veranlasst hat. Sehr aktuelle Bedeutung besitzt das Problem dagegen bekanntlich in England, wo sie in der entgegengesetzten Stellungnahme der *I. L. P.* und der *S. D. P.* zum Frauenstimmrecht lebhaft genug zum Ausdruck kommt.

× **Bund für Mut-** Die 2. Generalversammlung **tererschutz** des Deutschen Bundes für

Mutterschutz fand vom 13.

bis zum 16. April in Hamburg statt. Die Referate erstreckten sich auf die verschiedensten Themen, die in die beiden Hauptrubriken *Mutterschutz und Volksgesundheit* und *Ethische und soziale Mutterschutzprobleme* gegliedert waren. Um irgend welche praktischen Ziele oder eine Stellungnahme zu realen Fragen handelte es sich nur bei ganz wenigen Punkten in den langatmigen Resolutionen, die nach jedem Vortrag angenommen wurden. Wesentlich Neues wurde auch hier nirgends gefordert. Den Hauptwert legte der Bund offenbar auf die ethische Seite der sexuellen Probleme. Ein voller Tag war beispielsweise dem Referat des Dr. Meyer-Benfey über die sittlichen

Grundlagen der Ehe und der Diskussion darüber gewidmet. Die Resolution, die über diesen Punkt angenommen wurde, ist äusserst charakteristisch für die im wahrsten Sinne ideologische, oft bis zur Komik wirklichkeitsferne Propaganda, die der Bund für seine Ideen treibt. Oder muss es nicht in der Tat merkwürdig wirken, wenn uns nach langen Diskussionen in wohlgefassten Paragraphen verkündet wird: »Ausser dieser Idealehe sind in Rücksicht auf wirtschaftliche Verhältnisse auch andere Formen des Geschlechtsverkehrs als sittlich berechtigt anzuerkennen . . .« Oder: »Die wahre Ehe muss sich auf das Gefühl voller seelischer Gemeinschaft gründen. Bloss sinnliche Anziehung kann nicht die sittliche Grundlage einer Ehe sein. Unsittlich sind alle Ehen die aus Berechnung und um eines äusseren, dem Wesen der Ehe fremden Zweckes willen eingegangen sind.«

Phantasien darüber, wie die Geschlechtsbeziehungen sind, und wie sie sein sollten, sind ja ein recht amüsanter Spekulationsgebiet für den einzelnen; jeder Soziologe aber, der praktisch wirken will, müsste sich wohl heutzutage klar sein, dass es die wirklichen Ehen auch noch nicht um ein Haar breit ändern kann, wenn man noch so feierlich proklamiert, dass »die wahre Ehe sich auf das Gefühl voller seelischer Gemeinschaft gründen muss«, oder dass in der Ehe »jede grundsätzliche Unterordnung des einen Teils unter den andern ihrem sittlichen Wesen zuwider ist«. Wir glauben heute alle mehr oder weniger an eine allmähliche Wandlung der Formen wie der Wertungen des sexuellen Lebens in der näheren Zukunft. Indessen doch nur an eine solche, die die wirtschaftlichen und geistigen Strömungen unserer Zeit von selbst mit sich bringen, Wandlungen, die wir wohl konstatieren können, so wie wir sie zu sehen glauben, die aber nun und nimmer durch edle Wünsche zu beeinflussen sind.

× ×
Kurze Chronik In Baden wird demnächst die erste Mutterschaftskasse mit Unterstützung der badischen Landesversicherungsanstalt und des Karlsruher Stadtrats eröffnet. × Der Antrag des Konstitutionsausschusses auf Einführung des politischen Wahlrechts für Frauen wurde von der 2. Kammer des schwedischen Landtags angenommen, dagegen von der 1. Kammer verworfen: ×

In der ersten Hälfte des März haben in Dänemark zum erstenmal unter Mitbeteiligung der Frauen die Wahlen zu den Gemeindevertretungen stattgefunden. Es sind im ganzen 60 Frauen gewählt worden, darunter 18 Sozialdemokratinnen.

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Ricardos Grundrententheorie Ricardo bildet, nicht nach dem Umfang seiner ökonomischen Untersuchungen, hierin steht er weit hinter seinem grossen Vorgänger Adam Smith zurück, wohl aber durch die Energie, mit der er den Gesamtzusammenhang der kapitalistischen Volkswirtschaft in einheitlicher Weise methodisch zu begreifen sucht, den Gipfelpunkt der klassischen bürgerlichen Ökonomie. In ihm erhält sie ihre reifste Form, an die Marx' ökonomische Kritik in *Kapital* umbildend anknüpft. Selbst noch durchaus in den Schranken bürgerlichen Bewusstseins befangen, dem die gegebene Wirtschaftsform im Wesenskern ihrer Ordnung als unverrückbar gilt, liegt Ricardo doch jede apologetisch-schönfärbende Absicht, wie sie sich gegenüber der immer schärfer einsetzenden sozialistischen Gesellschaftskritik in der späteren *Vulgärökonomie* breit macht, durchaus fern. Er verhüllt nicht, er entschleierte und scheut vor keiner Konsequenz zurück; er macht nach Marx' vorzüglich charakterisierender Bemerkung »den Gegensatz der Klasseninteressen, des Arbeitslohns und des Profits, des Profits und der Grundrente zum Springpunkt seiner Forschungen, indem er diesen Gegensatz naiv als gesellschaftliches Naturgesetz auffasst. Sein leitender Gesichtspunkt ist dabei der schon bei Adam Smith auftauchende, indes von diesem in der Untersuchung immer wieder fallen gelassene Gedanke, dass sich der Tauschwert und damit der Preis der Waren nach der zu ihrer Produktion erheischten Menge Arbeit richte, und dass demzufolge der im Kapitalprofit sich darstellende Preisüberschuss der produzierten Waren über ihre Produktionskosten darauf zurückzuführen sei, dass die von den Kapitalisten beschäftigten Arbeiter mehr Arbeit zu leisten gezwungen werden als sie nach dem ihren Reallohn regelnden Gesetz in Warenform — das heisst in Gestalt der mit ihrem Geldlohn käuflichen notwendigen Lebens-

mittel — zurückerhalten. Mit dieser grundlegenden Idee, dass die Warenpreise, wenigstens ihrer allgemeinsten Tendenz nach, durch den zur Produktion der Waren notwendigen Arbeitsaufwand reguliert werden, steht auch seine berühmte Grundrententheorie in organischem Zusammenhang. Er will zeigen, dass auch die Ackerbauprodukte letztlich dem selben Preisgesetz wie die der Industrie unterliegen, dass die Existenz der landwirtschaftlichen Grundrente als eines den gewöhnlichen Profitsatz übersteigenden Extraüberschusses, den die landwirtschaftlichen Grundeigentümer beziehen, mit jenem Gesetz wohl vereinbar ist.

Auf den verschiedenen Bodenklassen, so argumentiert er, variieren natürlich je nach der Bodenfruchtbarkeit die Arbeits- und damit die Produktionskosten, die zur Erzeugung eines bestimmten Getreidequantums notwendig sind. Der Umfang des volkswirtschaftlich überhaupt in Kultur zu nehmenden Gesamtareals hängt von der mit der Volksvermehrung ständig steigenden Gesamtnachfrage nach Bodenfrüchten — als deren allgemeiner Repräsentant ihm das Getreide gilt — ab. Um wirksam oder kaufkräftig zu sein, muss aber diese Nachfrage den landwirtschaftlichen Unternehmern für ihr Produkt einen Preis bieten, in dem die Anbauer der relativ unfruchtbarsten Bodenklassen innerhalb des kultivierten Gesamtareals: also die bei Anwendung normal durchschnittlicher Technik mit dem grössten Arbeits- und Kostenaufwand produzierenden landwirtschaftlichen Unternehmer noch ihre Produktionskosten mit dem durchschnittlichen, in der Industrie üblichen Gewinnsatz zurückerhalten. Sonst würden diese ja nicht produzieren, und die Gesamtnachfrage bliebe teilweise ungedeckt. So regelt sich vom Standpunkte der agrarischen Grenzproduzenten aus gesehen, der Getreidepreis durchaus in Übereinstimmung mit dem der Industrieprodukte, ohne einen Extragewinn abzuwerfen, der die Basis für einen Monopolverpreis der relativ schlechtesten Bodenklassen werden könnte. Hingegen müssen alle Anbauer der besseren Bodenklassen, in dem Masse wie der Arbeits- und Kostenaufwand, dessen sie zur Erzeugung eines bestimmten Getreidequantums benötigen, hinter dem auf der relativ schlechtesten Bodenklasse notwendigen zurückbleibt, auf Grundlage des so bestimmten Getreidepreises beim Verkauf

einen Preisüberschuss beziehen: ein Plus, das sie, wofern sie Pächter des Bodens sind, den Eigentümern für die blosser Erlaubnis zur Bodennutzung als Grundrente zu entrichten haben, und das, kapitalisiert, den reinen Bodenpreis ergibt, der von jedem neuen Käufer solcher Grundstücke, noch ganz abgesehen vom Preis für das auf dem Gut vorhandene Inventar, zu zahlen ist. Etwas Analoges wie für die durch bessere Bodenqualität gilt dann auch für die durch bessere Verkehrsanlage bevorzugten Güter, deren Produzenten weniger als die durchschnittlichen Transportkosten zu tragen haben.

Das sind die allgemeinsten Wesenszüge von Ricardos Rententheorie, die Marx im 3. Band seines *Kapitals* mit gewissen Ergänzungen und Korrekturen weiterführt. Die wichtigste dieser Ergänzungen bildet der Hinweis, dass Ricardo, so sehr er sonst auch mit dieser seiner Erklärung der kapitalistischen Grundrente aus Produktivitätsdifferenzen des Bodens recht hat, insofern übers Ziel schießt als er die Möglichkeit von Grundrente auf den schlechtesten noch kultivierten Bodenklassen bestreitet. Auch diese haben ihren Eigentümer, der sie anderen zur Bebauung selbstverständlich nur gegen ein Entgelt überlassen wird, also gegen Zahlung von Grundrente, mag sie auch pro Flächeneinheit im Verhältnis zu der auf den bevorzugten Bodenklassen klein erscheinen. Diese in dem privaten Eigentumsrecht am Boden von vornherein, noch abgesehen von allen seinen Bonitätsunterschieden, begründete nennt Marx die *absolute Grundrente*, jene die *Differentialrente*. Prinzipiell bedeutsam in mancherlei Hinsicht, wie diese Ergänzung ist, wird man indessen kaum die aus diesem Umstand resultierende Erhöhung der Bodenproduktpreise über den von Ricardo behaupteten Normalatz: Produktionskosten auf der schlechtesten Bodenklasse vermehrt um den Durchschnittsprofit, als sehr erheblich veranschlagen dürfen. . . . Der Angriff, den Franz Oppenheimer — der Autor der hier eingehend besprochenen Bücher *Grossgrundbesitz und soziale Frage* und *Das Grundgesetz der Marxschen Gesellschaftslehre* (siehe meine Artikel *Grossgrundbesitz und soziale Frage* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1898, pag. 405 ff. und *Zur Theorie der industriellen Reservearmee*, *ibid.*, 1904, 1. Band, pag. 120 ff.) — in seiner neuesten Schrift *David Ricardos*

Grundrententheorie /Berlin, Reimer/ gegen die Auffassung des grossen englischen Nationalökonomens richtet, beruht auf einer merkwürdigen Interpretation. Er konstruiert sich einen Ricardo, der bewusst oder unbewusst, in seiner Erklärung der Grundrente durch das Ziel geleitet wird die Existenz der Rente gegenüber der sich damals schon regenden agrarsozialistischen Polemik unter naturrechtlichen Gesichtspunkten zu rechtfertigen. Wenn Ricardo sich um den Nachweis bemühe, dass der Getreidepreis sich in der angegebenen Weise bestimme, so solle damit letzthin bewiesen werden, dass die Bodenproduktpreise dem allgemeinen Prinzip der freien Konkurrenz unterworfen seien und die Grundrente der Bodeneigentümer darum einwandfrei sei, weil sie keinerlei auf Ausbeutung fremder Arbeitsleistung basiertes Monopoleinkommen darstelle. Gerade so als ob Ricardo, der den Profit, der Sache nach ähnlich wie Marx, aus der bei der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft den Arbeitern abgezwungenen Mehrarbeit erklärt, der »den Gegensatz der Klasseninteressen zum Springpunkt seiner Untersuchung macht«, zu jenen seichten Harmonieaposteln gehörte, die, wenn eine wirtschaftliche Erscheinung unter Voraussetzung der in der bürgerlichen Gesellschaft nun einmal gegebenen Eigentumsverhältnisse nach Regeln freier Konkurrenz ableitbar ist, damit den Nachweis erbracht glauben, dass sie dann auch schon irgend einem verschwommenen Ideal naturrechtlicher Interessenharmonie entspreche! Ist etwa die Grundrente, die Grossgrundbesitzer und Verpächter auf den besseren Bodenklassen vereinnahmen, darum weniger arbeitsloses Einkommen, wenn die Bebauer der schlechtesten Bodenklassen nur die Produktionskosten mit dem gewöhnlichen Profitaufschlag beim Verkauf ihrer Ernte zurückerhalten? Impliziert nicht jedes arbeitslose Einkommen, vom Standpunkt des wirtschaftlichen Gesamtprozesses betrachtet, sei es äquivalentlose Ausbeutung fremder Arbeitsleistung oder äquivalentlose Aneignung von Mehrprodukt, dass andere volkswirtschaftliche Funktionäre durch solche Ausbeutung gewonnen haben? Und das soll just Ricardo übersehen haben? Er, der so wenig Apologet des Grundrenteneinkommens war, dass er vielmehr von dessen mit dem volkswirtschaftlichen Nahrungsbedarf tendenziell steigenden

Erhöhung eine Bedrohung der industriellen Profite — der eigentlichen Springfeder, die die Räder des ökonomischen Mechanismus in Gang halte — befürchtete; er, der den Gegnern der rentesteigernden Kornzölle die besten theoretischen Argumente lieferte? Marx, der Ricardos Grundrententheorie durch jenen Hinweis auf die absolute Grundrente korrigiert und wahrlich überall die feinste Witterung für jede Verfälschung theoretischer Einsichten durch das Hineinspielen advokatorisch-idealogisierter Klasseninteressen hat, deutet mit keinem Wort einen solchen Argwohn an. Der Oppenheimersche Angriff, sofern er zeigen will, dass die von Privaten angeeignete Rente im kapitalistischen System, auch wenn die Getreidepreise sich nach dem von Ricardo entwickelten Modus bilden, nicht auf Arbeit sondern auf blosse Eigentumstitel gegründetes Monopoleinkommen sei, rennt deshalb, scheint mir, offene Türen ein.

Was Ricardo, wenn er einen unmittelbaren Druck der Grundrente auf das Lohn-einkommen bestreitet, in Wahrheit meint, ergibt sich, ohne jede Spur von solcher Absicht ganz einfach als logische Konsequenz aus seinem *ehernen Lohngesetz*, wonach die kapitalistische, auf Lohnarbeit fundierte Wirtschaftsweise die Tendenz hat die Löhne auf die Dauer immer nach dem Existenzminimum zu bestimmen. Dies einmal unterstellt, folgt, dass der Vorteil aus niedrigen Getreidepreisen und dementsprechend niedriger, eventuell in Wegfall kommender Grundrente der Unternehmerklasse, die dann dementsprechend niedrigere Geldlöhne zur Existenzfristung zahlen würde, zu gute kommen müsste, wie umgekehrt, dass teure Getreidepreise und dementsprechend hohe Grundrente, wenn anders die Arbeiter nach wie vor das Existenzminimum erhalten sollen, für die Unternehmer erhöhte Geldlöhne und damit Steigerung der Produktionskosten auf Kosten des Profits zur Folge haben müssen. Was ja im allgemeinen auch der Marxschen Auffassung entspricht, dass die Grundrente eine Absplitterung des von den Unternehmern aus den Arbeitern herausgeschlagenen Mehrwerts, einen aus diesem Mehrwert zu entrichtenden Tribut darstellt. Von einer kritischen Auseinandersetzung mit dieser Seite des Ricardoschen Systems, die für eine umfassende Würdigung seiner Grundrententheorie höchste Bedeutung

hat, ist in dem Oppenheimerschen Buch nicht die Rede. Dafür wiederholt es in breiter Ausführung jene aus *Grossgrundbesitz und sozialer Frage* bekannnten und bei Besprechung jenes Werks hier früher kritisierten Thesen, dass der aus der feudalen Gewaltherrschaft vererbte Grossgrundbesitz das einzige *primäre Monopol* in der bürgerlichen Wirtschaft sei, dessen Ausmerzung die allerschönste Gerechtigkeit und Harmonie bei freier Konkurrenz garantieren würde.

× **Kurze Chronik** Im Verlag des *Vorwärts* erschien ein Vortrag Eduard Bernsteins *Die Natur und die Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaft*, der das Thema durch ein übersichtlich gruppiertes und reichhaltiges Tatsachenmaterial illustriert. × Der M. - Gladbacher *Volksvereinsverlag* publizierte ein populär instruktives Büchlein der bekannten evangelischsozialen Schriftstellerin Frau Gnauck-Kuehne *Das soziale Gemeinschaftsleben im Deutschen Reich*. Die Arbeit ist von der Verfasserin in erster Reihe als ein Leitfaden für soziale Frauenschulen und für die Bildungsanstalten gedacht, die von der Reform der höheren Mädchenschulen zu erwarten sind.

× **Literatur** Unter dem Titel *Was will die Zeit?* /Berlin, Verlag *Soziales Erkennen/* gibt Genosse Eduard Bernstein *Leitsätze aus den Schriften der Begründer des Sozialismus*, gesammelt von Dr. Curt Barday und Dr. Erich Max, heraus. Marx, Engels, Lassalle, Rodbertus, Saint-Simon, Fourier, Proudhon, Owen, Babeuf sind auf den 300 Seiten berücksichtigt. Die Sammlung enthält ein in vielerlei Hinsicht wertvolles, anregendes Material. Nur wäre dringend zu wünschen, dass bei einer neuen Auflage der unverhältnismässig grosse Platz, der von den Sammlern dem unerträglichen Schwadronneur Proudhon eingeräumt ist, gründlich beschnitten würde. Der so ersparte Raum könnte dann in erster Reihe dem jetzt mit ein paar Seiten abgepeisten Saint-Simon zugewendet werden. × Leser, die sich mit dem Marxschen *Kapital* oder doch dessen 1. Band beschäftigt haben, finden in den *Volkswirtschaftlichen Grundbegriffen* des Genossen Dr. H. Duncker /Stuttgart, Dietz/, eine lehrreiche Rekapitulation des Gedankenganges der Marxschen Theorien. Nur die graphischen Dar-

stellungen im 8. Abschnitt sind meines Erachtens überflüssig, eine rein textliche Erläuterung möchte hier zweckmässiger sein. × In der Sammlung *Kultur und Fortschritt* /Leipzig, Dietrich/ bespricht Dr. Otto Neurath die Frage der *Allgemeinen Einführung des volkswirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Unterrichts*. Das Programm, das er entwirft, enthält auch für Vortragende in Arbeiterbildungskursen mancherlei verwendbare Fingerzeige und Andeutungen. × Der Parteigenosse Robert Michels, seit längerer Zeit an einer italienischen Universität als Dozent für Nationalökonomie habilitiert, hat eine ausführliche fast 400 Seiten starke Studie über die italienische Sozialdemokratie *Il Proletariato e la Borghesia nel movimento Socialistica Italiano* /Turin, Bocca/ publiziert. × Der selbe Autor hat in Adlers Sammlung der *Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik* /Leipzig, Hirschfeld/ Enrico Ferris Broschüre *Die revolutionäre Methode* übersetzt. Im Vorwort hierzu gibt er eine instruktive Übersicht über die Entwicklung der Theorien im modernen Sozialismus Italiens. × Unter dem Titel *Gewinnbeteiligung und Ertragslohn* /Dresden, Böhmert/ bespricht und kritisiert Hans Brandt die über die Teilnahme der Arbeiter am Reingewinn aufgestellten Theorien. × Die populäre *Geschichte der Nationalökonomie* Rudolf Dama schkes /Jena, Gustav Fischer/, die der als Bodenreformer bekannte Verfasser im Anschluss an seine Vorträge in der Berliner *Freien Hochschule* schrieb, liegt jetzt, nach einem Zeitraum von 4 Jahren, bereits in 4. Auflage vor. Die Hauptkapitel handeln über den Merkantilismus, die liberale Schule, Liszts nationales System, den Kommunismus, und die Bodenreform. × Professor Böhm-lingk gibt in einem Band von mässigem Umfang unter dem Titel *Bismarck als Nationalökonom* /Leipzig, Eckardt/ einen Überblick über die wirtschaftspolitischen Anschauungen und die Praxis des ersten Reichskanzlers.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Prostituerten-Nach sorgsam gesammelten Dokumenten, nach Studien von Polizei- und Gefängnisakten hat der Franzose Victor Marguerite den Roman von der Prostitution geschrieben, den ich vor einiger

Zeit hier anzeigen könnte (siehe diese Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften* 1908, 2. Band, pag. 968), dessen Verdeutschung leider sehr unzulänglich ist. Nun ist auch der deutschen Dirne, besser und deutlicher, der deutschen Prostituierten, ein Erzähler gekommen. Eine Frau hat aus dem Leben der Wiener Bordellmädchen einen Roman geschrieben. Das Buch heisst *Der heilige Skarabäus* / Berlin, S. Fischer/, seine Verfasserin ist Else Jerusalem. Die Dame hat nachträglich über die einzelnen Motive ihres Buchs, über dessen Persönlichkeiten und Schicksale eine Studie veröffentlicht. Danach wollte sie, konnte sie, nach der Art ihres Dichtewesens keinen Roman der Dokumente geben. Allein ein Schaffen der Phantasie, ein Verspinnen des Herzens in geliebte Menschengeschicke war ihr Werk. So beichtet sie. Fehler und Tugend des Buchs erklärt diese Beichte. Denn während wir bei dem Franzosen zum Beispiel niemals vom Erdboden emporgehoben werden, während er uns immer gewissenhaft in dieses *Laster* hineinzieht, *singt* die Jerusalem davon, stimmt sie ein Hoheslied davon an, gibt sie ihre Stimme zu schönen Bildern und zu kühnen Metaphern her, ist die Lösung ihres Themas ein romantischer Traum, die Schöpfung einer Lichtwelt aus jener Welt der Prostitution. Das Weib, das nämlich in dem Wiener Bordell aufwächst, ist ein seltsam Wesen, ein starker Mensch, der sich trotz Schande und Schmutz zu einer grossen Reinheit und Rechlichkeit emporarbeitet, der am Ende, vielmehr auf der Höhe seines Lebens, als ein Hort des Schönsten und Sittlichsten dasteht. Das ist die Keuschheit und das Glück des unmündigen, nach einem blöden Gesetz *illegitim* genannten Kindes. Die Mutter dieser geläuterten Prostituierten ist ein vollkommenes *Mensch* gewesen, eine Königin ihres Standes. Aber sie ist eingegangen am Fieber ihres Bluts und am Trunk. Im Freudenhaus wurde die Tochter geboren. Sie wacht als kleines Mädchen darüber, dass alle Besucher ihrer Mutter ungestört und fröhlich die Stunden verbringen. Sie ist der Liebling und auch der Schrecken der Bordellmädchen, da sie schon mit winzigen Händen Zucht und Ordnung in ihre Unzucht und Unordnung bringen möchte. Dann ist sie erst Magd im Bordell und Dienerin in den Stuben der Liebe. Bald wächst sie, wird seltsam, verwirrend, und sie wird

eine bediente Insassin, eine gutbezahlte Einwohnerin in den Stuben der Liebe. Sie bleibt das nicht. Einer neuen Freudenmutter entreisst sie durch ihre Klugheit, ihren diplomatischen Blick und ihre kaufmännische Begabung das Regiment, und sie wird die Regierende, die Gebietende, die Rechnende, die allen Mädchen überlegene Beraterin. Ihr Körper ruht von der Liebe aus. Da wird ihr Geist wach, und ihre Seele fängt zu bangen an. All das weckt in ihr ein Mann, der aus einer gesunden, starken, kunstvollen, empfindsamen Welt kommt, ein Mann von Wissen und von Zärtlichkeit, der sich in Liebe zu ihr verstrickt, der in ihr das erlesene Gemüt wittert und es sich gewinnen möchte für immer. Es kommt nicht so. Dem Bürgerssohn begegnen Hindernisse. Seine Überschwenglichkeit wird erst abgelöst durch Verzweiflung, hiernach Ernüchterung, endlich durch gewöhnliche, schlimme, alltägliche Gesinnung. Die Liebste und die Gattin, die er sich aus dem Freudenhaus holen wollte, wird durch ein Lösegeld abgefunden. Sie verzweifelt nicht. Sie kämpft schwer, furchtbar ernst, erschütternd, seltsam wie ihr ganzes Wesen ist. Sie schafft mit dem Gelde für die Kinder der Prostituierten ein Asyl hoch in den reinen, frischen, herrlichen Bergen, eine Unterkunft, in der die verlorenen Kinder gesunden sollen von ihren Müttern. Sie selber hat von ihrer Mutter genesen müssen, um sich zu so viel freier, ranker und fester Menschlichkeit zu erholen. Alles siehe Gezücht aus den Häusern der Unzucht möchte sie zu sich hinaufziehen. Und mit diesem Traum, mit dieser Sehnsucht beschwert, weilt sie ihr Asyl. Mit zwiespältiger Empfindung habe ich das Buch gelesen. Man fühlte das schöne Herz der Verfasserin, und auch ihr schönes Talent zum Schildern. Dennoch musste ich mir sagen, dass dem Buch ausser der Schilderung nichts Gutes innewohnt. Dieser Schluss mit dem Kinderasyl, das ganze Gerede und Vorbereiten davon, das ist so seicht, ist nicht Kunstwirklichkeit geworden, ist in der Trockenheit der schwärmerischen Verfasserin stecken geblieben, die für einen akademischen Gedanken keine Dichtungsform erfand. Gewiss und ja, Frau Jerusalem hat besonders im ersten Teil des Buchs einige ergreifende Elendbilder gegeben. Ihre Sachlichkeit bestach sogar oft, wenn sie ohne Hass und ohne Reue von widerlichen Dingen und Menschen redete. Doch ihre Predigt, o, ich

las sie gar nicht gern und mit Verstimmung.

Frau Jerusalem hat sehr viel Preis gefunden. Und da möchte ich die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen ihre Kritiker zu kritisieren. Diese Männer sind insofern schlechte Naturalisten als sie in moralischem Atavismus die Prostitution für etwas Romantisches halten. Sie hängen der bourgeois Anständigkeit an und reden von der Prostitution entweder in pikanter Abwehr, in zotiger Witzerei, oder in romantischer Schöngeisterstimmung. *Cochon mélancholique* sagt Mirbeau sehr gut von einem der Sorte, nämlich vom gealterten Bourget. Die Jerusalem, die es so ehrlich und sauber gemeint hat, wurde von dieser Sorte zu hoch belobt. Die wurde durch ein stoffliches Interesse zu ihrem Buch hingeführt. Die kennt zwar aus genügender Erfahrung die Freudenhäuser, aber sie mag sie literarisch doch lieber mit Butzenscheiben, mit Weihrauch und Mondschein, mit einem Wort: ein romantisches Bordell. Sie liest ungern, da sie das Kritisieren als einen Zwang, nicht als ein Seelenbedürfnis betrachtet. Diesmal wurde ihre unzulängliche Geduld gestachelt und befeuert. Daher las sie und fand das Gelesene gut. Sie hat auch ihren Frauen das Buch empfohlen. Dagegen habe ich gar nichts. Aber ich finde nur, dass phantastische Bücher vom Dirnentum für Männer, Frauen und Kinder ohne selbständiges Urteil ebenso schädlich sind wie übertriebene Heiligenbücher und zur Unnatur reizende Psalmenbreviere.

× **Bartsch** ×
 Da für Österreich ein junger, lebensfroher, natürlicher und starker Erzähler in Rud. Hans Bartsch gekommen ist, soll ihm auch hier die Freundschaft angeboten werden. Dieser Mann hat einen Wiener Roman *Die Haindlkinder* verfasst /Leipzig, Staakmann/. Das ist eine Geschichte aus dem alten Wien, das eben zum neuen und jüngsten weitergeht. Drei Generationen wandern durch diesen Roman. Der alte vormärzliche Herr Haindl, ein Feinschmecker, ein Bewunderer seiner vaterländischen Küche, ein sauberer, gesitteter Herr, der für Blumen, für Knödeln, für runde Mädchen, für feine Musik und die Stille der Frühlingslandschaft das tugendsamste Verständnis besitzt. Und dieser Mann hat mit einer kunstvoll kochenden, gern keifenden Gattin vier Kinder ge-

zeugt, die ihn fortsetzen. Aber jedes ist nur ein Zweiglein von ihm. Und ihre Lebensbeziehungen sind teils triste teils von behutsamer Ergötzlichkeit. Sanft ist der eine Sohn, ein Träumer, ein Denker, ein Philosoph, ein Phantast. Klug ist der zweite Sohn, ein Genie für den Pöbel, ein Schürzenjäger, ein Weinschmauser, ein Walzermusikant und Schnurrenerzähler. Derb und auch dumm ist der dritte Sohn, ein Grossmaul, ein Politiker, in der Liebe ein Stümper, eine matte Kreatur, im Unglück etwas besser, und darum gerade gut genug, dass ihn die grosse Masse für einen ganzen Kerl hält und ins Parlament schickt. Ein Nönnlein ist das vierte Kind, obwohl es keinen Schleier genommen hat, ein weltlich Nönnlein, ein welches Nönnlein, unschön, hager, bald eingeschrumpft, schüchtern und sehr lau im Herzen. Der Roman, der fröhlich mit Festmählern, mit Pokulationen, mit sommerlichen Bergfeuern, Reisen und Liedersingen beginnt, wird rasch düsterer und schwerer. Und schliesslich ist er eine Tragödie. Der Phantast und der Parlamentarier kämpfen um ein Weib. Das Weib geht unter. Die Zurückbleibenden leben noch lange, aber ihr Leben ist gestört. Dieser Roman ist mit Menschenliebe geschrieben. Da heute die meisten mit Hass und hämischer Galle die Feder eintauchen, ist solche Abwechslung stets sympathisch.

× **Kurze Chronik** ×
 Am 3. Juni ist Paul Lindau 70 Jahre alt geworden. × Die französische

Akademie hat Marcel Prévost zu ihrem Mitglied gewählt. Da dieser Schriftsteller, der einst sehr Tüchtiges schrieb, heute von beträchtlicher Langweiligkeit ist, so passt er nicht übel in den Verein der *Unsterblichen*. × Der englische Romanschriftsteller George Meredith ist gestorben. × Der neue Roman Herman Bangs *Das graue Haus* /Berlin, S. Fischer/ ist sehr gut geschrieben, kunstvoll gebaut und trübselig. Aber es ist doch ein mattes, wenig bewegendes Gebilde. Auch die innerliche, die verborgene Bewegung, ist nicht in diesem Roman. × Wenn ich die Überschwänglichkeit auch ablehne, mit der Max Brod und Franz Blei aus dem seligen Jules Laforgue einen genialen Ironiker machen wollen, so achte ich doch an diesem frühen Todesopfer die Grazilität des Ulks und manche kühne Wendung. *Pierrot der Spassvogel* ist von den Anbetern Laforgues

ein kleiner Sammelband getauft worden, den sie für Axel Juncker in Stuttgart herausgaben. Brod und Blei teilen sich in die Ehre der sehr gewandten Übertragung.

× **Literatur** ×
 Das Buch der Madame de Staël über Deutschland kann ein heutiger Mensch nur noch mit Überwindung lesen. Das Buch des Reporters Jules Huret über Deutschland ist kein kluges Buch sondern das Werk eines Schmocks, der manchmal bessere Zeiten durchmacht. Das Buch Ferdinand Bacs *All Deutschland*, das der Verlag Georg Müller in München verdeutschen liess, ist ein kultiviertes Werk, die Schrift eines Mannes, der unser Land liebt, weil er es mit Fleiss studiert hat. Bac wandert durch Nürnberg, durch die Rokokogemächer deutscher Kleinfürsten durch das Schillermuseum in Weimar. Und da scheint ihm, dass wir Deutschen unrecht taten, als wir unseren Idealismus verliessen, als auch wir ein Volk der Industrie und der Realität wurden. Über die Berechtigung dieses Glaubens lässt sich ja streiten. Aber der Verfasser ist eben ein Stimmungsschriftsteller, ein eleganter Plauderer, ein bescheidener Mann auch, der mit Urteilen wägt und nicht prahlt. Und darum ist er allen Leuten von Geschmack interessant und willkommen.

KULTUR

Landwirtschaft / Arthur Schulz

Landarbeiter Das Jahr 1908 hat uns über die immer wichtiger werdende landwirtschaftliche Arbeiterfrage eine ganze Anzahl tüchtiger Arbeiten gebracht. Das Buch Dr. Mulerts *24 ostpreussische Arbeiter und Arbeiterfamilien* /Jena, Gustav Fischer/ ist in der Rubrik *Sozialpolitik* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 3. Band, pag. 1495, bereits besprochen worden. Die beiden wertvollsten Publikationen, O. Gerlachs *Ansiedlungen von Landarbeitern in Norddeutschland* /Berlin, Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft/ und die unter Leitung Gerlachs von mehreren jüngeren Gelehrten (Hasse, Henkis, Knorr) bearbeiteten *Erhebungen über die Landarbeiterverhältnisse in Ostpreussen* in Thiels *Landwirtschaftlichen Jahrbüchern*, werden an dieser Stelle noch besprochen werden; letztere, sobald sie abgeschlossen vor-

liegen. Hier sei zunächst auf zwei Schriften aufmerksam gemacht, die lehrreiche Einblicke gewähren, wie sich die landwirtschaftliche Arbeiterfrage in den beiden industriereichsten Gebieten Deutschlands, der Rheinprovinz und dem Königreich Sachsen, gestaltet hat. Beiden Schriften ist gemeinsam, dass sie die Landflucht der Landarbeiter nicht durch gesetzliche Zwangsmassregeln sondern durch Hebung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage bekämpft wissen wollen. Sie suchen diese Hebung aber auf verschiedenen Wegen zu erreichen.

Dr. Buer, Dozent an der landwirtschaftlichen Akademie Bonn-Poppelsdorf, legt in seiner Schrift *Die Heimstättenversicherung* /Bonn, Georgi/ zutreffend dar, dass die Ansiedlung für sich allein noch nicht genüge, um der Landwirtschaft Arbeiter zu erhalten und zurückzugewinnen. Der Arbeiter müsse vielmehr auf eigener Scholle wirtschaftlich sichergestellt werden und Gewähr für die Erlangung ökonomischer Selbständigkeit erhalten, wodurch allein ein Ausgleich zwischen der wirtschaftlichen und sozialen Lage der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Arbeiter geschaffen werden könne. Dieses Ziel will Buer durch eine Heimstättenversicherung erreichen, deren Grundzüge er eingehend darlegt. Die den Landwirten durch die Beiträge zur Versicherung erwachsenden Kosten seien geringfügig im Vergleich zu den zwischen 20 bis 45 M. schwankenden Provisionen und Reisekosten, die gegenwärtig für die Vermittlung eines Diensthofen oder eines Saisonarbeiters aufgewendet werden müssten und rheinische Güter von 75 bis 100 ha im Durchschnitt des letzten Jahres fünfts mit einer jährlichen Ausgabe von 700 bis 750 M. belastet hätten. Seine Ansichten und Vorschläge stützt der Verfasser mit den Ergebnissen einer Privat-enquete, deren Fragebogen von etwa 1000 Landwirten und 100 Gutstagerlöhnern und Heuerlingen beantwortet wurden.

Während Dr. Buer die Verleihung des Koalitionsrechts an die Landarbeiter als unnötig und mit dem Wesen des landwirtschaftlichen Betriebs unvereinbar bekämpft, sieht Bruno Moll (*Die Landarbeiterfrage im Königreich Sachsen* /Leipzig, Liebisch/) gerade darin das wesentlichste Mittel die Landarbeiterverhältnisse auch zum Vorteil des Arbeitgebers zu bessern. Bei Besprechung der Ansiedlungsfrage lässt es Moll leider untersuchen, ob nicht die durch das Landesrecht (Gesetz vom 30. November 1843)

vorgeschriebene Geschlossenheit der sächsischen Güter den grundbesitzenden Arbeitern das Selbständigwerden durch Zukauf von Parzellen erschwert und dadurch die Abwanderung besonders der zweiten Generation befördert. Sind Molls Ausführungen zur Reform der landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse interessant und lesenswert, so ist dagegen seine Darstellung ihrer geschichtlichen Entwicklung und ihres heutigen Zustandes unzureichend. Der Verfasser gibt lediglich eine äusserliche Geschichte der Entstehung und Verstärkung des landwirtschaftlichen Arbeitermangels unter dem Einfluss der zunehmenden Industrialisierung, ohne auf die innere Entwicklung der landwirtschaftlichen Arbeitsverfassung im Königreich Sachsen seit Aufhebung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses auch nur mit einigen Worten einzugehen. Das ist um so bedauerlicher als in dieser Beziehung eine Lücke in der ökonomischen Literatur besteht, da auch das Gutachten des grossen Agrarforschers Hanssen von 1843 vielfach im Stich lässt, und neuere grössere Spezialarbeiten, ausser dem von der Goltzschens Enquetenwerk von 1875 für das Königreich Sachsen nicht existieren. Bei Schilderung der heutigen Lage der sächsischen Landarbeiter operiert der Verfasser noch mit den Angaben der Enquete des *Vereins für Sozialpolitik* aus dem Jahre 1892. Das halte ich für unzulässig, weil einmal die Ergebnisse dieser Erhebungen für Sachsen recht dürftig waren und sodann in den seitdem vergangenen anderthalb Jahrzehnten in der sächsischen Land- und Volkswirtschaft sehr grosse Veränderungen eingetreten sind. Die für die Beurteilung der neueren Entwicklung lehrreiche Abhandlung Dr. Platzmanns *Die Krisis am landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt* in den *Mitteilungen der Ökonomischen Gesellschaft im Königreich Sachsen, 1897-1898*, pag. 81 ff., scheint dem Verfasser unbekannt geblieben zu sein.

Der 8. (Schluss-) Band des bekannten Standardwerks *Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preussischen Staates* / Berlin, Parey/ enthält eine Abhandlung *Die ländlichen Arbeiter* von Dr. E. von Kahlden, dem Sekretär des Landeskulturrates für das Königreich Sachsen. Der Verfasser, der sich unter andern bereits durch eine in Thiels *Landwirtschaftlichen Jahrbüchern* veröffentlichte ausgezeichnete Darstellung der Betriebsverhältnisse und der Arbeitsver-

fassung des oberschlesischen Latifundiums *Kuchelna* legitimiert hat, gibt eine quellenmässige Geschichte der landwirtschaftlichen Arbeitsverfassung in Norddeutschland seit Beginn der Kolonisierung der Slawenländer durch die Deutschen, wobei er sich für die ältesten Zeiten besonders an Meitzen, für die neueren an von der Goltz anschliesst. Obwohl hier nicht der Ort ist Irrtümer in historischen Einzeltatsachen zu berichtigen, sei doch wenigstens bemerkt, dass der Hollandsgang der Heuerlinge aus der Gegend von Osna-brück nicht erst im 18. Jahrhundert entstanden sondern bereits am Ende des 16. und Anfang des 17. nachweisbar ist. Unter den Reformvorschlägen des Verfassers ist besonders bedenklich sein Rat das Areal neu zu begründender Arbeiterstellen auf nur $\frac{1}{4}$ bis 1 ha bei mittlerem Boden zu bemessen, »damit die Landarbeiter ihren Charakter als Lohnarbeiter nicht verlieren«.

Das bayrische statistische Landesamt, das mit der Bearbeitung der Berufs- und Betriebszählung von 1907 zuerst auf dem Plan erschien, veröffentlichte eine liebevoll gearbeitete Spezialstudie *Die Landwirtschaftsbetriebe der landwirtschaftlichen Arbeiter in Bayern nach der Zählung von 1907*. Auf die Wiedergabe auch nur der Hauptergebnisse muss hier verzichtet werden, da Wert und Reiz der Arbeit durchaus im Detail beruhen. Es sei nur der Wunsch ausgesprochen, dass auch die übrigen statistischen Landesämter das Urmaterial der Zählung über die Landwirtschaftsbetriebe der landwirtschaftlichen Arbeiter so sorgfältig und lehrreich aufarbeiten mögen, damit wir Vergleichsdaten erhalten und endlich auf dem heute noch recht dunklen Gebiet der ländlichen Arbeiterfrage, der Landflucht, der Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs auf dem Lande und der Mittel und Ziele einer sozialen Agrarpolitik klarer sehen können.

× -X
Sonderausstellung - Die Wanderausstellung der **Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft**, die vom 17. bis zum 22. Juni zu Leipzig stattfand, und über die an dieser Stelle noch berichtet werden soll, enthielt als ihren sozialpolitisch interessantesten Bestandteil eine reichhaltige und höchst lehrreiche Sonderausstellung für Landarbeit. Hier wurde, wie schon 1907 in Düsseldorf, von der Veranstalterin, der Betriebsabteilung der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* der Versuch gemacht das Betriebsmittel Ar-

beit, das heisst den Menschen in der Landwirtschaft zu erfassen und die Landarbeiterfrage mit allen ihren Einzelproblemen (Anteil der Landarbeiter an der Gesamtbevölkerung, Binnenwanderung, ausländische Sachsentgänger, Ansiedlungswesen, Arbeitsbedarf und Arbeitsbeschaffung, Arbeitsverfassung, Wohnungswesen, Lohn- und Lebenshaltungsniveau, Naturallohnung und Arbeiterhaushalt, Landarbeitstechnik, Arbeitserziehung der Jugend und Ausbildung der Landarbeiter, ländliches Volks- und Fortbildungsschulwesen, Massnahmen zur Steigerung der Sesshaftigkeit, wie Dienstprämierungen usw.) in zirka 200 Karten, graphischen Darstellungen und Modellen sinnfällig vor Augen zu führen. Da die Landarbeiterfrage auch in unserer Partei steigendem Interesse begegnet und möglicherweise auf dem Leipziger Parteitag zur Verhandlung gelangt, seien hier wenigstens einige besonders bedeutsame Schau- und Studienobjekte hervorgehoben. Die Landwirtschaftskammern für die Provinzen Posen und Pommern suchten in graphischen Darstellungen die Verhältnisse der ausländischen Wanderarbeiter nach den verschiedensten Richtungen zu beleuchten. Für Pommern kam besonders anschaulich die steigende Verwendung der landwirtschaftlichen Auslandsarbeiter — von 1900 bis 1907 haben sich in Pommern die russisch-polnischen Arbeiter von 5167 auf 17 392, das heisst um das $3\frac{1}{2}$ fache, die galizischen von 849 auf 6113, das heisst um das 7fache, vermehrt —, der Zusammenhang dieser Steigerung mit dem Umfang des Zuckerrübenbaus und dem Anteil des Grossgrundbesitzes an der landwirtschaftlich genutzten Fläche der einzelnen Kreise, die Steigerung der Beschaffungskosten und die Bewegung der Akkordlöhne der slawischen Saisonarbeiter in den letzten Jahren und der Umfang ihres Kontraktbruchs zum Ausdruck.

Im Gegensatz zur pommerschen hat die ostpreussische Landwirtschaftskammer die Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Abwanderungsverhältnisse der einheimischen Landarbeiter ihres Gebiets zum Objekt noch eingehenderer Studien gemacht und in vielen lehrreichen kartographischen und schematischen Darstellungen zur Anschauung gebracht. Diese letzteren stützen sich ausser auf die Enquete O. Gerlachs besonders auf zwei Enqueten über den Verbleib der in den Jahren 1895, 1900 und 1905

schulntlassenen Jugend und über die Wanderbewegung der ländlichen Arbeiter Ostpreussens, die in der Bearbeitung Dr. Arno Hoffmeisters in den *Schriften der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreussen /Königsberg, Gräfe & Unzer/* erschienen sind. Ebenso wertvolles Tatsachenmaterial führte die Sonderausstellung des von Professor Dr. Ehrenberg geleiteten Instituts für exakte Wirtschaftsforschung an der Universität Rostock leichtfasslich vor Augen. Höchst eindringlich prägte sie die produktionstechnische und bevölkerungspolitische Überlegenheit des Kleinbesitzes über den Grossbesitz dem Bewusstsein ein. Der arme Boden des mecklenburgischen Domäniums im Südwesten des Landes ernährt danach fast die doppelte ländliche Bevölkerung, und zwar wesentlich besser als der reiche Boden des Grossgrundbesitzes im mecklenburgischen Osten, woraus sich ergibt, dass die Fähigkeit einer gegebenen Bodenfläche zur Ernährung einer wachsenden ländlichen Bevölkerung durch die Bodenbesitzverteilung in erheblich stärkerem Masse bedingt wird als durch die Bodengüte, und dass daher eine starke innere Kolonisation nötig ist.

In einem reichen Anschauungsmaterial brachte die Sonderausstellung die vorläufigen Ergebnisse zweier Untersuchungen zur Darstellung, die Hermann von Wenckstern und Amtsassessor Kolbow über die Existenzbedingungen der mecklenburgischen Häusler ausgeführt haben und in der bekannten, nun schon in 7 Heften vorliegenden Sammlung *Landarbeit und Kleinbesitz* /Berlin, Parey/ zu veröffentlichen gedenken. Nicht minder aufschlussreich waren kartographische Darstellungen der gegenwärtigen Löhne landwirtschaftlicher Arbeiter in Deutschland, die Professor Dr. Werner und Privatdozent Dr. Bornemann auf grund von zirka 600 Einzelberichten aus allen Teilen Deutschlands angefertigt haben. Man wird der in Aussicht gestellten Veröffentlichung des Urmaterials dieser Enquete in den *Arbeiten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* mit Interesse entgegensehen. Endlich sei noch auf die graphischen Darstellungen hingewiesen, in denen die Buchführungsstelle der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* den Arbeitsbedarf, die Lohnaufwendungen und die zeitliche Arbeitsverteilung für die verschiedenen Gegenden, Betriebssysteme und Hauptfeldfrüchte zu verdeutlichen suchte. Modelle ihrer Ko-

Ionien brachten die Kleinsiedlungsgenossenschaft Ostrowo, Provinz Posen, und die *Aktiengesellschaft Landbank-Berlin* zur Ausstellung. Es wäre zu wünschen gewesen, dass auch die grossen gemeinnützigen provinziellen Ansiedlungsgesellschaften, die nun in sämtlichen ostelbischen Provinzen Preussens (ausser in Schlesien) und ausserdem noch in Pommern und Mecklenburg zum Teil mit erheblichen Mitteln tätig sind, ihr Wirken auf dem Gebiete der Landarbeiteransiedlung und der Bauernkolonisation in ähnlicher Weise veranschaulicht hätten.

Eine dankenswerte Ergänzung der Sonderausstellung für Landarbeit wurde in einer Sitzung der Betriebsabteilung der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* durch eine Anzahl von Vorträgen gegeben, von denen ich diejenigen des Professors Dr. Waterstradt-Breslau über Betriebsformen und Arbeiterbedarf in der Landwirtschaft, des Generalsekretärs der pommerschen Landwirtschaftskammer Dr. von Stojentin-Stettin über die Organisation der landwirtschaftlichen Arbeitsvermittlung und des Regierungs- und Landesökonomierats Dr. Stumpe über Arbeitersiedlung hervorhebe. Der sehr eingehende, vieles Tatsachenmaterial enthaltende Führer durch die Landarbeitsausstellung und der Bericht über die Sitzung der Betriebsabteilung vom 18. Juni können als wertvolle Beiträge zur Kenntnis der Landarbeiterfrage in Deutschland gelten.

X

Kurze Chronik Ein neues Haustier ist während der letzten Jahre in Deutschland aus den Steppen Innerasiens zur Einführung gelangt. Das Karakulschaf, das nach der Ansicht seines ersten deutschen Züchters, des Professors Dr. Julius Kühn-Halle geeignet erscheint den Graswuchs auf den ärmsten Sandböden Deutschlands vorteilhaft zu verwerten und die wenig produktionsfähigen einheimischen Schafarten zu ersetzen. Die Lämmer dieses Schafes zeigen bei der Geburt sowohl am Fettschwanz wie am ganzen Hauptteil des Körpers eine eigentümliche Lockung des Vlieses von hohem tiefschwarzem Glanz und geben, wenige Tage nach der Geburt geschlachtet, das von den Damen sehr geschätzte und teuer bezahlte Persianerfell. Die Karakulschafe scheinen sich sowohl in Deutschland wie in unserer südwestafrikanischen Kolonie bereits eingebürgert zu haben.

Die *Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft* hatte ihnen bereits 1907 die Schranken zu ordnungsmässigem Wettbewerb geöffnet und auch auf der diesjährigen Landwirtschaftsausstellung in Leipzig wurden mehrere deutsche Zuchten des Karakulschafs gezeigt und prämiert. Es wäre jedenfalls zu wünschen, dass die Pelzindustrie, die ihren Hauptsitz in Leipzig hat, ihren Bedarf an diesen Fellen im Inland decken könnte.

DIVERSA

Notizen

**Erklärung der Infolge der letzten Hetze
Mitarbeiter** gegen die *Sozialistischen Monatshefte* ist wie der

übrigen gesamten Parteipresse auch uns folgende Erklärung übersandt worden:

„Die unterzeichneten Mitarbeiter der *Sozialistischen Monatshefte* haben sich durch Kenntnisnahme von den Geldquellen der Zeitschrift davon überzeugt, dass die Lauterkeit dieser Quellen und des Herausgebers über jedem Zweifel steht.

Dr. Leo Arons, Eduard Bernstein, Dr. Bruno Borchardt, Julius Bruhns, Richard Calwer, Gertrud David, Dr. Julius Deutsch, Eugen Dietzgen, Kurt Eisner, Adolph von Elm, Dr. August Erdmann, Edmund Fischer, Dr. Georg Gradnauer, Dr. Wilhelm Hausenstein, Johannes Heiden, Ernst Heilmann, Wolfgang Heine, Adolf Hepner, Berthold Heymann, Gerhard Hildebrand, Emma Ihrer, Paul Kampffmeyer, Friedrich Kleis, Wilhelm Kolb, Dr. Karl Kollwitz, Franz Laufkötter, Carl Legien, Theodor Leipart, Karl Leuthner, Dr. Hugo Lindemann, Paul Löbe, Dr. Heinrich Lux, Hermann Mattutat, Dr. Max Maurenbrecher, Dr. Adolf Müller, Dr. August Müller, Oda Olberg-Lerda, Engelbert Pernerstorfer, Heinrich Peus, Dr. Ludwig Quessel, Ludwig Radlof, Bernhard Schildbach, Dr. Conrad Schmidt, Robert Schmidt, Wilhelm Schröder, Dr. Arthur Schulz, Friedrich Stampfer, Helma Steinbach, Roman Streltzw, Heinrich Stühmer, Dr. Albert Südekum, Johannes Timm, Paul Umbreit, Georg von Vollmar, August Winnig, Rudolf Wissell, Dr. Ignaz Zadek, Wally Zepler.

Die Übersender machen darauf aufmerksam, dass die Zahl der Unterschriften um 7 gewachsen ist, da diese erst eingingen, nachdem die Erklärung an die Tagespresse abgegangen war. DIE REDAKTION